

Nr. 22

30. Mai - 5. Juni 1989

BRD	2,-	DM
Österreich	7,-	ÖS
Schweiz	1,80	sfr
Westberlin	2,-	DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Leben
und Schicksal
von Raoul Wallenberg

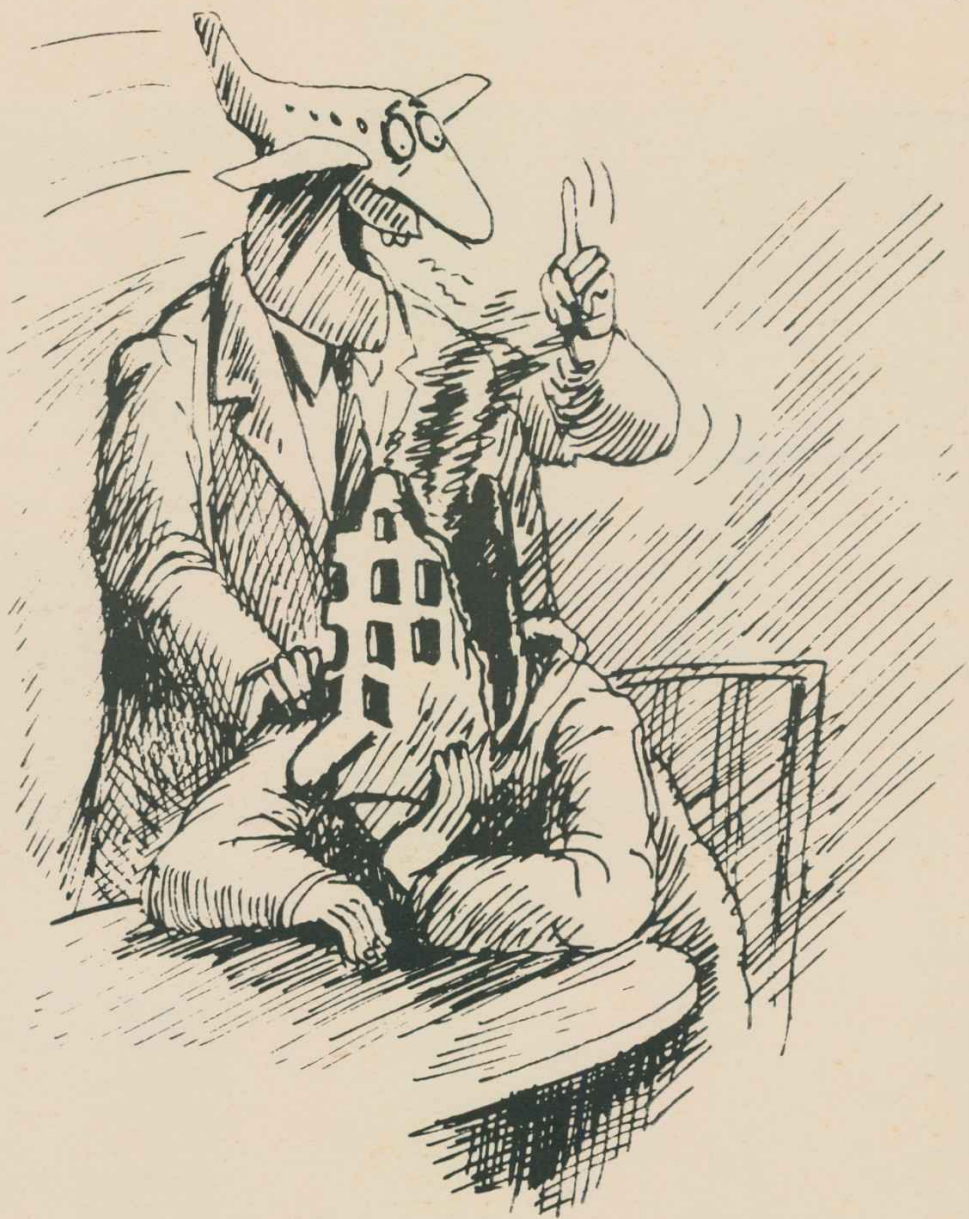


Das
sowjetische
Parlament
ist da –
die Volks-
macht kommt

IRAN: ZWISCHEN KORAN UND PRAGMATISMUS



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Viktor Bogorad



**Sowjetunion –
China:
historische
Wende
S. 12**

**Tage der slawischen
Kultur in Kiew
S. 46**



LESERBRIEFE (2), PERSONALIEN (44)

BETRACHTUNGEN V. <i>Ganjuschkina</i> PERESTROIKA-DEPUTIERTE	4
TRIBÜNE DES DEPUTIERTEN	6
VON PARLAMENTARIER ZU PARLAMENTARIER	10
VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN	
V. <i>Ignatenko</i> VOR UNS DIE ZUKUNFT	12
NZ-STANDPUNKT S. <i>Goljakow</i> DIE UNO KENNENLERNEN	
UND VERSTEHEN	15
IRAN D. <i>Sgerski</i> ZWISCHEN KORAN UND PRAGMATISMUS	16
NEUES DENKEN I. <i>Malaschenko</i> WETTSTREIT BEI	
DEN RÜSTUNGS-AUSGABEN	18

ÄTHIOPIEN J. <i>Borowoi</i> PUTSCH DER GENERALE	21
BRD N. <i>Sholkwer</i> IN LETZTER INSTANZ	22
IDEEN UND ERFAHRUNGEN W. <i>Shitomirski</i>	
BAUERNMENTALITÄT	25
AFGHANISTAN W. <i>Sewruk</i> EIN LAND VERTEIDIGT SICH	28
KULTUR UND POLITIK G. <i>Kondakow</i> WARUM WIR	
DIE BERNER KONVENTION BRAUCHEN	29
UdSSR – USA J. <i>Andrianow</i> HANDEL UND EMIGRATION	30
FRAUEN-LOGIK T. <i>Iwanowa</i> BEGEGNUNG	
MIT EINEM UN DURCHDRINGLICHEN ZEITGENOSSEN	31
NATIONALITÄTENPROBLEME X. <i>Mjalo</i> , P. <i>Gontscharow</i>	
DIE LAWINE GEHT NIEDER	32
WIR UND DIE WELT A. <i>Pumpjanski</i> GEDANKEN VOM PARADIES	36
JUNGE WELT S. <i>Solowejschik</i> TAFELSILBER IM BRUNNEN	39
ZEITGESCHICHTE W. <i>Pestscherski</i> Raoul Wallenberg:	
DICHTUNG UND WAHRHEIT	40
KULTUR A. <i>Gorelow</i> „EHRFURCHT VOR BÜCHERN“	46
KUNST A. <i>Gratschowa</i> HELLSEHENDE ZEITZEUGEN	48



**Wieviel darf die
Verteidigung
kosten?
S. 18**

Titelbild: Wladimir Ptschjolkina

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67 Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-10-38

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch * Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur).

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(verantwortl. Sekretär),

Leonid MLETSCHEIN,

Albert PIN,

Dmitri POGORSHELSKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Juri SCHEWTSCHENKO,

Viktor STARSCHINOW,

Vitali TSCHERNJAWSKI

(stellv.

Chefredakteur)

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur

der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Jewgeni BOBROW;

Belgrad

Wladimir GRISCHNIIJ;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEW;

Lusaka

Nikolai RESCHETNIAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czasy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

Leserbrieфе

Petr Kynew

Chyskowo, VR Bulgarien

■ Voller Verwunderung mußte ich feststellen, daß einige Politiker, darunter auch auf den Seiten Ihrer Zeitschrift, von der Notwendigkeit sprechen, die Ausgaben für die Weltraumforschung zu kürzen. Ich vertrete dazu einen anderen Standpunkt.

Bekanntlich verweigerten seinerzeit die engstirnigen amerikanischen Kongreßabgeordneten im Zuge der Vorbereitungen für die Landung eines Menschen auf dem Mond die Mittel zur Entwicklung von Mikroprozessoren. Man hat die Abgeordneten später dennoch davon überzeugen können. Jetzt kauft die ganze Welt bei den Amerikanern Lizenzen. Wenden wir uns nun der sowjetischen Raumfahrt zu.

Im vorigen Jahr bin ich mit einer TU 154 der Aeroflot in die UdSSR gereist. Das Wetter war ungünstig, und wir zogen so manche Warteschleife über der Stadt. Es wäre bestimmt interessant, wieviel Treibstoff jedes Passagierflugzeug sparen könnte, wäre es in der Lage, so präzise und schnell wie die Raumfähre „Buran“ zu landen. Das wäre etwas für Freunde der Statistik.

Die Verbindung zwischen Kosmos und Alltag geht irgendwo an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis verloren. Ich will durchaus nicht behaupten, daß sich alles, was für die sowjetische Raumfahrt entwickelt wird, volkswirtschaftlich nutzen läßt. Bin ich aber daran schuld, daß ich nicht alles weiß? Ich denke, daß auch bei Ihnen viele Ökonomen und Ingenieure nicht wissen, was man alles nutzen kann, welche Erfahrungen bei Kosmosflügen gewonnen wurden und was man davon auf der Erde anwenden kann. Man sollte diesbezüglich auf überflüssige Geheimnistuerei verzichten, damit sich die Ergebnisse der Raumforschung leichter auf der Erde realisieren lassen. Einer, der ein Auge für die Zukunft hat, wird die Raumfahrt nicht rücksichtslos kritisieren.

Shussup Alsentow

Frunse, Kirgisische SSR

■ In der NZ Nr. 15/89 waren zwei Meinungen zur Frage veröffentlicht, wer zusammen mit unseren Kosmonauten in den Weltraum fliegen soll, ein sowjetischer oder ein japanischer Journalist. Durch die ganze sowjetische Presse ging eine Welle der Empörung darüber, daß ein Ausländer dieses Recht erhalten soll. Mir scheint, dieses an den Haaren herbeigezogene Problem ist ein Ausdruck für unser Bestreben, überall dort, wo man Ruhm einheimsen kann, die ersten sein zu wollen. Unsere Errungenschaften auf dem Gebiet der Raumfahrt sind schon längst international anerkannt. Da verkünden wir nun das neue politische Denken und denken immer noch in alten Maßstäben: Der erste Mensch im Weltraum war ein Sowjetbürger, also müssen wir immer und überall die ersten sein, auch in einer so nebensächlichen Angelegenheit, wie sie der Journalist im Kosmos darstellt. Vielleicht sollten wir uns bemühen, nicht unbedingt in der Landwirtschaft und bei der Konsumgüterproduktion zu führen, sondern andere Länder wenigstens einzuholen? Wir haben noch so viele Probleme auf der Erde! Da gibt es Kinderheime, wo die Erwachsenen den Kindern Lebensmittel stehlen, und Altersheime, wo hilflose Menschen verhöhnt werden. Zur Lösung dieser Probleme braucht man nicht so weit zu fliegen.

Enrique Alvares

Kuba

■ Ich bin ein Befürworter der Perestroika und aller progressiven Veränderungen in der Politik, in der Wirtschaft und im sozialen Bereich in Ihrem Land. Ich begrüße ebenso Ihre Friedenspolitik. Mit besonderem Interesse verfolge ich die Entwicklung des Genossenschaftswesens in der UdSSR. Darauf möchte ich etwas näher eingehen. Ich meine, daß Genossen-

schaften auf dem Gebiet des Gesundheitswesens unzulässig sind. Cafes vielleicht, die Produktion verschiedener Güter, das ist ja möglich. Aber mit der Gesundheit handeln? Nein! Ich bin betrubt, wenn ich höre, daß einige Ärzte sich gegen den Regierungsbeschluß über die Schließung derartiger Genossenschaften aussprechen. Das darf nicht sein. Sie kämpfen doch selbst darum, daß Ihre Gesellschaft humaner wird, daß die Perestroika die Menschenrechte zum Grundgesetz Ihrer Gesellschaft erhebt.

N. Andrijaschin

Reutner, Tschern, Gebiet Tula, RSFSR

■ Unsere früheren Landesväter hatten bei der Wahl ihrer Freunde, gelinde gesagt, nicht immer eine glückliche Hand. Es kam vor, daß man irgendwelche neuen Führer, die „re-re-revolutionäre“ Reden hielten, sofort unterstützte, darunter auch mit Kriegsgesät. Was uns Afghanistan gekostet hat, ist allbekannt. Wir lehnen den „Export“ der Revolution ab, unterstützen gleichzeitig aber alle antikolonialen und nationalen Bewegungen.

In der Theorie sieht das blendend aus, in der Praxis passiert dagegen so manches. Hier sollte man alles eingehend prüfen. Sonst unterstützt man möglicherweise Abenteurer, Extremisten und Diktatoren, nur weil sie sich als „Revolutionäre“ bezeichnen. „Revolutionen“, für die es keine objektiven Voraussetzungen gab, die nicht den Bestrebungen des Volkes entsprechen, sondern nichts weiter sind als Putsche, die angeblich im Namen des Volkes geführt wurden, haben den Völkern nie mehr als lange Bruderkriege, Hunger und Elend gebracht. Die kommunistischen Parteien des Westens lehnen, soweit mir bekannt ist, den gewaltsamen „revolutionären“ Entwicklungsweg für ihre eigenen Länder ab. Ich denke, daß die heutigen Bedingungen ein solches Herangehen für alle Länder diktiert. Deshalb sollten wir von jeg-

Nur eine „Schicht“?

So präzise und schnell wie „Buran“

Revolutionäre und „Revolutionäre“

licher Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten Abstand nehmen, selbst wenn man dort von Revolution spricht und aus diesem Grund Hilfe fordert.

B. Piwowartschuk

Iwano-Frankowsk, Ukr. SSR

■ Jahrzehntelang sprachen wir davon, in unserer Gesellschaft gäbe es nur zwei Klassen, die Arbeiter und die Bauern. Die Intelligenz sei nur eine Schicht. Hat sich denn inzwischen nichts verändert? Soll unsere Intelligenz weiterhin nur eine Schicht bleiben? Der Begriff allein wirkt schon beleidigend. Wir verwenden ihn immer seltener, wollen aber auch nicht eingestehen, daß die Intelligenz zu einer eigenständigen Klasse herangereift ist. Sie ist das Hirn der Gesellschaft, ihre führende Kraft. Das haben übrigens auch die jüngsten Wahlen gezeigt, als Arbeiter und Bauern Vertretern dieser „Schicht“ ihre Stimme gaben. Man muß die Rechte der Intelligenz achten und darf sie nicht als Anhängsel betrachten, wie das seinerzeit unter Stalin geschah, der alle klugen, selbständig denkenden Menschen haßte.

Carlos Morales Munoz

Saporoshye, Ukrainische SSR

■ Ich bin ein politischer Emigrant aus Chile und wohne nun schon 15 Jahre lang in der Stadt Saporoshye. Kürzlich wurde klar, daß ich aufgrund der Veränderungen in der Weltpolitik mein Heimatland besuchen kann. Und ich möchte wirklich gern nach Chile. Das Problem besteht aber in den astronomisch

hohen Flugpreisen von Aero-Flot, die in keiner Beziehung zum Einkommen einer einfachen sowjetischen Familie stehen. Die Tickets für drei Personen (ich habe Frau und Kind), der Geldumtausch und anderes würden uns insgesamt etwa 11 000 Rubel kosten. Unser Familieneinkommen liegt bei 900 Rubel im Monat. Um also eine Reise zu unternehmen, müßten wir drei Jahre lang arbeiten und alles sparen. Kann diese Frage nicht anders gelöst werden, z. B. durch eine Ermäßigung der Flugpreise? Bestimmt will nicht nur ich allein die Heimat wiedersehen. In der Sowjetunion wohnen noch mehr chilenische Emigranten.

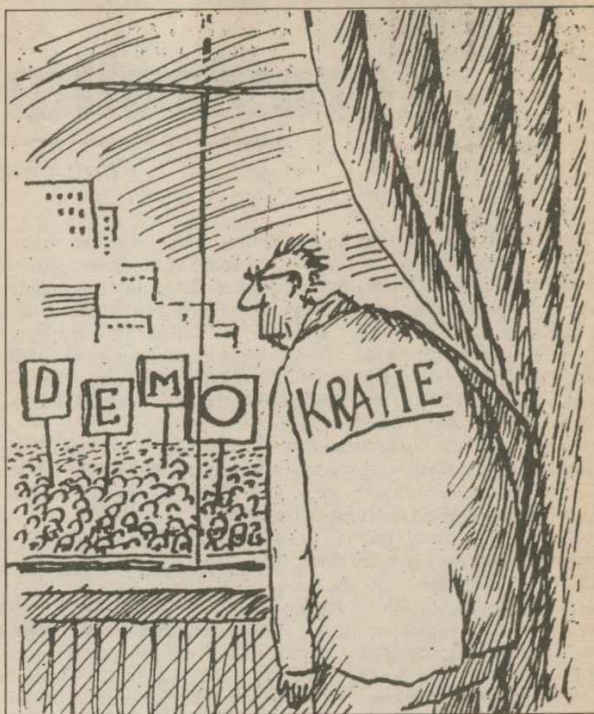
Alexander Kiriljuk

Odessa, Ukr. SSR

■ Erlasse sind in der UdSSR noch keine Gesetze. Das werden sie erst nach ihrer Bestätigung bei einer Tagung oder jetzt durch den Kongreß der Volksdeputierten. Damit aber die Abgeordneten die neuen Erlasse objektiv beurteilen können, müssen sie darin nach potentiell zweideutigen Dingen suchen, die später leider gegen Perestroika, Glasnost und Demokratie verwendet werden können. Deshalb sollte der bevorstehende Kongreß der Volksdeputierten den Erlaß über die Diskreditierung ganz besonders unter die Lupe nehmen. Die Diskreditierung von Amtspersonen oder Organisationen ist ein Prozeß, bei dem sie das Vertrauen des Volkes verlieren. Deshalb darf einer, der auf derlei Tatsachen hinweist, nicht bestraft werden, weil er ja eine Tatsache aufdeckt. Handelt es sich dabei aber um eine Lüge, wird das Subjekt der Kritik automatisch zum Verleumder. Gegen Verleumdung gibt es aber bereits Paragraphen! Die amorphe Beschuldigung der Diskreditierung kann dazu mißbraucht werden, mit Kritikern abzurechnen. Wie viele Menschen wurden wegen Diskreditierung verurteilt und wanderten ins Gefängnis, weil sie Raschidow, Adylow und Breshnew kritisiert hatten!

Deshalb ist es nötig, jede Zeile der neuen Erlasse sorg-

SO GESEHEN



Zeichnung: Viktor Bogorad

fältig zu durchdenken, damit sie keine neuen Hindernisse für die Perestroika auftürmen.

David H. Kent

Dr. phil., Hongkong

■ Ich möchte meine Meinung zum Artikel „Eine Lok auf halbem Wege“ von Genrich Bashenow (Nr. 9/89) darlegen. Die Schwierigkeiten, auf die Sie beim Versuch stoßen, Ihre Wirtschaft aus der Umklammerung des Kommandosystems zu lösen und die Marktwirtschaft einzuführen, sind durchaus natürlich und verständlich. Nicht allein die UdSSR sieht sich mit solchen Problemen konfrontiert, wie Durcheinander in der Wirtschaftsleitung, Nichtkonvertierbarkeit der Währung, unbegründete Hoffnungen, ungenügende Erfahrungen der Manager und veraltete Instruktionen. Vor diesen Problemen stehen viele Länder, kapitalistische wie sozialistische.

Ich möchte dem Verfasser für seine Gedanken zu Gemeinschaftsunternehmen und zur „Gigantomanie“ in der Sowjetunion danken. Joint

Ventures sind eine durchaus angebrachte Organisationsform der Produktion, wie richtig festgestellt wird. Allerdings wird der Begriff „Gemeinschaftsunternehmen“ nicht immer richtig verstanden, und es ist gar nicht so einfach, ein solches Unternehmen zu leiten. Die Untersuchung der Erfahrungen von Joint Ventures in den USA und in China haben u. a. gezeigt, daß derartige Einrichtungen eines hohen Niveaus an gegenseitigem Vertrauen und einer genauen Vorstellung bedürfen, wozu dieses Unternehmen besteht und was damit erreicht werden soll. Das aber bedeutet, daß die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Entwicklung großer Joint Ventures, die bedeutende Kapitalinvestitionen erfordern, geringer ist als bei kleineren Unternehmen, wo nur wenige Menschen beschäftigt sind, die übereingekommen sind, gemeinsam Geschäfte zu machen.

**Zusammengestellt von
I. Lagunina
und T. Tschernowa**



Perestroika-Deputierte

Vitali Ganjuschkin

Bei allen, selbst von hohen Tribünen aus unternommenen Ausfällen gegen die Presse, die vom Selbsterhaltungstrieb diktiert sind, genießt die Kategorie Journalist in unserem Lande doch Respekt: Journalisten sind unter den Schrittmachern der Perestroika, sie bringen die Gedanken des Volkes, die öffentliche Meinung zum Ausdruck. Der Respekt geht mindestens so weit, daß auch wir uns moralisch berechtigt fühlen, uns an die Ausgewählten des Volkes zu wenden, die zu ihrem bedeutsamen Kongreß endlich zusammengetreten sind.

Schon berufsmäßig halten wir wirklich die Hand auf dem Puls unserer immer noch ungesunden Wirklichkeit und haben breite Möglichkeiten, uns unsere eigene Vorstellung davon zu machen, was für die restlose Genesung notwendig ist.

Die Lage ist ernst, und ebenfalls können wir von einer historischen Situation sprechen.

Heute haben wir alle – Russen, Tataren, Usbeken, Burjaten, Jakuten, Georgier, Letten, Litauer, Esten und die kleinen Völkernschaften des hohen Nordens – die historische Chance, durch den in der Geschichte des sowjetischen Sozialismus ersten Kongreß gesetzlich und demokratisch gewählter Volksdeputierter den Eckstein zum Gebäude eines sozialistischen Rechtsstaates zu legen, dessen oberstes Ziel von nun an wirklich die Wahrnehmung der Interessen des Volkes sein wird.

Ich meine das Volk, das wir alle miteinander bilden: ein Volk, das sich auf sich besonnen hat, geläutert ist und vieles mit neuen Augen sieht. Das Volk, das wir in dem optimistischen Drama der Wahlen seiner ersten eigenen Macht erlebt haben. Das Volk, das jetzt nicht durch die ihm angedichtete Einheit, sondern durch die Erkenntnis seiner Interessen stark ist. Jawohl, **seiner** Interessen, weil das eine Interesse als Grundlage für die „monolithische Einheit“ der Gesellschaft nie bestanden hat und nie bestehen konnte. Das war eine Illusion unserer Vergangenheit. Heute dagegen sprechen wir vom Pluralismus der Interessen, weil es sich um verschiedene Gruppen, Schichten und Zwischenschichten der Gesellschaft, um verschiedene Nationalitäten, Berufe, Altersstufen, Kategorien, schließlich einfach um verschiedene Menschen handelt. Man mag sie noch so sehr vereinigen und zusammenschließen, sie können trotzdem nicht alle zusammen ein und denselben Gegenstand lieben oder hassen, weil es ihnen einfach nicht gegeben ist.

Gegenwärtig entsteht hier und da ein verdächtiges ideologisches Treiben um die Arbeiterklasse, man hört aus so manchem Wort die unverkennbar falsche Sorge, geheimnisvolle Kräfte hätten es darauf angelegt, zwischen die Hegemonklasse und ihre werktätige Intelligenz einen Keil zu treiben. Dabei haben wir uns doch schon geeinigt: Die klassenmäßige Sicht, das sorgfältige Dosieren der „Klasseninteressen“ ist (die Erfahrung lehrt das eindringlich genug) ein sehr unzuverlässiges Orientierungszeichen, zumal auf Wegen, von denen die Geschichte noch nichts weiß. Dennoch überzeugen uns die Erfahrungen der ganzen Menschheit: Die Zivilisation beginnt mit der Achtung aller vielfältigen gesellschaftlichen Interessen, und eben diese Vielfalt bringt den natürlichen Pluralismus von Positionen, Meinungen und Plattformen hervor. Es geht nur darum, in dieser Bewegung den Vektor zu finden, jene allgemeine Eintracht, die jedes Diktat, jede Diskriminierung ausschließt. Vielleicht werden wir darauf bedacht sein, gerade in einem solchen Schutz des Volkes die Mission des Volksdeputierten wie auch unseres gesamten ersten Parlaments zu sehen. Nicht der frühere Ausrufer von Losungen, sondern ein berufener Sachwal-

ter, Vertreter und Verteidiger des Volkes, noch genauer, seiner Wähler, einer sozialen Gruppe, einer Zwischenschicht. Haben wir bei unseren ersten echten Wahlen, da unsere Stimme wirklich entscheidend war, nicht etwa für einen solchen sowjetischen Parlamentarier gestimmt?

Es ist für uns einfach lebensnotwendig zu erkennen, daß es diesmal vielleicht die letzte Chance ist, uns in die Gesellschaft der zivilisierten Nationen einzureihen. Es mag gestelzt klingen, und doch ist es Tatsache, daß wir im heutigen Kongreß, schon darin, wie er geformt wurde, für uns als qualitativ neue, denkende Gesellschaft eine harmonische Form ihres neuen Inhalts gefunden haben. Vorläufig ist das noch ein „Einakter“, aber mit der Zeit kann diese Form zur Form unseres Daseins werden: Nachdem wir den einen demokratischen Akt vollendet haben, können, dürfen wir nicht mehr ohne Demokratie leben. Darin liegt die ganz besondere Verantwortung der unge-

wöhnlichen Versammlung im Kreml.

Wir dürfen ohne Demokratie nicht leben, weil der Kongreß den ersten großdimensionalen Versuch der Äußerung des Volkswillens durch demokratische Wahlen abschließt und schon selbst einen für die Gesellschaft qualitativ neuen Prozeß einleitet: die Übertragung und die Übernahme der Macht, das Werden der Volksmacht, der Verwaltung des Landes durch das Volk. Die Demokratie nimmt staatliche, legislative Konturen an, und das ist, wie mir der Leser sicherlich zugeben wird, eine qualitative Wandlung und ein Schritt weiter auf dem Glasnost-Weg. Ein weiterer ideologischer Mythos geht zu Ende: die sogenannte Teilnahme der Massen an der Verwaltung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten. Dabei ging diese Teilnahme in Wirklichkeit selten über die Möglichkeit hinaus, in der Kommunalen Wohnungsverwaltung darüber zu entscheiden, wo welcher Rasen anzulegen sei, und besagte Teilnahme der Volksdeputierten beschränkte sich auf die periodischen Tagungen der Einstimmigkeit „unserer Auserwählten“. Nunmehr braucht das Volk keine Teilnahme an der Verwaltung zu mimen, es hat sich durch die demokratischen Wahlen zum obersten Machtorgan des Landes das Recht und die reale Möglichkeit gesichert, tatsächlich alle Angelegenheiten der Gesellschaft zu verwalten.

Gerade die Machtfrage bleibt jedoch in vieler Hinsicht offen. Die administrative Befehlsmaschinerie, die bei weitem noch nicht abgebaut oder ausrangiert ist, immer noch über reale Machthebel verfügt und vom Geist der Revanche angetrieben wird, beabsichtigt keineswegs, die Waffen zu strecken und sich freiwillig dem siegreichen Volk zu ergeben. Ganz im Gegenteil, diese Maschinerie sucht nach Mitteln und Wegen (und findet sie auch wohl), den Riesen, der zu selbständigem Denken und Handeln erwacht ist, zu fesseln, ihm das Steuer des Staates zu entwenden und trotz allem nicht ausgebootet zu werden. Bei den jüngsten Wahlen, besonders als ihr Fazit gezogen wurde, hat uns das wieder einmal vor Augen geführt. Ihre Ergebnisse müßten nämlich besonders für viele Vertreter des bestehenden Führungsapparats lehrreich sein. Einigen von ihnen haben die Wähler, hat das Volk eindeutig politisches und moralisches Mißtrauen bekundet.

Und? Selbst in der Partei mußten die Perestroika-Kräfte nicht wenig Mühe aufwenden, damit die von den Wählern erteilte Lehre realistisch beurteilt und konsequent durchdacht wurde. Das Gejammer, manchmal sogar das Geschrei, die Demokratie sei außer Rand und Band geraten und nicht mehr steuerbar, sie stürze uns nachgerade in Anarchie und soziales Chaos, hört bis heute

Von der „Teilnahme an der Verwaltung“ zur Verwaltung des Landes

nicht auf. Mehr noch, vieles berechtigt zu der Annahme, daß die konservativen Kräfte nicht wenig dazu beitragen, die heutigen Schwierigkeiten, vor allem materieller Art, zu verstärken: Da habt ihr eure Demokratie und Glasnost, da habt ihr eure Perestroika. Entscheidet euch also: entweder Redefreiheit oder volle Geschäfte!

Indessen ist das meist so, daß dort, wo die Menschen sich demokratisch äußern, ihre Ansichten und Positionen frei miteinander vergleichen, wo sie polemisieren und diskutieren dürfen, auch der gemeinsame Kuchen für alle reicht.

Deshalb besteht die historische Berufung des gegenwärtigen Kongresses der Volksdeputierten darin, Garant der Perestroika und Demokratisierung, das wahre politisch-intellektuelle Zentrum der Bewegung sowohl zu einem Rechtsstaat als auch zum materiellen Wohlstand aller seiner Bürger zu sein. Man sollte die Atmosphäre nicht anheizen, doch sollte man auch nicht verbergen, wie geladen sie ist. Von der mit dem Staatswappen der UdSSR geschmückten Tribüne des Kongresses wird der alten Welt, der alten Ordnung und Denkweise die letzte Schlacht geliefert. Diesen Umbruch muß unser Volksparlament vollbringen. Uns bietet sich die reale historische Möglichkeit, uns zu Licht und Wärme durchzukämpfen. Das ist heute der neue Preis unseres altgewohnten Titels „Volksdeputierter“. Ab jetzt sind es Deputierte der Perestroika-Legislatur.

Vor nicht allzu langer Zeit brachte unsere Presse eine Art soziales Porträt unseres ersten sowjetischen Parlaments. Auffallend ist, wie sehr es sich von den vertrauten, wohl dosierten Klischees unterscheidet, die für die früheren Mitteilungen der Mandatskommissionen verschiedener hoher Foren von Staat und Partei charakteristisch waren. Zugleich gibt es eine traditionelle Ähnlichkeit: Ebenso wie früher machen die Kommunisten die überwiegende Mehrheit der Deputierten aus. Das aber bedeutet, daß nicht nur die Partei selbst, sondern auch die Wähler in ihrer Masse sich auf ihrer Suche nach den Besten hauptsächlich der Partei zuwandten.

Die Glasnost, der Meinungspluralismus, das demokratische, alternative Herangehen an die Ausarbeitung für alle bindender Beschlüsse sind wohl die einzige sichere Garantie für den Erfolg der Perestroika in der Partei selbst, die ihrerseits den Kern der Reform des gesamten politischen Systems bildet. Gerade jetzt, auf dem Kongreß der Volksdeputierten und um ihn, wird der Stellenwert der KPdSU im System der sozialistischen Volksmacht bestimmt.

Die Partei ist zu dem Kongreß gekommen, gewappnet mit den konsolidierenden Beschlüssen des eben erst abgehaltenen Plenums des ZK der KPdSU, auf dem die Durchführung des Kongresses und die Teilnahme der kommunistischen Deputierten an ihm zur Erörterung standen. Die KPdSU sieht in diesem außerordentlich repräsentativen Gremium vor allem die Möglichkeit, durch konstruktive Diskussionen eine optimale Lösung für die herangereiften kardinalen Perestroika-Probleme zu finden und sich nicht in Kleinigkeiten und sterilen Diskussionen zu verzetteln. Vielmehr muß die Partei das ganze intellektuelle Potential des Kongresses darauf konzentrieren, die Wege zur Überwindung der Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Etappe der sozialökonomischen Umwandlung unserer Gesellschaft zu finden.

Das Plenum empfahl den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, für die Wahl zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR. Unserer Meinung nach hat es sich alles in allem bewährt, daß erstmalig die beiden wichtigsten Funktionen in einer Person vereint sind. Alles spricht dafür, daß die Wahl Michail Gorbatschows, der im Grunde genommen das Agens der Perestroika ist, zum Oberhaupt des diesmal vom Volk gewählten Parlaments die Volksmacht noch besser mit der rich-

tungsweisenden Kraft der Partei verbinden wird, und das kann nur nützlich sein.

Die Partei hat die Perestroika, Demokratisierung und Glasnost initiiert. Heute ist sie berufen, die anerkannte führende Kraft dieser sich stürmisch entwickelnden Vorgänge zu sein. Ihr Einfluß im sowjetischen Parlament wird nicht nur und nicht so sehr durch die Zahl der in ihm vertretenen Kommunisten bestimmt, vielmehr durch die revolutionierende Position der Partei zu allen Perestroika-Fragen, eine Position, die im Volk viel Verständnis und Unterstützung findet. Deshalb muß die Stimme des Kongresses der Volksdeputierten auch die Stimme der Partei werden.

Wir dürfen unseren Kongreß ruhig ein Ereignis von internationaler Tragweite nennen, schon deshalb, weil er auch für die Öffentlichkeit im Ausland, darunter im Westen, sowohl einen Wendepunkt als auch ein Problem in der Entwicklung der Perestroika selbst bedeutet. Wie alle denkenden Menschen sind sich auch ausländische Politiker darüber im klaren, welchen Einfluß die in der führenden sozialistischen Großmacht vor sich gehenden qualitativen Veränderungen auf die weltweite Entwicklung ausüben können. Erstmals in den Jahrzehnten einer kompromißlosen klassenmäßigen Konfrontation, die die Welt in ständigem Schlottern vor der drohenden globalen Katastrophe gehalten hat, realisiert sich der wahre Einfluß der Sowjets auf das Welt-

klima nicht durch sture Behauptung der „Prinzipien“, von denen viele, wie sich jetzt herausstellt, nicht einmal einen nichtkonvertierbaren Deut wert sind, auch nicht durch die bisweilen plumpen Methoden unserer einheimischen Diplomatie, sondern dadurch, daß sich das Antlitz des Landes, seines Volkes und ihrer beider Führung rasch verändert.

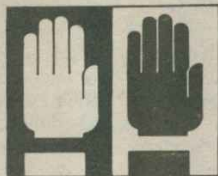
Vor den Augen des staunenden internationalen Publikums finden sie ein freundliches, sogar recht vergeistigtes, eben menschliches Gesicht; ihre Umgangsformen, ihre Art, sich zu geben, ihr Denken und folglich auch ihr Handeln werden nicht nur durchaus zivilisiert, sondern bahnen auch anderen neue Wege und geben ein Beispiel des Umgangs, der der einzigartigen menschlichen Gemeinschaft würdig ist. Das natürliche, weil von uns selbst gespeiste Mißtrauen zu den „Sowjets“ ist noch nicht ganz weg, aber man glaubt schon an uns. Man glaubt uns in dem Maße, in welchem wir uns selbst entschlossen haben, der Welt gegenüber einen anderen, menschlicheren Ton anzuschlagen. Angst und Mißtrauen zerstreuen sich nach Maßgabe dessen, wie die gegenseitige Offenheit und Verbindlichkeit zunehmen. Die ganze Welt sah in der Perestroika gerade diesen Aspekt – und hat sie in ihre Sprachen einfach übernommen.

Nun denn: Die Verantwortung für alles, was bei uns vor sich geht, ist zugleich die Verantwortung für die Geschehnisse von Welt und Frieden. Davon, wie unser Land in absehbarer Zukunft aussehen wird, hängt hochgradig ab, wie auch die uns umgebende Welt aussehen wird. Demnach ist unser Volk auch in diesem schon globalen Sinne der Schmied seines eigenen friedlichen Glücks.

MOMENT DER HISTORISCHEN WAHRHEIT. WIR HABEN DIE SELBSTHERRSCHAFT DES ZAREN GESTÜRZT. WIR HABEN DIE SELBSTHERRSCHAFT DER BÜROKRATIE ÜBERDAUERT.

ES BEGINNT DIE SELBSTHERRSCHAFT DES VOLKES!

Am Vorabend der Eröffnung
des Kongresses der Volksdeputierten
stellten wir einigen Abgeordneten
die eine Frage:



Was halten Sie für erforderlich,
damit der Kongreß der Volks-
deputierten und dann
der Oberste Sowjet der UdSSR
zu Organen der wahren
Macht des Volkes werden?

Dem anderen zuhören und sich deutlich machen...

Georgi
Arbatow,
Akademienmitglied

*Bekannter Experte für internationale
Fragen, Deputierter mit langjährigen
Erfahrungen. Kandidierte über die Liste
des Sowjetischen Friedenskomitees und
der sowjetischen UN-Gesellschaft für
den Kongreß der Volksdeputierten –
und kam nicht durch. Gewählt bei den
Nachwahlen in der AdW der UdSSR.*

Unser Parlament (natürlich zusammen mit den Sowjets der anderen Ebenen) soll für die wahre Macht des Volkes sorgen – die höchste Form der Demokratie, die den Sozialismus auszeichnen und zugleich dessen wichtigster Kraftquell sein soll.

Wird es gelingen, diese Aufgabe zu lösen?

Natürlich haben die Anhänger der Perestroika in letzter Zeit viel gelernt (was auch der Wahlkampf demonstrierte). Doch ich meine, ihre Gegner, die Vertreter des administrativen Kommandosystems, haben ebenfalls gelernt, sich den neuen Bedingungen nicht weniger bemüht und oft sehr geschickt anzupassen (das zeigte ebenfalls der Wahlkampf – und nicht nur er, erinnern wir uns, wie raffiniert man jetzt daran geht, den Genossenschaftlern und den Pächtern zuzusetzen, Neuheiten im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen, der Pacht und der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu hintertreiben). Deshalb werden der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR und der von ihm gewählte Oberste Sowjet des Landes demonstrieren müssen,

daß sie die wahre Macht des Volkes zu gewährleisten vermögen, indem sie es verstehen, den Kräften des Alten Widerstand zu leisten, durch die Fähigkeit, alte Strukturen der Staatsmacht zu bändigen und dann radikal viele von ihnen umzubauen.

Das ist eine schwierige Aufgabe, doch in gewissem Maße wird sie dadurch erleichtert, daß hier gegen einen sichtbaren, bekannten Gegner zu Felde gezogen wird. Doch auf dem Weg zur wahren Macht des Volkes gibt es auch andere, nicht so deutliche und deshalb vielleicht besonders gefährliche Hindernisse und Feinde.

Zu ihnen würde ich die Schwäche oder gar das Fehlen demokratischer Mechanismen (die Nutzung der Institute parlamentarischer Hearings, von Meinungsumfragen, Referenden usw.) zählen – und der entsprechenden Technik. Eine Art Symbol dafür waren die Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert wurden, als es tatsächlich erforderlich wurde, die Stimmen auszuzählen. Doch das sind noch nicht die größten Schwierigkeiten – ebenso wie die fehlende materielle Basis für die wahre

Arbeit der Parlamentarier. Hier kann man schnell etwas errichten (notfalls wieder die Finnen oder die Jugoslawen dafür holen), neue Technik, notfalls aus dem Ausland, kaufen und installieren.

Schwerer wird es sein, sich die Fertigkeiten wahrer politischer Arbeit (und nicht administrativer Kommandotätigkeit) anzueignen. Sowohl unseren erfahrenen Politikern (und deren Erfahrungen waren ja ganz anderer Art) als auch unseren jungen, erst beginnenden Politikern mangelt es da an diesen Fertigkeiten. Allerdings haben die Jahre der Perestroika, besonders vielleicht das zurückliegende Jahr (beginnend mit den Wahlen der Delegierten zur Unionsparteikonferenz), deutlich gemacht, daß die sowjetischen Menschen schnell die Kunst der Politik lernen. Und wenn wir ihnen dabei helfen, wenn wir ihnen die Erfahrungen der Welt vermitteln, wenn wir die Bedingungen für Kontakte und die Aneignung neuer Fertigkeiten schaffen, werden wir hier, wie ich meine, sehr schnell den Weltstand erreichen.

Das Komplizierteste ist die Schaffung einer reifen politischen Kultur, deren Aneignung. Obwohl es, wie man meinen könnte, um elementare Dinge geht: daß man dem anderen zuhört und sich deutlich machen, daß man Wahrheit von Demagogie unterscheiden kann, sich nicht von Emotionen leiten läßt, selbst wenn sie einem gerechter Zorn zu sein scheinen, und tolerant ist (ohne die eigene Würde aufzugeben und Prinzipien zu opfern). Und dann natürlich die Aneignung der Kunst des Kompromisses, der Fähigkeit, sich der Mehrheit unterzuordnen, doch dabei die Meinung der Minderheit zu

respektieren und deren Rechte nicht zu beeinträchtigen. Und natürlich, daß man es versteht, die schärfste Polemik und gar politischen Kampf in würdigen Formen auszutragen, ganz zu schweigen von jener höchsten Bekundung parlamentarischer Kultur wie der Fähigkeit, ohne die Diskussion zu beschränken, diese nicht zu hohlem Gerede verkommen zu lassen, was Volksvertretungen wiederholt kompromittierte und zu einem Rückschlag für die Demokratie führte.

Wie kann man sich schnell all diese Fähigkeiten aneignen? Ich weiß es nicht.

Doch ich möchte glauben, daß die vom Volk gewählten Deputierten, daß die Bedingungen selbst, die politische Atmosphäre und der Geist der Perestroika helfen werden, recht schnell politische Kultur, Weisheit sowohl der Deputierten als auch der Wähler zu erlangen – es ist sehr wichtig, daß diese von ihren Abgeordneten gerade diese Eigenschaften verlangen. Und hier liegt vielleicht der Hauptquell meines Optimismus. Mir scheint (und dabei kann ich mich erneut auf die Erfahrungen des Wahlkampfes berufen), daß die weitaus meisten Wähler bereits nicht geringe Reife gezeigt haben und politisch gewachsen sind. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Perestroika und natürlich der Offenheit – sie war und bleibt die wichtigste Voraussetzung für die Erneuerung unserer Gesellschaft.

Kurz gesagt, wenn ich mir insgesamt die erwähnten und andere Schwierigkeiten, die uns auf dem Weg zur wahren Macht des Volkes erwarten, vergegenwärtige, dann meine ich, daß unser Land vor neuen bedeutenden Veränderungen im poli-



tischen Leben steht. Vor Veränderungen, die unbedingt in Richtung Demokratie und Volksmacht erfolgen werden. Natürlich, wenn wir alle beharrlich und geschickt dafür kämpfen werden. Und wenn wir sowohl gegenüber Versuchen, das Alte zu restaurieren, als auch gegenüber jeglichen Bekundungen des Extremismus (und diese Gefahr

wird, wovon wir uns leider wiederholt in letzter Zeit überzeugen konnten, durchaus real) wachsam bleiben werden.

Jetzt, da das neue sowjetische Parlament seine Arbeit aufgenommen hat, werden die Bedingungen, um den richtigen Kurs zu verteidigen und ihn entschieden zu gehen, günstiger. ■

Von der Perestroika-Variante des Apparats zur demokratischen Variante

Gawriil Popow,
Chefredakteur
der
Zeitschrift
„Woprossy
Ekonomiki“

*Wurde im national-territorialen Wahlkreis Woronesh aufgestellt, doch in die Listen nicht aufgenommen.
Gewählt vom Verband der wissenschaftlichen und ingenieur-technischen Gesellschaften der UdSSR.*

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR ist ein Faktor bei der Verwirklichung des auf der 19. Unionsparteikonferenz verkündeten Kurses auf Demokratisierung. Die Demokratisierung aber hat drei miteinander verbundene Aufgaben zu lösen: erstens die Werktätigen zu Herren des sozialistischen Eigentums und der gesamten sozialistischen Gesellschaft nicht verbal,

sondern real zu machen. Ohne eine solche Veränderung ist die Krise in der Entwicklung des Landes nicht zu überwinden. Zweitens die politische Ordnung eines Rechtsstaates, die dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht, zu schaffen. Und drittens den politischen Überbau zu schaffen, ohne den es unmöglich ist, von den ersten Schritten der Umgestal-

tung der Wirtschaft zu tiefer greifenden Maßnahmen überzugehen, die für eine grundlegende Veränderung der Situation in der Volkswirtschaft erforderlich sind.

Insgesamt geht es heute um den Übergang von der Etappe der Revolution, die von oben begonnen und von den Kräften des Apparats durchgeführt wurde, zu der Etappe, da die Werktätigen, die Volksmassen zu den wichtigsten handelnden Personen werden und eine wahre Revolution beginnt.

Unter dem Aspekt dieser Hauptaufgaben sind sowohl die jüngsten Wahlen als auch der Kongreß selbst zu sehen. Der Kongreß hat ein Nah- und ein Fernziel. Das Nahziel besteht darin, zu einem Faktor des starken Drucks (und der Kontrolle) zu werden, was die Perestroika-Variante des Apparats, die jetzt verwirklicht wird, angeht. Und das Fernziel: zum Ausgangspunkt des Übergangs zur demokratischen Variante der Perestroika zu werden, da das Volk zu ihrer wichtigsten handelnden Person wird, das Volk, das dem Apparat sowohl die Ziele als auch das Tempo der Perestroika vorgeben wird.

Selbst die Erreichung des Nahziels wird enormen Einfluß auf die Erneuerung der Gesellschaft ausüben. Ich meine, daß auch für dieses Programm ein schwerer Kampf bevorsteht.

Der Apparat, der theoretisch die Notwendigkeit von Demokratie, Wahlen, des Kongresses der Volksdeputierten und einer Teilung der Macht mit den Volksvertretern eingesteht, der sich seiner Unfähigkeit bewußt ist, die Probleme des Landes aus eigener Kraft zu lösen, ist in Wirklichkeit immer wieder nicht bereit, den von ihm selbst verkündeten Kurs zu verwirklichen. Er schwankt, er hat Befürchtungen, bisweilen macht er Rückzieher. So erklären sich auch die Versuche, einen Kandidaten pro Wahlkreis durchzuboxen, auf die Wahlkreisversammlungen Druck auszuüben, die Rolle der Volksdeputierten und des Kongresses selbst zu beschränken.

Das Leben, seine zunehmenden Schwierigkeiten werden all diese Schwankungen und Rückzieher unbedingt in den Hintergrund treten lassen. Ohne eine aktive Bevölkerung, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt, wird das Land die Krisensituation nicht überwinden.

Wie wichtig der Kongreß auch sein mag – vergessen wir nicht, daß er nur eine Etappe ist. Nicht weniger wichtig ist es, Versuche abzuwehren, die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Republiken und zu den örtlichen Sowjets zu verschieben. Je schneller sie stattfinden, desto unabwendbarer wird der Übergang zu jener überfälligen Etappe der Perestroika, ohne die man schon heute nicht vorankommen kann. ■

Der Boden den Bauern!

Viktor
Jaroschenko,

stellvertretender
Generaldirektor
der Forschungs-
und Produktions-
vereinigung für
Traktorenbau

*Unabhängiger Kandidat. In allen Phasen
des Wahlkampfes ließ er die anderen
Kandidaten hinter sich.*

Ein Wahlprogramm hieß: „Für soziale Gerechtigkeit“. Ich meine, der Umstand, daß der Apparat, die Bürokratie die Macht des Volkes usurpiert haben, ist der Hauptgrund für die unbefriedigende Situation auch in diesem Bereich.

Um alle gesellschaftlichen Prozesse zu beeinflussen, muß man die reale Macht haben. Die aber haben jene Schichten, die faktisch über die Produktionsmittel verfügen. Erinnern wir uns, daß der eigentliche Sinn der Losungen der Oktoberrevolution darin bestand, den Werktätigen die Produktionsmittel zu übergeben: den Bauern den Boden, den Arbeitern die Fabriken. Und als politische Fortsetzung: die Macht den Sowjets.

Wer die Produktionsmittel hat, der hat auch die Macht. Doch mit der Zeit wurden die Grundprinzipien der Oktoberrevolution untergraben. Der Boden und die Fabriken gehörten im Grunde niemandem, auch wenn wir davon sprachen, daß sie dem Volk gehören. Das machte sich die Bürokratie zunutze und eignete sich **ungesetzlich**, ich wiederhole **ungesetzlich**, das Recht an, über die Produktionsmittel zu verfügen. Deshalb ging die reale Macht auf die Bürokratie über. Und heute hängen die Fragen der Macht sowie die sich daraus ergebenden Fragen der sozialen Gerechtigkeit davon ab, ob es endlich gelingen wird, die Produktionsmittel an die Werktätigen zu übergeben.

Ich persönlich bin Anhänger des ökonomischen Pluralismus, d. h. einer Vielfalt von Eigentumsformen. So sind in der Landwirtschaft Sowchosen, Kolchosen, Pachtwirtschaften und Farmen (mit der Übergabe des Bodens in persönliches Eigentum) möglich. Jeder von uns, der verschiedene Teile des Landes besucht, wird mit einer paradoxen Erscheinung konfrontiert. Sie fahren auf einer Landstraße. Links private bäuerliche Neben-

wirtschaften oder Datschengrundstücke mit offensichtlichen Anzeichen des Wohlstandes und des Überflusses. Rechts aber Kolchos- oder Sowchوسفelder, die eher an eine Wüste erinnern... Und all das unter gleichen klimatischen und Bodenbedingungen. Und sie gelangen ein weiteres Mal zu dem Gedanken, daß Produktionsmittel, wenn sich niemand für sie verantwortlich fühlt, stets weniger effektiv sind.

Diverse halbherzige Maßnahmen, was die Rechte auf den Boden angeht, haben sich nicht bewährt, haben sich endgültig diskreditiert. Deshalb schlage ich den folgenden und meiner Meinung nach einzigen Schritt vor, der es erlauben würde, das Nahrungsmittelproblem zu lösen. Und zwar: den Bauern den Boden zurückzugeben. Die jüngsten Pachtbeschlüsse erwiesen sich wiederum als halbherzig und machen die Bauern erneut abhängig vom Apparat und von der Bürokratie. Wenn die das wollen, erlauben sie die Pacht für 15 oder 30 Jahre. Meinen Schätzungen zufolge müßten, um eine mittlere Farm zur Prosperität zu führen, mindestens 50 000 Rubel als Kredit aufgenommen werden. Doch der Bauer wird sich dazu nicht entschließen, denn nach 15 Jahren kann man ihm das Grundstück wieder fortnehmen. Und so erleben wir auch keine jähre Zunahme der Zahl der Pachtbauern. Ich schlage vor, daß wir uns Lenins Ideen zuwenden, und zwar: den Bauern den Boden zur ewigen Nutzung, als persönliches Eigentum (natürlich ohne das Recht des Weiterverkaufs) zu überlassen, zumindest aber das Land unbefristet zu verpachten.

Vor dem Kongreß der Volksdeputierten stehen nicht wenige Aufgaben, und in gewisser Hinsicht hat dieser Kongreß konstituierenden Charakter. Doch wenn wir uns nur auf die Lösung organisatorischer und Prozedur-

fragen beschränken, können wir die großen Hoffnungen, die die sowjetischen Menschen in den Kongreß setzen, nicht rechtfertigen. Ich meine, daß der Kongreß zumindest eine wirtschaftliche Frage – und zwar das Eigentum an Grund und Boden – lösen und ein entsprechendes Gesetz verabschieden muß. ■

ВСЯ
ВЛАСТЬ
СОВЕТАМ!

Ist das Zentrum alles?

Marju
Lauristin,

Leiterin
des Lehrstuhls
für Journalistik
der Universität
Tartu

*Marju Lauristin wurde von der
Universität Tartu und von vier territorialen
Wahlkreisen Estlands als Kandidatin zum
Kongreß der Volksdeputierten der
UdSSR aufgestellt. Obwohl sie früher
weder zu örtlichen noch zu Republik-
oder Unionsmachtsorganen nominiert
wurde, fand ihre Kandidatur Unterstüt-
zung bereits im ersten Wahlgang.*

Aus den Unterlagen, die wir vor dem Kongreß erhielten, sprach meiner Meinung nach immer noch der alte Geist der Zeiten vor der Perestroika, den wir in der begonnenen Arbeit entschieden überwinden müssen. Was ich damit meine? Sowohl damals als auch erst recht heute ist völlig klar, daß wir Veränderungen an der Geschäftsordnung unseres Forums vornehmen und jedem Deputierten die reale Möglichkeit geben müssen, seinen Vorschlag, seine Initiative zu unterbreiten. Leider sieht die Struktur der Ausschüsse des Kongresses keine Organe vor, die die Arbeit der Deputierten sogleich auf die Lösung der wichtigsten strategischen Aufgaben orientieren würden. Ich meine die Probleme, die mit der politischen Reform, mit der Veränderung der Struktur der Staatsorgane verbunden sind.

Uns in den Republiken bewegen sehr die Fragen der eigenen Rechte und unserer Beziehungen zum Zentrum. Wo, wenn nicht auf dem Kongreß, soll man all diese Probleme erörtern? Doch soviel ich weiß, ist bislang kein Ausschuß geplant, der sich speziell gerade mit diesen Problemen befassen würden, unsere Probleme in den Republiken aber sind eng auch mit den Vollmachten des Kongresses selbst verbunden: Man muß klar abgrenzen, was in seine Kompetenz als Unionsgesetzgebungsor-

gan fällt und was der freien Initiative der Republik, der Region, der Stadt, des Betriebes zu überlassen ist...

Ein zweites wichtiges Moment ist die Wirtschaft. Heute tagen bei uns getrennt die Ausschüsse des Unionsowjets und des Nationalitätensowjets. Doch wo ist ein Ausschuß für allgemeine Wirtschaftsstrategie – für die Entwicklung der Wirtschaft, eine tiefgreifende Wirtschaftsreform? Ohne ein solches aus beiden Kammern bestehendes Organ aber, in dem die besten Kräfte unseres Landes, die in diesen Fragen beschlagen sind, vereint wären, kommen wir nicht voran.

Jetzt noch ein Punkt. Wir gehen dem Rechtsstaat entgegen. Das bewegt jetzt alle. Davon wie übrigens auch von anderen wichtigen Problemen sprachen wir auf der Baltischen Versammlung, die vor dem Kongreß stattfand. Ebendeshalb meine ich, daß gerade hier, auf dem Kongreß, ein Ausschuß für Menschenrechte eingesetzt werden muß. Einen solchen Ausschuß gibt es ebenfalls bislang nicht.

Mich als Journalistin bewegen zweifellos die Probleme der freien Information. Damit sich nicht nur die Deputierten, sondern die gesamte Presse des Landes darüber informieren können, was auf unserem Forum



geschieht, über die konkreten Vorschläge und Initiativen, die die Deputierten aus allen baltischen Republiken zum Kongreß mitbrachten, haben wir unser eigenes Informations-

zentrum eingerichtet. Es ist unser kleiner Beitrag zur gemeinsamen Sache. Wir hoffen, daß auch die anderen Republiken unserem Beispiel folgen werden. ■

Wieder „klassenmäßiges Herangehen“...

Vitali Goldanski,
Akademiestitglied

Akademiestitglied Vitali Goldanski wurde vom Friedensfonds und von 8 gesellschaftlichen Friedenskomitees vorgeschlagen und gewann die Wahlen in zwei Runden.

Die reale Möglichkeit, dem Volk die Macht zurückzugeben, besteht vor allem darin, daß alle Deputierten im Kongreß und in ihrer Teilnahme am Kongreß etwas sehen, dem sie bereit sind, all ihre Kraft und all ihr Wissen zu geben, ja was sie als Aufgabe ihres Lebens betrachten. Wir dürfen nicht nach Trugbildern haschen, dürfen nicht denken, auf einen Schlag könne sich alles zum Besseren wenden. Man muß sich klar bewußt

sein, daß wir in einer sehr schweren Lage sind. Und daß wir ohne abgewogene und zugleich rationale Schritte, wenn wir nicht alle Dogmen und Vorurteile beiseite schieben, die komplizierte Situation, in der wir sind, nicht werden überwinden können.

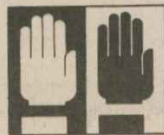
Ich sehe eine überaus große Gefahr in Versuchen, unsere Arbeiterklasse gegen die Bauernschaft und

die Intelligenz auszuspielen, in Versuchen, in der Arbeiterklasse und in der Bauernschaft Stimmungen gegen die Intelligenz zu wecken. Gewisse Leute versuchen, grob gesagt, diejenigen, die körperlicher Arbeit nachgehen, aufzuheizen – da schaut nur, wie die Intelligenz euch übers Ohr haut, wie sie, die keineswegs die Mehrheit im Lande bildet, solche Positionen im sowjetischen Parlament errungen hat. Und daß man vielleicht daran denken sollte, ein „wirkliches Volksparlament“, ein „wirkliches Arbeiterparlament“, ein „wirkliches Bauernparlament“ zu schaffen. Diese Appelle – bisweilen offener, bisweilen verdeckter – scheinen mir überaus gefährlich zu sein. Und zwar, weil dies ein Kurs auf die Spaltung des Volkes ist. Ich würde empfehlen, sich daran zu erinnern, daß die Intelligenz, obwohl sie abwertend als „Zwischenschicht“ bezeichnet wurde, stets der gebildetste und selbstloseste Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft war. Ich bin davon überzeugt, daß sich die in der materiellen Produktion Tätigen sehr wohl darüber Klarheit verschaffen können, wer ihre echten und wer ihre falschen Freunde sind. Und daß aus jenen, die

sich angeblich für die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft stark machen, in Wirklichkeit unsere Bürokratie spricht, die jetzt vor allem den Verlust der Macht fürchtet. Besonders wütend begann sie sich nach dem kürzlichen April-Plenum des ZK der KPdSU zu äußern.

Was aber die politisch-gesellschaftlichen Fragen, die ich als die aktuellsten betrachte, angeht, so ist dies die Verwirklichung des neuen Denkens in der internationalen Politik. Diese Fragen sind programmatischer Natur, mit ihnen befaße ich mich direkt, indem ich sowjetische wie ausländische Wissenschaftler zur eingehenden Analyse, zu quantitativen Einschätzungen heranziehe. Ich meine den Übergang von der Rüstungswirtschaft zu einer Wirtschaft der Abrüstung unter Beibehaltung des Militärpotentials nur auf dem Stand, der von der Verteidigungsdoktrin diktiert wird, unter voller Nutzung jener Vorzüge, die die Konversion unserer Volkswirtschaft eröffnen kann. Sehr wichtig sind die strenge gegenseitige Kontrolle über die Einhaltung der Verpflichtungen, der Einsatz der modernsten Wissenschaft und Technik hierfür, insbesondere kosmischer Systeme, der Mikroelektronik und der Informatik, sowie der vollständige Ausschluß militärischer Konflikte, darunter nichtnuklearer. Die sinnlosen Informationsbeschränkungen für Sowjetbürger der sowjetischen Menschen müssen beseitigt und alle Informationen, die keine Staats- oder militärischen Geheimnisse enthalten, offengelegt werden. All diese und andere damit verbundene Probleme müssen Gegenstand der Erörterung und der entsprechenden Beschlüsse des Kongresses, des Obersten Sowjets der UdSSR, der Ausschüsse bei den Kammern und einer Reihe von Ausschüssen entweder beim Obersten Sowjet oder beim Kongreß der Volksdeputierten werden. ■

Fotos: W. Kisseljow



Wir ersuchten ausländische Parlamentarier, Politiker und Wissenschaftler, über ihre Erfahrungen zu



erzählen und dem neuen sowjetischen Parlament und seinen Deputierten ein Wort mit auf den Weg zu sagen.

Stephen J. Solarz:

„Mein Anliegen – Probleme des Kreises und des Landes“

Unser New-Yorker Korrespondent **Jewgeni Andrianow** unterhielt sich mit dem Mitglied des Repräsentantenhauses des US-Kongresses vom Bundesstaat New York



sen, daß sie mich nicht nur immer sprechen können, sondern daß ich auch stets bereit bin, mich mit ihren Problemen und Sorgen auseinanderzusetzen.

Wenn eine Frage die Stadtbehörden betrifft, so spreche ich entweder persönlich vor, oder ich schicke ein Schreiben. Eventuell unternehme ich beides. Als langjähriger Kongreßmann kann ich sagen, daß die örtliche Bürokratie bemüht ist, den Gesetzgebern entgegenzukommen. Leider bin ich nicht imstande, allen, die zu mir kommen, zu helfen. Dennoch erreichen wir, meine Wähler und ich, gemeinsam doch, was wir anstreben, obwohl auch Niederlagen vorkommen.

Wie viele Gehilfen haben Sie in den vier Büros, hier in Brooklyn und in Washington?

Insgesamt 18. Außerdem habe ich vier Gehilfen als Vorsitzender des Unterausschusses im US-Repräsentantenhaus für Asien und den Pazifik. Hier, im Hauptbüro meines Wahlkreises, sind 7 Personen beschäftigt. Einige von ihnen befassen sich nur mit den Problemen der Einwohner, andere mit Problemen der Schulen, der Glaubens- und anderen Gemeinden; sie vertreten mich oft bei den Sitzungen dieser Organisationen.

Wie wählen Sie Ihre Gehilfen? Gibt es Unterschiede in deren Bildung und Arbeitserfahrung?

Viele festangestellte Gehilfen begannen ihre Tätigkeit hier als Aktivisten. Manchmal, wenn wir eine freie Stelle bekommen und keinen ehrenamtlichen Gehilfen haben, drucken wir eine Anzeige, um die örtlichen politischen Kreise zu informieren. Die Anwärter, die sich uns vorstellen, laden wir zu einer Unterhaltung ein. Es kommt auch zu kuriosen Vorfällen. Als wir einmal nach einem Fahrer suchten, hatten wir inseriert. Ich hörte, als ich von einer Reise zurückkehrte, folgende Geschichte vom Band meines Telefons: „Hier spricht Ivan. Ich habe große Erfahrungen als Fahrer von hochge-

stellten Personen des Kreml, jetzt möchte ich hochgestellte Personen von Brooklyn fahren.“

Und? Haben Sie den Ivan angestellt?

Nein, Arbeitererfahrungen bei „hochgestellten Personen“ sind natürlich was wert, aber unser Fahrer muß sich vor allem im Wahlkreis und in der Stadt auskennen.

Welche Forderungen stellen Sie an Ihre Gehilfen in Washington?

Sie müssen eine entsprechende Bildung und gewisse Erfahrungen im Bereich der Gesetzgebung haben. Da ich außerdem am Ausschuss für Auswärtiges mitwirke, sind einige meiner Gehilfen Länderkundler und können die entsprechende Fremdsprache.

Ein Kongreßmitglied kann die örtlichen Behörden gewissermaßen beeinflussen, aber kann er auch auf die Politik der Regierung irgendwie einwirken?

Der erste Weg, die Regierung zu beeinflussen, ist die entsprechende Gesetzgebung. In meinen 15 Jahren im Kongreß war ich Autor und Mitautor mehrerer Gesetzentwürfe zu Fragen der Innen- und Außenpolitik.

Ein anderer Weg ist, die Regierung unmittelbar anzurufen. Natürlich werden nicht alle von meinen Ideen und Gesetzentwürfen angenommen. Aber als Kongreßmann hat man die Möglichkeit, der Regierung real zu helfen, und fühlt sich verpflichtet, das nach Kräften zu tun.

Sie sprechen von der Möglichkeit, Ihrer Regierung zu helfen. Dabei herrscht zwischen Kongreß und Regierung bei weitem nicht immer lauter Harmonie.

Wenn ich mit der Politik oder bestimmten praktischen Schritten der Regierung nicht einverstanden bin, kann ich Anhörungen zu dieser Frage beantragen und meinen Kollegen sowie der Öffentlichkeit klarmachen, daß die Regierung in einem Irrtum befangen ist. Wenn man auf meine Argumente hört, richtet der Kongreß ein Schreiben an den Präsidenten und faßt außerdem einen Beschluß, der den Regierungsbeschluß für ungültig erklärt.

Aber der Präsident könnte ein Veto einlegen...

In diesem Fall wird über den Gesetzentwurf erneut abgestimmt, und wenn wieder eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder beider Kammern für ihn stimmt, muß sich der Präsident dem fügen.

Außerdem schließt der Präsident Verträge mit anderen Staaten ab. Die Gesetzgeber bestätigen sie nicht immer. Auch von diesem Recht machen wir Gebrauch.

Wie unterhalten Sie Kontakt mit Ihren Wählern?

In meinem Wahlkreis gibt es ein Haupt- und zwei Hilfsbüros. Ihre Mitarbeiter sind meine Vertreter. Sie beschäftigen sich mit allen möglichen Fragen, helfen z. B. bei der erneuten Ausstellung einer verlorenen Sozialversicherungspolice, aber ebenso bei der Einstellung von Arbeitsuchenden oder bei der Einlieferung ihrer betagten Verwandter in einem Altersheim. Tausende Menschen wenden sich mit der Bitte, ihre Interessen gegen die örtlichen Behörden oder Bürokraten zu verteidigen.

Die Mitarbeiter des Apparats informieren die Wähler über meine innen- und außenpolitische Tätigkeit in Washington, sie geben Informations- und Nachrichtenblätter heraus.

Aber all das sind sozusagen vermittelte Kontakte...

Gewiß. Deshalb veranstalte ich mindestens einmal jährlich in verschiedenen Gebieten meines Wahlkreises, in ethnischen und religiösen Gemeinden Treffen mit meinen Wählern, zu denen alle Einwohner eingeladen werden. Ich berichte darüber, was getan werden konnte, sie beurteilen meine Tätigkeit, äußern ihre neuen Wünsche und Aufträge. Das bezieht sich sowohl auf das Leben einer Gemeinde, in der ich gerade spreche, als auch darauf, was man „hohe Politik“ nennt.

Manchmal laufe ich einfach durch einen Bezirk meines Wahlkreises, spreche mit Menschen in Geschäften, auf Haltestellen, in Anlagen und auf Kinderspielplätzen. Ich betrachte das als einen wichtigen Bestandteil meiner Tätigkeit. Die Wähler müssen wis-

Täglich von 11 bis 12

Shantaram Naik,
Mitglied des Unterhauses
des indischen
Parlaments



Im indischen Parlament besteht ein ganzes System von Mitteln und Methoden, die Tätigkeit der Exekutivgewalt zu kontrollieren. Das ist jedoch keine direkte Kontrolle, sondern eine Art Beeinflussung der Regierung, man gibt ihr keine Ordern oder Anweisungen, vielmehr arbeitet man Ratschläge und Empfehlungen aus; es handelt sich nicht um Obstruktion, sondern um konstruktive Kritik.

Daß die Exekutivgewalt dem höchsten legislativen Organ gegenüber rechen-schaftspflichtig ist, ergibt sich schon daraus, daß die Tätigkeit der indischen Regierung auf Legislativakten beruht, die das Parlament erörtert und bestätigt hat. Nur das Parlament allein entscheidet über die Funktionen und Vollmachten der Exekutivgewalt. Die Justizorgane ihrerseits konstatieren bzw. kontrollieren, ob sie diese Funktionen in strikter Übereinstimmung mit den Gesetzen ausübt. Jeder Bürger Indiens kann gegen das Vorgehen der Regierung oder eines ihrer Organe beim Gericht Beschwerde führen, und der entsprechende Gerichtsentscheid ist für die Exekutivgewalt bindend.

Im Parlament selbst wird die Tätigkeit der Regierung vor allem dann erörtert und analysiert, wenn die Budgets der Ministerien und anderen Regierungsämter für das jeweilige nächste Finanzjahr zur Sprache kommen. Natürlich läßt sich eine ausführliche und minutiöse Analyse im Rahmen der Parlamentstagungen schwer anstellen. Deshalb setzen die Mitglieder beider Kammern

mehrere ständige und provisorische Kommissionen mit umfassenden Vollmachten ein. Soviel ich weiß, wird das auch in anderen Ländern praktiziert. Wir haben jedoch ein weiteres, meines Erachtens sehr wichtiges Komitee, das keine Analogien in der Welt hat: das für Regierungserklärungen. Zu seinen Funktionen gehört die Kontrolle darüber, wie die Verpflichtungen, Versprechen und Versicherungen erfüllt werden, die die Minister der Bundesregierung bei ihren Ansprachen im Parlament oder bei ihren Antworten auf Anfragen von Abgeordneten äußern.

Außerdem haben wir ein System von konsultativen Parlamentskomitees, die bei jedem Ministerium wirken. Sie erarbeiten Empfehlungen und Ratschläge im Hinblick auf die zweckmäßigsten Formen und Methoden der Tätigkeit eines Ministeriums. Zugleich ist das eine spezifische Form der parlamentarischen Kontrolle über das Wirken der Regierungsorgane.

Erwähnt sei schließlich die „Stunde der Antworten“ im indischen Parlament. Täglich sind die Minister von 11 bis 12 Uhr vormittags (wenn der Parlamentssprecher nicht anders verfügt, was allerdings sehr selten vorkommt) verpflichtet, mündlich oder schriftlich auf Fragen zu antworten, die Abgeordnete ihnen im voraus gestellt haben. Wenn ein Minister ausweichend oder sonst auf eine Art antwortet, die die Abgeordneten nicht zufriedenstellt, wird er ohne Ansehen der Person kritisiert. Manchmal wird sogar eine von den Parlamentsregeln erlaubte Form der Obstruktion angewandt, bei der sämtliche Abgeordneten den Sitzungssaal verlassen. Solche Fälle kamen in der Praxis des indischen Parlaments nicht selten vor. ■

Was ein Ombudsman kann

Lauri Lehtimaja,
Berater des Ombudsmans
des finnischen Parlaments



Der Ombudsman ist eine unabhängige Amtsperson beim Parlament, die alle vier Jahre von unserer obersten Legislative gewählt wird. Er hat einen Gehilfen und 16 Berater. Das Wort selbst kommt aus dem Schwedischen, weil dieses Machtinstitut zuerst in Schweden entstanden war, während Finnland das zweite Land war, das den gleichen Posten bei sich einführte. Der Ombudsman ist eine hochgestellte offizielle Person, die die Arbeit der staatlichen, munizi-

palen und anderen Amtspersonen sowie die Zustände auf Polizeirevierern, in Gefängnissen sowie die Bedingungen des Armeedienstes u. a. kontrolliert. Im Vergleich etwa mit den Gerichten geht der Ombudsman völlig informell vor. Jeder Bürger, der mit der Handlungsweise einer Amtsperson unzufrieden ist, kann ein Schreiben an den Ombudsman richten. So bekomme ich rd. 2000 solche Beschwerden im Jahr, ich prüfe sie und lege das Material dem Ombudsman vor, der die Angelegenheit ebenfalls

zuerst prüft, bevor er eine Entscheidung fällt. Selbstverständlich ist er außerstande, die Arbeit von Amtspersonen unmittelbar zu beeinflussen, kann jedoch seine Meinung über die zugelassenen Verstöße zum Ausdruck bringen. Sehr oft genügt das, und die Amtsperson, die eine Verletzung zugelassen hat, verbessert ihren Fehler freiwillig. Wenn das nicht passiert, kann sich der Ombudsman an das Gericht wenden. Aber gewöhnlich gedeiht die Sache nicht so weit.

Wie bringt der Ombudsman seine Meinung zum Ausdruck? Er schreibt einen Brief, wobei eine Kopie unmittelbar der Person, die sich einen Verstoß hat zuschulden kommen lassen, zugeleitet wird und eine weitere an eine Zeitung, eine Nachrichtenagentur, an Rundfunk oder Fernsehen abgeht. In der Regel findet ein solches Schreiben ein recht breites Echo in der Presse. Außerdem geben wir alljährlich eine kurze Übersicht aller Fälle heraus, in denen Verletzungen der Gesetzgebung festgestellt wurden. Solche Übersichten erscheinen in finnischer und englischer Sprache, um den Einblick auch Ausländern, die auf dem Territorium unseres Landes berufstätig sind oder leben, zu ermöglichen.

Außerdem haben wir schon jetzt praktisch eine Bank der Angaben über alle Fälle, die der Ombudsman je zu prüfen hatte, und über alle dazu gehörigen Beschlüsse des Obersten Gerichts angelegt. Man braucht also nur seinen Computer zu befragen, um die volle Information zu haben. Man tippt z. B. nur das Wort „Gefängnis“ in seinen PC ein, und schon hat man alle Fälle der Verstöße gegen die Unterhaltungsregeln in Gefängnissen. Kurz, wir haben eine Art Buch in den Computerspeicher eingegeben. Ich glaube, diese Praxis ist auf der Höhe unseres elektronischen Zeitalters. Natürlich haben bei weitem nicht alle Zutritt zu dieser Angabenbank. Nur wer die Übersicht wie eine Zeitung oder Zeitschrift abonniert, erhält einen Code, der den Zutritt zur Datenbank ermöglicht. Dennoch bewährt sich diese Arbeitsmethode ganz gut.

Nicht nur eine staatliche Amtsperson, sondern auch Richter können vom Ombudsman kontrolliert werden. Zwar ist das Gericht in Finnland unabhängig, aber das bedeutet noch nicht, daß es alles darf. Außerdem kann der Ombudsman Inspektionsreisen durch Gefängnisse, Truppenteile und Garnisonen unternehmen, um mit eigenen Augen zu sehen, wie es dort bestellt ist.

Das wären kurz die Probleme, mit denen wir täglich zu tun haben. Alljährlich wird dem Parlament ein ausführlicher Bericht über die geleistete Arbeit vorgelegt.

Ich habe mich nicht etwa versprochen, als ich sagte, daß der Ombudsman unabhängig ist. Er wird zwar vom Parlament gewählt, und während der Wahlen wird natürlich die Frage nach den politischen Ansichten des Anwärter erhoben. Aber nachdem seine Kandidatur bestätigt worden ist, erhält er alle Vollmachten, selbstständig zu wirken. ■

Vor uns die Zukunft

Sowjetunion – China: die historische Wende

Vitali Ignatenko

Den Hunderten von Korrespondenten, die sich durch die gigantischen Marschkolonnen der Demonstranten im Zentrum von Peking mit Mühe und Not ihren Weg zum Haus des Nationalen Volkskongresses gebahnt und ihre Fragen an Michail Gorbatschow bereits vorformuliert hatten, wurde erklärt, daß die chinesischen Behörden die Pressekonferenz in die Staatsresidenz Diaoyoutai verlegt hätten.

Dem einen oder anderen Journalisten waren Verärgerung und Ermüdung deutlich anzumerken. Wieder war ein nicht eben leichter Weg ans andere Ende der Stadt zurückzulegen. Viele waren schwer gepackt mit Fernseh- und Videokameras, mit Tontechnik und allem, was dazu gehört. „Sollten diese Umstände tatsächlich den Kontakt Ihrer Delegation mit der Presse überlagern und die Akzente dieses großen Ereignisses verschieben?“ Ich verstand die Besorgnis meines Kollegen von Xinhua.

...In der Diaoyoutai-Residenz betrat Michail Gorbatschow die Pressekonferenz in gehobener Stimmung. Er lud gleichsam alle ein, sich über Umstände und Launen des eigenen Tellerrandes zu erheben.

„Wissen Sie, ich habe den Eindruck, als hätte es diese 30 Jahre der Entfremdung nie gegeben“, sagte der Generalsekretär. Damit wurde klar, daß die erste Begegnung auf höchster Ebene nach 30 Jahren zu einer sehr wichtigen Einsicht geführt hatte: In den Gedanken und Herzen der Millionen von Menschen in der UdSSR und in China waren das aufrichtige Interesse und die Sympathie füreinander nie erloschen.

Die weiter zurückliegende und die jüngere Geschichte bestätigen, daß Uneinigkeit, Entfremdung und Mißtrauen den Interessen unserer beiden Völker ständig geschadet, während gute Nachbarschaft und gleichberechtigte Zusammenarbeit ihnen bisher immer genützt haben.

„Wir können das sowjetisch-chinesische Gipfeltreffen zu Recht als einen Aufbruch betrachten“, sagte Gorbatschow in Peking. „Wir lassen einen langen Zeitabschnitt der gegenseitigen Entfremdung hinter uns. Vor uns liegt die Zukunft, die wir gemeinsam gestalten müssen.“

Michail Gorbatschow lud also dazu ein, über die Zukunft Chinas und der UdSSR, des asiatisch-pazifischen Raums und der Welt insgesamt zu sprechen. Über die Veteranen und die Jugend. Über Reform und Perestroika. Über friedliche und kriegerische Angelegenheiten...

Die Stimmung in der Diaoyoutai-Residenz taute auf...

Adaption an die Zeit

Seit diesem Besuch sind schon einige Tage vergangen, und man merkt immer deutlicher, daß alle diese Tage in der VR China nichts anderes als ein Dialog über die Zukunft, über die Festlegung ihrer Grenzen, Perspektiven und Möglichkeiten waren.

Die UdSSR und China traten in einen neuen Abschnitt ihrer Beziehungen ein. Unter die Vergangenheit ist ein Schlußstrich gezogen. „Soll der Wind das alles verwehen“, sagte man Gorbatschow in Peking.

Während der Gespräche in China wurde mehr als einmal bestätigt, daß es leichter ist, die Beziehungen zwischen Ländern zu

zerstören als sie auszubauen und zu festigen. Ein paar falsche Entscheidungen, Versuche, dem anderen den eigenen Willen, den eigenen Standpunkt aufzuzwingen, das Aufwerten von gegenseitigen Kränkungen zu Staatsakten und von ideologischen Meinungsverschiedenheiten zu staatlicher Konfrontation, und schon entstehen zwischen einst freundschaftlich verbundenen Ländern Mißtrauen, Argwohn und Feindschaft. Niemand hat das Recht, das Monopol auf Wahrheit für sich zu beanspruchen, und nie dürfen die Positionen danach unterteilt werden, wer fragt und wer den Ton angibt.

Der Chef der sowjetischen Delegation gab bei den Gesprächen seiner Überzeugung Ausdruck, daß weder die Führung noch die Bürger in der UdSSR und China eine Wiederholung der Fehler zulassen werden, die zu korrigieren später so schwer sei. Entscheidend ist auch, daß die sowjetische und die chinesische Jugend, von der die Zukunft unserer Beziehungen abhängen wird, diese Lehre begreift.

„Wir täten alle gut daran, uns zu fragen“, sagte Gorbatschow, „was man tun muß, damit die Traditionen der normalen und guten Beziehungen zwischen unseren Völ-



kern von einer Generation auf die nächste übergeben werden können. Um so mehr, als den jungen Menschen bevorsteht, die von den Veteranen eingeleitete Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft fortzusetzen und erfolgreich abzuschließen.“

Eine prinzipielle Neuheit in den Untertönen der Gespräche in Peking zeigte sich darin, daß die Beratung über die Beziehungen zwischen der UdSSR und China untrennbar mit den Prozessen verbunden war, die die Welt heute durchlebt. Die führenden Politiker unserer beiden Länder kamen bei ihrer Erörterung von Problemen und Herausforderungen der Zeit zu dem Ergebnis, daß in den vergangenen Jahrzehnten vieles verabsäumt worden war. Es ist doch noch gar nicht so lange her, daß die sowjetische Karte gegen China und die chinesische Karte gegen die Sowjetunion ausgespielt wurde, und das nicht gerade zum Nutzen unserer Länder. Es ist auch noch nicht so lange her, daß die Spannungen zwischen der UdSSR und China zu einer Verschlechterung des politischen Klimas in ganz Asien und in der Welt geführt haben. Bei der Erzählung von seinen Gesprächen mit chinesischen Jugendlichen sagte Michail Gorbatschow betrübt: „Sie haben sogar gesagt, wir hätten unsere Beziehungen früher normalisieren und auf ein neues Niveau heben sollen. Das nehme ich auf meine Kappe.“

Viele Jahre des Schweigens und der Entfremdung. Und das, während die Welt von heute in kosmischen Geschwindigkeiten lebt, aber ohne zuverlässige Bremsen zu haben. Die Welt entschwindet auf der von Bradbury und den Strugazkys vorgezeichneten Bahn im Morgen, ohne treue philosophische Lotsen zu haben. Kein einziges Volk kann die gewaltigen Veränderungen unberücksichtigt lassen, die in der Welt vor sich gehen. Die Welt ist näher zusammengerückt, die gegenseitige Abhängigkeit nimmt zu, auf uns lauern große Gefahren. Das gilt für die atomare Bedrohung, das gilt auch für ökologische Probleme. Entwickelte und sich entwickelnde, alle Völker stehen vor demselben Problem, der Adaption an die Jetztzeit. „Wir hängen jetzt sehr voneinander ab“, sagt Gorbatschow im chinesischen Fernsehen. „Und das heißt, daß wir unsere Beziehungen auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung unserer heutigen Besonderheiten und Realitäten aufbauen müssen. Wir haben gesagt, daß wir ein neues Denken brauchen. Die chinesische Seite hat gesagt, daß eine neue politische Ordnung not tut. Wir haben entdeckt, daß unsere Ansichten über die uns umgebende Welt wesentlich übereinstimmen, und das hat uns erlaubt, viele Probleme sehr fruchtbar zu erörtern.“

Der eigene Weg

Marx ist nicht im Auto gefahren und hat auch keinen Farbfernseher gekannt. Soll er vielleicht auch auf solche Fragen ant-

worten, was Familienpacht ist und warum es in jeder Familie nur ein Kind geben darf? Das stand in der Zeitschrift „Qiao“ (Brücke) zu lesen, die während des Gorbatschow-Besuchs in Peking herauskam.

Das sind Anklänge an die Diskussion über die gegenwärtige Reform in China.

Wir wissen, wie rege die Philosophen über den modernen Sozialismus in anderen Ländern und in der Sowjetunion nachdenken. Gorbatschow legte in Peking seine Gedanken über den Sozialismus der Zukunft und des morgigen Tages dar: „Das 20. Jahrhundert hat augenfällig demonstriert, wie schwer es ist, den Menschheits Traum von einer besseren Zukunft zu verwirklichen. Heute steht die Schaffung einer neuen Gesellschaft als eine Aufgabe vor uns, die schwieriger ist als man im 19. Jahrhundert dachte, als der Sozialismus eben erst von einer Utopie zur Wissenschaft wurde.“

Heute sind wir aber um wertvolle praktische Erfahrungen reicher. Der Sozialismus befreit sich von Illusionen, Dogmen und Einstellungen und durchlebt heute am Ende dieses Jahrhunderts einen Prozeß der allseitigen Erneuerung.“

In den Reden der führenden Repräsentanten beider Länder wurde noch einmal bestätigt, daß es kein einheitliches, für alle Länder verbindliches Modell für den Aufbau des Sozialismus geben kann. Jedes Land löst die Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung, ausgehend von seinen eigenen Bedingungen, seinem eigenen Entwicklungsstand und seinen eigenen politischen Erfahrungen, unter Berücksichtigung von Traditionen, seiner eigenen Größenordnung, seiner Rolle und dem Umfang seiner Beteiligung an verschiedenen Prozessen usw. Das ist eine sehr schwierige Dialektik, und deshalb gibt es Unterschiede in unseren Methoden.

Chinesische Zeitungen haben während des Besuchs und in der Folgezeit ausführlich darüber geschrieben, wie die Gespräche auf

höchster Ebene die Beziehungen zwischen China und seinen Nachbarländern beeinflussen werden.

Im Abschlußdokument sind die Positionen und Konzeptionen der UdSSR und der VR China vom Wesen der heutigen internationalen Beziehungen dargelegt. Unsere Positionen stimmen nicht immer überein. Es besteht allerdings kein Anlaß, das zu dramatisieren. Vor uns liegt das gemeinsame Wirken auf dem internationalen Schauplatz, vor allem bei den wichtigsten Problemen der Gegenwart. Vor uns liegt die Lösung weltumspannender wirtschaftlicher, sozialer, demographischer und ökologischer Probleme. Das hat, wie in dem Abschlußkommunique festgestellt wird, große Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Weltzivilisation, für die Lebensqualität der Menschheit. In dem sowjetisch-chinesischen Kommuniqué heißt es, daß die UdSSR und China es für notwendig erachten, eine radikale Gesundung der Zustände in der Welt zu fördern. Sie begrüßen die internationale Entspannung und bewerten die Bemühungen und konkreten Schritte verschiedener Staaten positiv, ihre Rüstungen abzubauen und die militärische Konfrontation zu verringern, sie begrüßen den Fortschritt, der bei der Beilegung von regionalen Konflikten erzielt wurde. Frieden und Entwicklung sind zu den beiden wichtigsten Fragen der Gegenwart geworden.

In Peking wurden besonders die Fragen erörtert, die sich auf eine Beilegung des Kambodscha-Problems beziehen. Man konnte sich ausrechnen, daß die Journalisten diesem Abschnitt der Gespräche besonderes Interesse entgegenbringen würden. So war es auch. Jeden Tag, ob im Hotel „Guojing“ oder im Pressezentrum, überall, wo die Kollegen sich versammelten, ständig herrschte die „Kambodscha-Frage“. Natürlich warteten alle auf eine Antwort des sowjetischen Delegationschefs. Als sie kam, schien es mir, als habe der fruchtbare und optimistische

Xu Kui,

Direktor des Instituts für die UdSSR und Osteuropa

Der offizielle Besuch des Genossen Gorbatschow in unserem Land stellt eine wichtige historische Wende dar in den Beziehungen zwischen den beiden größten sozialistischen Mächten der Welt. Dieser Besuch hat nicht nur für die Schicksale und die Zukunft unserer sozialistischen Länder bleibende Bedeutung, sondern beeinflusst auch die Lage in der Region und der ganzen Welt.

Unter „Normalisierung der Beziehungen“ verstehe ich vor allem, daß alle Verbindungen und Kontakte, alle Beziehungen, die sich für zwei benachbarte Großmächte, die heute große revolutionäre Veränderungen durchmachen, gehören, auf eine gesunde und fruchtbare Grundlage gestellt werden. Ich sehe auch, daß unsere Beziehungen keineswegs wiederholen, was früher einmal war

und Geschichte geworden ist. Wichtig ist, daß unsere beiden Länder ihre gereiften Beziehungen auf die universellen Prinzipien zwischenstaatlicher Kommunikation gründen, nämlich die beiderseitige Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, den Verzicht auf einen Angriff, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des andern, die Gleichheit, den beiderseitigen Vorteil und die friedliche Koexistenz. Eine Vertiefung des Vertrauens nützt unseren Völkern und erlaubt uns, unsere Anstrengungen mehr auf die Entwicklung zu konzentrieren. Es ist erfreulich, daß unsere kommunistischen Parteien ihre Beziehungen normalisiert haben. Ich glaube, das werden Beziehungen eines neuen Typs. Wahrscheinlich werden wir in Zukunft die Beziehungen zwi-

schen unseren Parteien nicht über unsere zwischenstaatlichen Beziehungen stellen. Der Meinungsaustausch zwischen unseren Parteien über die konkrete Arbeit und die Erfahrungen des jeweils anderen sollten nicht auf die Ebene der Zentralkomitees beschränkt bleiben. Wichtig ist, daß die Verbindungen zwischen unseren Parteien auf Städte, Rayons und Landkreise übergreifen. Ein Meinungsaustausch auf der Ebene der Grundorganisationen ist bestimmt auch nützlich.

Die in der Hauptstadt der VR China erzielten Vereinbarungen haben eine zuverlässige Grundlage für vertiefende Forschungsarbeiten von Gesellschaftswissenschaftlern unserer beiden Länder geliefert. Ich würde mich beispielsweise der Analyse von heutigen Ansichten über den Sozialismus zuwenden, und dazu könnten Gemeinschaftsarbeiten von sowjetischen und chinesischen Wissenschaftlern beitragen

Sinn der sowjetischen Position alle erreicht.

Gorbatschow: „Ich glaube nicht, daß im Verlauf dieser Gespräche eine politische Regelung des Kambodscha-Problems zustande kommen sollte. Es ist ernsthaft erörtert worden, sehr verantwortungsvoll und allseitig und unter Berücksichtigung aller Realitäten. Ich denke, daß wir viele Gemeinsamkeiten in unseren Einschätzungen der Situation und sogar ihrer Perspektiven haben. Vor allem verstehen wir, daß es nur eine politische Regelung für dieses Problem geben kann. Jeder andere Ansatz ist gefährlich, er kann die Ereignisse in eine gefährliche Richtung drängen. Ferner ist im Zusammenhang damit, daß Vietnam den vollständigen Abzug seiner Truppen bis Ende September dieses Jahres erklärt hat, eine qualitativ neue Lage entstanden. Wir waren uns darin einig, daß der politische Prozeß in einem neuen Stadium und in einer neuen Situation günstig und im Interesse Kambodschas, aller Länder der Region und der Weltgemeinschaft verlaufen wird, wenn alle Seiten sich an ihm beteiligen. Wie Sie sehen, gibt es eine große Übereinstimmung der Positionen.“

Die führenden Politiker Chinas und wir meinen, daß auch die internationale Kontrolle eine wichtige Aufgabe übernehmen könnte. Jetzt kommt es darauf an, die Möglichkeiten zu realisieren, die uns die neue Situation bietet. Die richtige Antwort besteht offensichtlich darin, daß diese Frage von den Teilnehmern des Prozesses in Kambodscha endgültig gelöst werden muß. Ich habe den Eindruck, daß die Sowjetunion und China alles in ihren Kräften Stehende tun werden. Sie können aber das Problem nicht für die Kambodschaner lösen. Das ist, wie ich meine, ebenfalls einleuchtend.“

Korrektur an Kipling

Deng Xiaoping bemerkte in seiner Unter-

redung mit Michail Gorbatschow, daß er schon nach der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU in Wladiwostok ernsthaft an die Notwendigkeit einer Begegnung gedacht hätte. Diese Bemerkung des chinesischen Parteipolitikers wird bis auf den heutigen Tag kommentiert. Ich möchte dazu anmerken: Viele Analytiker und Journalisten meinen, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und China, wäre sie früher eingetreten, heute schon positive Prozesse in der asiatischen und pazifischen Region hätte nach sich ziehen können.

Jetzt bleibt das der Zukunft vorbehalten.

In Peking rief Gorbatschow gleichsam als Fortsetzung von Wladiwostok und Krasnojarsk dazu auf, nach Möglichkeiten der Umgestaltung in den Beziehungen zwischen den Staaten des asiatisch-pazifischen Raums zu suchen, um zu verhindern, daß er wieder zu einem Schauplatz militärischer Konfrontation wird. Das war eine Einladung, gemeinsam darüber nachzudenken, wie die Prozesse in diesem immer wieder aufwallenden Schmelztiegel, wie regionale Konflikte zu lösen, wie der Weiterverbreitung von Atomwaffen ein Riegel vorzuschieben und militärischen Flottenaktivitäten Einhalt zu gebieten ist. Wichtig sei jetzt, den Mechanismus der Zusammenarbeit zu bestimmen und Vertrauensmaßnahmen auszuarbeiten. „Die öffentlichen Reden des Genossen Gorbatschow haben mir reiches Material zum Nachdenken gegeben“, sagte mir Fu Quanruang, Mitarbeiter der internationalen Abteilung des Staatsrats der VR China. „Die Analyse der politischen Lage in der asiatisch-pazifischen Region kommt genau zur rechten Zeit. Mir scheint, daß dieser Raum wie sonst kein anderer in der Welt eine neue politische Einstellung verlangt. Deshalb schafft das, was wir als neues

Denken bezeichnen, die theoretische Grundlage für praktische Handlungen aller Länder der Region. Besonders wichtig für Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum sind die neuen Beziehungen zwischen China und der UdSSR.“

Heute können wir Gorbatschows Peking-Initiative, die den asiatisch-pazifischen Raum betrifft, zu Recht als Fortsetzung und Neubeginn sehen. Das zeigt sich vor allem daran, daß diese Region, Nahtstelle der Jahrhunderte, Epochen, Gesellschaftssysteme und Kulturen mit ihren Problemen und Perspektiven nicht von der übrigen Welt abgegrenzt, sondern ihr angenähert, in Strukturen gerechter internationaler Beziehungen „eingepaßt“ wird. Asien und der Stille Ozean sind von anderen Kontinenten nicht isoliert, und ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen werden von Tag zu Tag stärker. Gorbatschow sagte in Peking, daß in der Sowjetunion die „Mitbeteiligung an Kontakten zwischen Asien und Europa“ sehr deutlich verspürt werde. Die „Brücken“, die die Zivilisationen beider Kontinente verbinden, verlaufen gewissermaßen auch über die Weiten und durch das geistige Leben unseres Landes. „Der Stille Ozean trennt heutzutage Asien nicht mehr von Amerika ab, sondern stellt eine Art Verbindungsglied dar. Daraus ergeben sich auch Probleme der Sicherheit in Asien, ein integraler Bestandteil der allgemeinen und globalen Sicherheit.“

Einst hatte Kipling geschrieben: „West bleibt West, und Ost bleibt Ost. Beide kommen nie zusammen.“

Wir werden es nicht bedauern, wenn diese Weisheit des Dichters eines Tages nicht mehr aktuell ist.

PEKING

Michail Titarenko,

Direktor des Fern-Ost-Instituts der AdW der UdSSR

Das lange erwartete sowjetisch-chinesische Gipfeltreffen hat ermöglicht, einen Schlußstrich unter die mehr als 20 Jahre währende Politik der Entfremdung, des gegenseitigen Mißtrauens bis hin zur direkten militärischen Konfrontation zwischen unseren Ländern zu ziehen. Die normalen politischen Kontakte sind wiederhergestellt. Jetzt sind prinzipielle Grundlagen für ein neues Modell der Beziehungen unserer beiden großen Staaten gelegt. Von Beziehungen, die auf der Priorität allgemein menschlicher Werte und auf universellen Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen.

Die völlige Normalisierung aller Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China ist zu einem wesentlichen Faktor der Weltpolitik geworden. Gleichzeitig ist das auch ein durchaus

lehrreiches Beispiel dafür, wie zwei Seiten, die aufgrund verschiedener Ursachen und Fehlkalkulationen in eine langwierige und sinnlose Konfrontation hineingezogen worden waren, den Mut und die Weisheit finden, anzuhalten, die Politik der Vergangenheit kritisch und nüchtern zu bewerten, die Positionen und Interessen jeder Seite zu respektieren und die Bereitschaft aufweisen, aufeinander zuzugehen und einen Ausgleich ihrer Interessen zu suchen.

Das Gipfeltreffen in Peking hat gezeigt, daß beide Seiten Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben. Sie sind weit davon entfernt, den überlebten Modellen der 50er Jahre zu folgen. Die UdSSR und die VR China entwickeln ihre gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit nicht zum Schaden von

Drittländern. Im Gegenteil, ihre Beziehungen sind für alle offen, und sie sind um des Friedens und der Entwicklung willen zu Kontakten mit allen interessierten Seiten bereit. Die neuen sowjetisch-chinesischen Beziehungen brechen das veraltete, auf Konfrontation beruhende Bipolarsystem der internationalen Beziehungen auf und sind ein echter Beitrag zu einer neuen internationalen politischen Ordnung. Die völlige Normalisierung der Beziehungen zwischen UdSSR und VR China engt die Zone der Konfrontation im asiatisch-pazifischen Raum stark ein und erweitert die Zone des gleichberechtigten Dialogs und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit für alle Anliegerstaaten. Darin besteht die schwerlich zu überschätzende Bedeutung des sowjetisch-chinesischen Gipfeltreffens für die

internationalen Beziehungen insgesamt.

Nicht weniger wichtig ist auch, daß beide Seiten jedes Hegemoniestreben in den internationalen Angelegenheiten ablehnen und sich gegen die Anwendung oder die Androhung von Gewalt bei der Lösung von strittigen Fragen in den Beziehungen zwischen sich und anderen Ländern aussprechen. Die UdSSR und die VR China unternehmen konkrete Maßnahmen, um die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen entlang der sowjetisch-chinesischen Grenze bis auf ein für die Verteidigung ausreichendes Niveau zu reduzieren. Die Entmilitarisierung der mit mehr als 7500 Kilometern längsten Festlandsgrenze der Welt ist ein wesentlicher Beitrag zu Abrüstung und Frieden in Asien.

Die UNO kennenlernen und verstehen

In ihrer Geburtsstunde zählte die Organisation der Vereinten Nationen nur 50 Staaten, denen sich bald Polen als der 51. Staat anschloß. Jetzt, nach über 40 Jahren, hat sich die Zahl ihrer Mitglieder mehr als verdreifacht. Doch ebenso wie in ihren ersten Stunden braucht die UNO auch heute die Partnerschaft und Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte, die ihre hohen Ideale anerkennen und teilen. Die erste Zeile ihrer Charta „Wir Völker der Vereinten Nationen...“ ruft gerade zu einer solchen Zusammenarbeit auf...

Bereits 1964 entstanden in einigen Ländern nationale Verbände für die Vereinten Nationen. Mein langjähriger Bekannter, Lord Ennals, einer der Gründerväter und führenden Mitarbeiter des britischen Verbandes, kam direkt vom Schlachtfeld, kaum daß er sich von seiner Verwundung erholt hatte, zum Verband und ist bis heute sein Ehrenmitglied.

Die Engländer geben ein gutes Beispiel des Respekts vor den Traditionen einer Organisation, die Geist und Willen der Menschheit akkumulieren kann. Der Verband verfügt über ein entwickeltes Netz örtlicher Sektionen, hat ein vielfältiges Informations- und Bildungsprogramm. Er entsendet seine Freiwilligen, um UNO-Hilfsprojekte für Entwicklungsländer zu verwirklichen. Der britische Beitrag zur Tätigkeit des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (mit jetzt ca. 70 Mitgliedern) ist allgemein anerkannt.

Die Amerikaner vertreten einen etwas anderen Stil. Ihr Verband legt den Schwerpunkt auf wissenschaftliche Tätigkeit. Verschiedenste, oft sehr kritische Referate über die Struktur und die Möglichkeiten der UNO werden erarbeitet.

Verglichen mit den westlichen Industrieländern entstand die sowjetische UN-Gesellschaft erst 10 Jahre später. Diese Verspätung ist ein direktes Erbe der Angst (die auch Stalin überlebte) vor Kontakten sowjetischer Menschen mit dem Ausland, des „eisernen Vorhangs“, der sich nur für Auserwählte öffnete. Doch ich meine, daß dies auch andere Gründe hat.

Wir, die wir uns a priori mit Zügen der Überlegenheit und der Ausschließlichkeit, sozusagen bedingt durch unsere Geburt, versahen, akzeptierten weit aus nicht immer die Spielregeln der UNO. Wir gingen unseren einmaligen Weg, was aber die in der UNO-Charta verankerten Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen anging, so waren sie entweder schon vollständig in unserer Außenpolitik verwirklicht oder aber überhaupt auf uns nicht anwendbar. Die UNO-Diskussionen über Menschenrechte schienen uns eine beleidigende Einmischung in unsere Angelegenheiten zu sein, und die Verurteilung der sowjetischen Militärpräsenz in Afghanistan wurde einfach ignoriert. Die Erfahrungen und die Meinung der Weltöffentlichkeit interessierten uns nicht. Als Chruschtschow in der UNO-Vollversammlung mit seinem Schuh wütend auf den Tisch schlug, war da jeglicher Zweifel ausgeräumt.

Mitbegründer der sowjetischen UN-Gesellschaft waren u. a. die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Moskauer Universität, die Unionsgesellschaft „Snanije“ und das Sowjetische Friedensko-

mittee. Der Gesellschaft traten Wissenschaftler, Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und pensionierte Diplomaten bei. Sie waren aktiv und kompetent, genossen große Achtung bei ihren Kollegen im Weltverband, knüpften Auslandskontakte an. Doch die Gesellschaft hatte es nicht eilig, sich eine bedeutendere gesellschaftliche Basis im Lande selbst zuzulegen. Der Kreis ihrer Teilnehmer war eng. Die seltenen Veranstaltungen, wenn sie sich dem breiten Publikum in Erinnerung führte – Tage der Vereinten Nationen in der UdSSR, Abrüstungswochen, Tage der Menschenrechte und andere ähnliche Veranstaltungen – erfolgten auf Initiative der UNO selbst und beschränkten sich auf Versammlungen von Vertretern der Moskauer Öffentlichkeit.

Die unlängst in Moskau durchgeführte Konferenz der Gesellschaft (solche Konferenzen finden alle 5 Jahre statt) räumt offenbar mit dieser Stagnationspraxis auf. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar wünschte in seiner Grußbotschaft eine erfolgreiche und fruchtbare Arbeit. Und diesmal enttäuschte die Konferenz die Erwartungen nicht. Sie verabschiedete ein neues Statut der Gesellschaft (mit einer bedeutenden Erweiterung der Organisation durch Republik- und Regionssektionen) und unterbreitete viele konstruktive Vorschläge im Geist der Offenheit, der Perestroika und des neuen Denkens. Die neue Perspektive, meint der Vorsitzende der Gesellschaft, Akademiemitglied Georgi Arbatow, kennzeichnet eine prinzipiell wichtige Wende zur Arbeit im Lande selbst, die Einbeziehung des politisch aktiven Teils der Gesellschaft in die Vereinigung sowie die Möglichkeit der Nutzung der internationalen Erfahrungen, der Forschungen und Empfehlungen der UNO zur Lösung unserer inneren Probleme.

Das Spektrum der Meinungen, die auf der Konferenz zu vernehmen waren, ist interessant. Ein Sprecher der Universität Tomsk teilte mit, daß die Studenten bereits Semesterarbeiten nach UNO-Materialien schreiben. Andere Redner meinen, mit der UNO-Bildung müsse bereits in der Schule begonnen werden. Erforderlich sind tiefgehende, das Massenbewußtsein erreichende Informationen darüber, was die UNO tut, womit sich ihre Ausschüsse und Kommissionen befassen, was die internationalen Programme beinhalten. Die Unkenntnis darüber ist nicht nur der Gesellschaft anzulasten, sondern auch ein wesentlicher Mangel in unserem Programm der Allgemeinbildung. Meinungen wurden laut, die ökologischen Erfahrungen der UNO zu nutzen, um das Schicksal des Aralsees zu lösen, und mit ihren wissenschaftlichen Studien unseren Rechts- und Wirtschaftsmechanismus zu vervollkommen, um die Priorität der Menschheitswerte in den Beziehungen zwischen den Menschen und Staaten energischer durchzusetzen.

Die Beschlüsse der Konferenz zeugen davon, daß die sowjetische UN-Gesellschaft den ihr gebührenden wahren Charakter einer Organisation der Öffentlichkeit erlangt. Das scheint mir symbolisch für unsere Demokratisierung, eine weitere Episode des endgültigen Abschieds von den Dogmen des Stalinismus und der Stagnationszeit zu sein. ■



Sergej
Goljakow

Die sowjetische UN-Gesellschaft trennt sich von Exklusivität und Formalismus

Zwischen Koran und Pragmatismus

Das Land steht vor einem Dilemma – entweder um der Reinheit des Islam willen nicht mit den meisten nichtmoslemischen Staaten zusammenzuarbeiten oder eine stärker realitätsbezogene Politik um der Lösung der ökonomischen Fragen willen zu verfolgen

Der Skandal um Salman Rushdies „Satanische Verse“ ist im Iran etwas in den Hintergrund getreten. An ihn erinnert sich schon kaum jemand. Im März tauchte noch die Meldung auf, Innenminister Ali Akbar Mohtashami habe dem geistlichen Führer Ayatollah Khomeini versichert, die „Kinder des Islam“ würden Rushdie ganz sicher hinrichten.

Einer Information der britischen „Sunday Times“ zufolge kamen bald nach dem Iran-Besuch von UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse im Februar vier führende iranische Staatsmänner zu Ayatollah Khomeini: der Vorsitzende des Medschlis (Parlaments), Ali Akbar Hashemi Rafsanjani, Präsident Ali Khomeini, Ministerpräsident Hossein Moussavi und der Vorsitzende des Obersten Gerichts Ayatollah Mousavi Ardebili. Sie baten, das Todesurteil gegen den Schriftsteller aufzuheben und es nicht auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien anzulegen. Khomeini hörte ihnen zu und sagte: „Das ist eure Sache, sorgt selbst für Klarheit.“

Offenbar sollte unter den Skandal ein Schlußstrich gezogen werden. Doch das Ergebnis ist, wie sich herausstellte, für den heutigen Iran sehr bezeichnend.

Dynamik des Konservatismus

Der heutige Iran fühlt sich weit entfernt vom Zeitgeist, ist erstaunlich statisch. Was die Strenge, mit der über die Einhaltung der Gesetze der Scharia gewacht wird, was die Abschirmung der Gläubigen selbst vor den geringsten fremden Einflüssen angeht, so hat Iran Saudi-Arabien weit hinter sich gelassen. Und das, obwohl zu konstatieren ist, daß das Ideal der sozialen Gleichheit, das von den Behörden verkündet wurde, hier noch weitaus nicht erreicht ist. Angaben der iranischen Presse zufolge leben zehn Prozent der Elitefamilien, die ein Drittel des Nationaleinkommens kontrollieren, in Saus und Braus.

Und doch gibt es in diesem statischen Land eine innere Dynamik des Kampfes und der Entwicklung auf den höchsten

Stufen der Macht, einschließlich der Geistlichkeit.

Bereits während des bewaffneten Konflikts mit dem Irak kristallisierte sich eine Gruppe von Staatsmännern heraus, die sich gegen die Losung vom „Endsieg“ wandte. Gerade unter ihrem Einfluß stimmte die iranische Seite der UNO-Sicherheitsratsresolution Nr. 598 zu. Die Haltung dieser Gruppe wird auch heute in der konstruktiven Position der iranischen Seite zu den Friedensgesprächen mit dem Irak deutlich. Die irakische Seite versucht leider, sich als Sieger aufzuführen, indem sie den von der Resolution Nr. 598 angebotenen Friedensplan verfälscht und darauf besteht, daß der Grenzfluß Shatt al-Arab auf ganzer Länge dem Irak gehören müsse. Und das, obwohl völlig deutlich ist, daß beide Seiten den Fluß brauchen und sie ihn bis zum Krieg gleichberechtigt nutzten.

Nach der Einstellung der Kampfhandlungen traten besagte Staatsmänner dafür ein, den Schwerpunkt in der Innen- und der Außenpolitik auf den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und die Intensivierung der Beziehungen des Iran zur Außenwelt zu legen. Zugleich riefen sie zu einem Verzicht auf den Export der islamischen Revolution auf. In der Weltpresse wurden sie als „Pragmatiker“ bezeichnet.

Als einflußreichster Vertreter der Pragmatiker galt bis vor kurzem der Medschlis-Vorsitzende Hodscha el-Islami (ein religiöser Titel, einen Rang unter dem Ayatollah) Ali Akbar Hashemi Rafsanjani. Sein Programm imponierte zweifellos breiten Schichten der iranischen Gesellschaft, die unter dem Krieg gelitten hat. Der iranischen Presse zufolge leben 80 Prozent der Bevölkerung in entsetzlicher Armut, die Preise sind 1988 und Anfang 1989 um 30–150% gestiegen, und die Inflation liegt bei mehr als 50%. Die Pragmatiker sehen einen Ausweg aus der Krise im Ausbau der Außenwirtschaftsbeziehungen zu allen Ländern, die

dem iranischen Volk helfen können.

Doch ihre Pläne schienen jenen, die das jetzige Modell der islamischen Gesellschaft schufen, zu weit zu gehen. Ayatollah Khomeini selbst erblickte im vorgeschlagenen Ausbau der Außenbeziehungen zur nichtislamischen Welt ein Schlupfloch, durch das fremde Ideen eindringen und die Reinheit des Islam gefährden könnten. Seiner Meinung nach werden die Versuchungen der westlichen Lebensweise ebenso wie der sowjetische Atheismus die Menschen moralisch zersetzen.

Der Streit zwischen den beiden Gruppierungen, den Konservativen und den Pragmatikern, hat sich zugespitzt. In dieser Situation demonstrierte der 86jährige Imam Khomeini, daß er die Ereignisse durchaus noch im Griff hat. Der Fall des für den Islam gotteslästerlichen Buches von Salman Rushdie reifte lange, bereits seit Herbst v. J., doch herausgeholt wurde er im nötigen Augenblick: Der Skandal brach in diesem Jahr aus. Und Ayatollah Khomeini selbst griff dabei ein. Das Ergebnis davon war die Niederlage der Pragmatiker. Viele von ihnen wurden aus leitenden Funktionen entlassen, darunter der stellvertretende Außenminister Larijani, der Vertreter des Iran in der UNO Mohammad Mahalati und selbst Ayatollah Montazeri, der 1985 zu Khomeinis Nachfolger gewählt worden war.



Ayatollah Khomeini

Doch es wäre zu früh, davon zu sprechen, die Pragmatiker im Iran seien endgültig geschlagen. Zumindest Hashemi Rafsanjani blieb nach wie vor sehr einflußreich. Reuter meldet, seine Beliebtheit habe in letzter Zeit sogar zugenommen. Er habe, wie man meint, günstige Chancen auf einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im August. Er wird sogar unter den möglichen Nachfolgern Khomeinis genannt.

Zumindest nach dem Sieg der Anhänger des harten Kurses im Iran hat sich der Kampf für die Reinheit des Islam, gegen die Andersdenkenden verschärft. Unlängst protestierte Amnesty International gegen die Hinrichtungen von Tausenden politischen Häftlingen im Iran.

Diese inneren Veränderungen fanden ihren Ausdruck auch in der Außenpolitik. Imam Khomeini, sozusagen den Pragmatikern antwortend, wandte sich kürzlich mit einer Botschaft an die Nation, in der er erklärte: „Wer weiß denn nicht, daß wir, wenn wir die dekadente Kultur der heutigen Welt ablehnen



Auf den Straßen von Teheran. Immer mehr Bauern zieht es in die Städte

und das Ziel verfolgen, die Grundlagen einer neuen Kultur, die sich auf den Islam in der ganzen Welt sowie auf einen harten Widerstand gegen die USA und die UdSSR stützt, den Weg der Entbehrungen und des Hungers einschlagen... Ich appelliere noch einmal an die höchsten offiziellen Vertreter der Islamischen Republik, nichts zu fürchten außer dem allmächtigen Allah, den Gürtel enger zu schnallen und für keinen Augenblick den Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus einzustellen, da wir jetzt auf den ersten Etappen des Kampfes gegen Ost und West stehen.“

Und auf die Bitte Hashemi Rafsanjanis antwortend, einzugreifen, um die Probleme der Inflation und der Arbeitslosigkeit zu lösen, sagte Khomeini, man dürfe nicht zulassen, daß die wirtschaftlichen Probleme von der Hauptaufgabe der Verbreitung des Islam in der Welt ablenken.

Enthalten wir uns einer Wertung darüber, wie populär der vom geistlichen Führer verkündete Kurs beim iranischen Volk ist. Doch man kann konstatieren, daß in den zehn Jahren der Existenz des heutigen Regimes alle Versuche, das iranische Modell auf andere Länder auszuweiten, weitgehend ergebnislos blieben.

Können wir zusammenarbeiten?

Die Begriffe der Freundschaft und des Einvernehmens zwischen den Völkern nehmen sich bisweilen abstrakt aus. Was die sowjetisch-iranischen Beziehungen angeht, so wäre es wirklich übereilt, davon zu sprechen. Nichtsdestoweniger sollte man über die Aussichten der zwischen-

staatlichen Beziehungen sprechen. Man muß dabei eingestehen, daß sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern zeitweise ungünstig gestalteten. Wir brauchen hier nicht einmal an das tragische Los des russischen Gesandten und Dichters Alexander Gribojedow zu erinnern. Es gibt auch Beispiele aus jüngster Vergangenheit.

Die sowjetische Presse versuchte ihrerseits, die Geiselnahme der amerikanischen Botschaftsangehörigen in Teheran durch die „Wächter der islamischen Revolution“ zu rechtfertigen. Doch die Zeit sollte kommen, da auch die sowjetische Botschaft dort Objekt von tätlichen Angriffen wurde. Ein Diplomat berichtete mir, wie Demonstranten am 6. März v. J. die UdSSR-Botschaft in Teheran zu erstürmen suchten. Vor Überraschung vergaß man, die Tore zusätzlich zu sichern – und so begann die Menge, die Tore

sturmreif zu rütteln. Zugleich flogen Brandsätze in den Botschaftsgarten, und einige Bäume brannten ab. Die Tore hätten beinahe nachgegeben, und offenbar hätten unsere Diplomaten Schlimmes zu gewärtigen gehabt, wenn sich nicht Rauchkerzen gefunden hätten. Mitarbeiter der sowjetischen Vertretung warfen sie den andrängenden Menschen vor die Füße, und dann griffen sie zu einem Feuerlöschschlauch – das kalte Wasser kühlte die Hitzköpfe ab. Dann drängte die Polizei die Menge zurück.

Im Iran wird Mißtrauen gegenüber unserem Land, gegenüber den sowjetischen Menschen propagiert. Dort gibt es Politiker, die die Iraner immer wieder daran erinnern, daß die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg den Norden von

Iranisch-Aserbaidshan besetzte, und erklären, die UdSSR habe dort eine Sowjetrepublik schaffen wollen.

Es gibt auch andere Faktoren, die die Feindschaft gegenüber der UdSSR nähren. So löste die Entsendung sowjetischer Truppen nach Afghanistan eine heftige Reaktion im Iran aus. Und während des Golfkrieges betrachtete Teheran die Sowjetunion als Feind, da sie Waffen an den Irak lieferte, wenn auch entsprechend einem alten Vertrag, der noch vor dem Krieg geschlossen wurde. Unter den Raketen, mit denen der Irak Teheran und andere Städte beschloß, waren auch Missiles, die auf sowjetischer Grundlage entwickelt wurden.

Doch was war, sollte man lieber ruhen lassen. Bei gutem Willen kann man die negativen Seiten der Vergangenheit in den Hintergrund treten lassen und ein neues Kapitel in den Beziehungen aufschlagen. Die Voraussetzungen dafür bestehen. Trotz seiner unfreundlichen Äußerungen ist Khomeini doch durch die neue Politik der UdSSR bis zu einem gewissen Grade positiv beeindruckt. Seiner Meinung nach sind die neue Haltung gegenüber der Religion in der Sowjetunion und der Bau von Moscheen denkwürdig.

Auch der Teheran-Besuch von Eduard Schewardnadse war resultativ – die Ergebnisse wurden auf höchster Ebene von der iranischen Führung gebilligt. Überhaupt haben sich die sowjetisch-iranischen Kontakte in letzter Zeit spürbar intensiviert. Ein Besuchsaustausch erfolgt, und in Moskau nahm eine Kommission für ökonomische Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern die Arbeit auf. In den vergangenen sechs Monaten wurde eine ganze Reihe von Dokumenten zur Weiterentwicklung der sowjetisch-iranischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Es wird erwartet, daß Hashemi Rafsanjani die Sowjetunion besuchen wird.

Unsere Nachbarländer lassen sich nicht nur von der Notwendigkeit leiten, in guter Nachbarschaft zu leben, sondern auch von dem gegenseitigen Vorteil, den diese Zusammenarbeit verspricht. Jetzt ist es im Zusammenhang mit der Abschaltung des armenischen Atomkraftwerks für die UdSSR von Vorteil, Erdgas aus dem benachbarten Iran zu beziehen, was mit Lieferungen von Maschinen und Anlagen, mit Hilfe im Bauwesen und bei der Schaffung landwirtschaftlicher Objekte beglichen wird. Für den Iran ist es natürlich ebenfalls vorteilhaft, sein Gas an die Sowjetunion zu verkaufen. Die Frage auch von Transitleistungen iranischen Erdgases durch das Territorium der UdSSR an die Länder Osteuropas wird geprüft.

Das Bild der sowjetisch-iranischen Beziehungen läßt also auch hoffen. Offenbar sind die Verfechter eines harten Kurses im Iran nicht allmächtig. Und auch die Selbstisolierung des Landes entspricht wohl kaum den Interessen des iranischen Volkes, zumindest unter dem wirtschaftlichen Aspekt.

Dmitri Sgerski

Fotos: „Middle East“ (England)



Hashemi Rafsanjani

Wettstreit bei den Rüstungsausgaben

Ist der Einsatz das wert?

Machen wir uns einige Gedanken über den Sinn von Begriffen. Vor drei Jahren tauchte in der amerikanischen militärpolitischen Terminologie der interessant wirkende, doch unverständliche Begriff „Competitive Strategies“ auf, der sowohl als „Konkurrenzstrategie“ als auch als „Strategie der Rivalität“ übersetzt werden kann, doch der ganz offensichtlich eine wichtige Neuerung darstellt.

Wie der damalige US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger sagte, ist die „zentrale Idee der ‚Competitive Strategies‘ relativ einfach: die traditionell starken Seiten der USA den traditionellen sowjetischen Schwächen gegenüberzustellen“. Selbst bei den „starken Seiten“ der UdSSR schlug er vor, „Schwachstellen – sozusagen Risse in der Panzerung – zu finden, um mit der Zeit eine Verringerung der sowjetischen Militärmacht zu erreichen“. Als Haupttrumpf betrachteten die USA dabei ihren Vorsprung im wissenschaftlich-technischen Bereich gegenüber der UdSSR, vor allem bei den modernsten Technologien.

Die Konzeption der „Competitive Strategies“ war darauf gerichtet, die Effektivität des militärischen Aufbaus der Sowjetunion jäh zu verringern und die von der UdSSR bereits vorgenommenen Investitionen in die Verteidigung wertlos zu machen. „Wir müssen solche Programme erarbeiten“, erklärte Weinberger, „auf die eine effektive sowjetische Antwort viel teurer sein wird als Programme, die wir verwirklichen.“

Doch welche neuen Elemente enthielt diese Konzeption, die Unterstützung bereits auch bei dem jetzigen Präsidenten George Bush fand, der sie als „ebenso amerikanisch wie apple pie“ bezeichnete? Im Mittelpunkt der „Competitive Strategies“ steht die ökonomische Auszehrung der Sowjetunion, was Washington seit 1945 stets als wichtige Aufgabe des Wettrennens ansah.

Jahrzehntlang versuchte Washington auf jegliche Art und Weise, der UdSSR Rivalität in den verheerendsten, selbst in den für uns unvorteilhaftesten Richtungen aufzuzwingen. Bisweilen gelang ihm das. So steckten wir enorme Mittel (amerikanischen Schätzungen zufolge ca. 120 Md. Dollar) in die Entwicklung eines Luftverteidigungssystems unseres Landes. Doch die wissenschaftlich-technische Entwick-

lung im militärischen Bereich vollzieht sich dynamisch, und jetzt gibt es bereits perfektere amerikanische Bomber, den B1B und den Stealth-Bomber B-2, und Cruise Missiles. Um sie abzufangen, sind die bestehenden Luftverteidigungssysteme nicht effektiv genug, und folglich werden auch die entsprechenden Investitionen wertlos. Eine Modernisierung aber würde weitere Milliarden Rubel verlangen.

Die SDI-Hypnose

Von der gewohnten Logik der Rivalität ließ sich Washington in vielem leiten, als es im März 1983 das SDI-Programm verkündete. Die meisten bedeutenden Militärexperten erklärten, SDI enthalte nichts grundsätzlich Neues: Arbeiten in dieser Richtung erfolgten in den USA schon viele Jahre und würden auch in Zukunft durchgeführt werden, selbst wenn der Präsident nicht eine so demonstrative Erklärung abgegeben hätte. Natürlich beschleunigte sich die Verwirklichung vieler Programme, und für sie konnten zusätzliche Mittel freigesetzt werden – wenn auch nicht in dem Umfang, wie es die Administration gewollt hatte. Zweifellos stellt SDI langfristig eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Stabilität dar.

Und doch ging es vor sechs Jahren grundsätzlich um ein buntes Etikett für eine bis dahin nicht vorhandene Ware. Der weltweiten Reaktion auf die Rede des Präsidenten zufolge aber hätte man meinen können, er habe wie ein Magier eine ganze Armada bedrohlicher Waffensysteme aus dem Hut gezaubert, was die gewohnte Situation auf einen Schlag verändert habe. Ja, psychologisch – und folglich auch politisch – hat sie sich tatsächlich verändert.

Leider haben sich viele bei uns ebenfalls von Reagan hypnotisieren lassen: Liest man Artikel in der sowjetischen Presse und auch einige offizielle Erklärungen jener Zeit, kann der Eindruck entstehen, exotische Waffen flögen schon fast über unseren Köpfen und es bleibe uns nur, schnellstmöglich entsprechend zu antworten. Neben verständlicher Besorgnis über Sicherheitsprobleme wirkte sich offenbar auch die Gewohnheit aus, die reale Bedeutung politischer Rhetorik zu überschätzen und Deklarationen für die Wirklichkeit zu nehmen.

Doch dabei ist zu konstatieren, daß man im US-Kongreß zu rechnen versteht und selbst als Antwort auf die mitreißendste Rhetorik die simple Frage stellt, was das denn koste. Die Situation wurde für die SDI-Verfechter noch komplizierter, als die UdSSR eine Umwertung traditioneller Haltungen zu Sicherheitsfragen begann und erklärte, sie werde, falls erforderlich, auf SDI eine asymmetrische und billigere Antwort erteilen.

Die Militärhaushalte

Warum mußten die Versuche einen neuen Namen erhalten, die Sowjetunion wirtschaftlich auszuzehren und militärische Überlegenheit zu erlangen, indem man den technologischen Vorsprung der USA in einigen Bereichen nutzt und nach amerikanischer Gewohnheit Ausgaben und Ergebnisse nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip vergleicht?

Einerseits wurde so eingestanden, daß sich die USA nicht mehr wie früher erlauben können, Gelder für Rüstungsprogramme auszugeben, um beliebige Wünsche des Pentagon zu erfüllen. Die früher bisweilen unkoordinierten Handlungen der Auftraggeber und derjenigen, die neue Waffensysteme entwickeln, sollten von nun an von einer konsequenten Strategie geleitet werden. Andererseits setzt die neue Konzeption eine eingehende Analyse des militärtechnischen Kräfteverhältnisses auf der Grundlage der weitestmöglichen Berücksichtigung quantitativer und qualitativer Werte und der strategischen Ziele beider Seiten voraus, um die Bedrohung für die Streitkräfte der UdSSR und ihrer Verbündeten zu vergrößern.

Doch die Anhänger der neuen Konzeption wurden mit einem für sie recht unerwarteten Problem konfrontiert. Während die Aufgabe, die Sowjetunion ökonomisch zu ruinieren, vor drei Jahren in den USA von vielen noch durchaus verstanden, ja begrüßt wurde, hat sich das politische Klima in Washington heute etwas verändert. Und wenn viele, selbst „gemäßigte“ amerikanische Politiker, das alte Streben, es dem Opponenten zu zeigen, auch nicht zurückhalten können, ist es für sie doch zumindest nicht sonderlich angebracht, sich öffentlich darüber auszulassen. Deshalb versuche man nicht, wie Frank Carlucci noch in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister in einem Bericht für den

Kongreß erklärte, „die Sowjetunion zu ruinieren oder deren Wirtschaft zu untergraben“. Doch in Wirklichkeit bleibt die Aufgabe akut, Schwachstellen der UdSSR weitestgehend zu nutzen und die Effektivität ihrer Verteidigungsausgaben auf ein Mindestmaß zu beschränken – bei gleichzeitiger verstärkter Wirksamkeit der Rüstungsausgaben der USA.

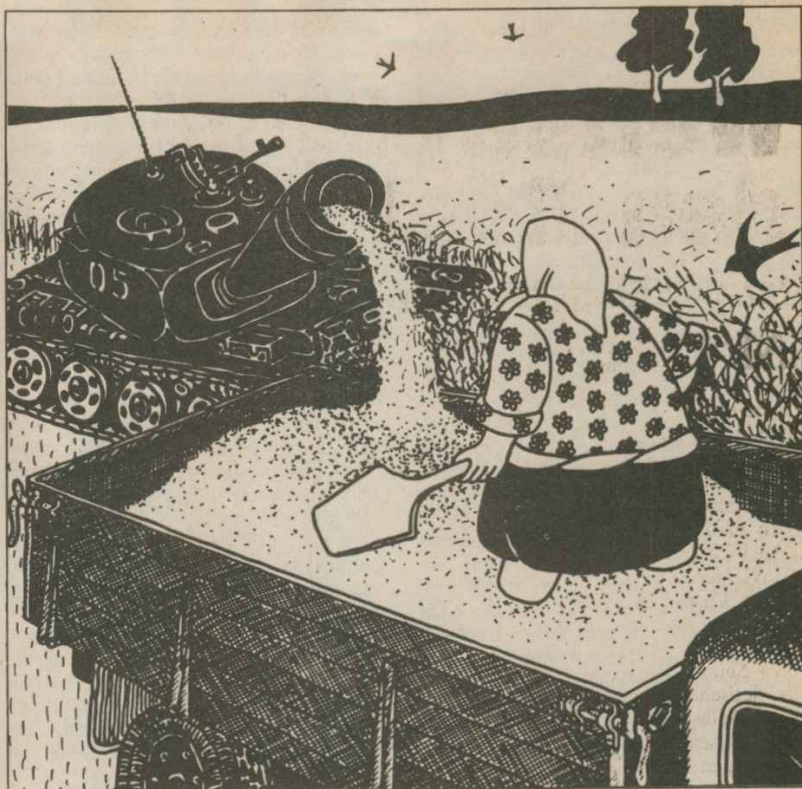
Wie das oft bei derartigen Konzeptionen der Fall ist, wird nicht immer klar, was die Autoren der „Competitive Strategies“ vor allem wollen – militärische Vorteile im engeren Sinne, psychologischen Druck und eine Reaktion der Sowjetunion provozieren oder die Militärprogramme leichter im Kongreß durchboxen. Meist alles zugleich – wenn auch in unterschiedlichem Maß.

Grenzen der „Nützlichkeit“

Was den eigentlichen militärischen Aspekt des Problems angeht, so haben hier unsere Fachleute zweifellos genug Stoff zur Analyse. Die „Competitive Strategies“ sieht die beschleunigte Entwicklung einer neuen Generation von Waffen vor, die auf prinzipiell neuen Technologien basieren, die qualitativ neue militärische Möglichkeiten und eine hohe Effektivität aufweisen.

In Washington wurde offiziell eine Liste der 22 wichtigsten Technologien gebilligt, die unter dem Aspekt der „langfristigen qualitativen Überlegenheit der Waffensysteme der USA“ von „kritischer Bedeutung“ sind. Sie umfaßt modernste Computer und deren Software, optische Technologien, Systeme der künstlichen Intelligenz, Hochenergiequellen, kinetische Waffen und vieles andere. Wir haben es mit der Absichtserklärung zu tun, die materielle Grundlage für die Streitkräfte des 21. Jh. zu schaffen, mit dem offenkundigen Versuch, das starke wissenschaftlich-technische Potential der US-Wirtschaft zu nutzen, um militärische Vorteile zu erringen.

Doch wie die Vorzüge der „Wunderwaffen“ von ihren Verfechtern, darunter vielen zivilen Fachleuten, auch ausgemalt werden mögen – sie haben es nicht nur mit skeptischen Kongreßabgeordneten, sondern auch mit Berufsmilitärs zu tun, die natürlich wie die Militärs in allen Ländern zutiefst davon überzeugt sind, daß sie besser wissen, wie viele und welche Waffen konkret sie brauchen. Ja, jede neue Waffe muß sich irgendwie in die operativen Pläne fügen, muß mit anderen Waffensystemen koordiniert werden, ihr militärischer „Nutzen“ ist zu beweisen. Zudem funktioniert nur in amerikanischen Landserheften modernste Militärtechnik ohne jegliche Störungen und bewirkt wahre Wunder auf dem Schlachtfeld. In Wirklichkeit aber haben wir viele tragische Zwischenfälle erlebt, die mit moderner



Zeichnung: Wladimir Gerassimov

Militärtechnologie verbunden sind.

Wie dem auch sei, die militärtechnische Entwicklung mit allen sich daraus ergebenden Problemen ist ein relativ objektiver Prozeß, doch seine „Verpackung“, seine verbale Einrahmung ist in vielem eine Frage der politischen Taktik. So konnte die Reagan-Administration, die trotz Rüstungsausgaben von vielen Milliarden Dollar das strategische Gleichgewicht nicht im geringsten zugunsten der USA zu verändern vermochte, manchen Leuten suggerieren, Amerika sei militärisch bedeutend stärker geworden und, „falls erforderlich“, auch bereit, diese militärische Macht einzusetzen. Dieses Ergebnis wurde teilweise auch durch die geschickte Präsentation des SDI-Programms erzielt und in der Schlußphase der Reagan-Administration – durch die Werbetrommel für die verkündete „Competitive Strategies“.

Neue Spielregeln

Wohl kaum hat man in den Washingtoner Machtkorridoren das Streben überwunden, bei politischen Manövern gegenüber der Sowjetunion „Punkte zu sammeln“. Doch heute muß man dort berücksichtigen, daß sich in letzter Zeit die „Spielregeln“ in der internationalen Arena spürbar verändert haben – vor allem dank der Verwirklichung der Prinzipien des neuen politischen Denkens durch

Moskau. So hob die von der Sowjetunion verkündete einseitige Reduzierung der Streitkräfte das internationale Ansehen und den Status unseres Landes ganz offensichtlich viel stärker als eine beliebige weitere Aufstockung der sowjetischen Militärmacht. Nicht von ungefähr ruft heute die Frage einer „Modernisierung“ der taktischen Nuklearwaffen auch in der NATO so leidenschaftliche Diskussionen hervor – so politisch kontraproduktiv kann sich dieser Beschluß erweisen.

In Moskau hat man offensichtlich die alte Gewohnheit überwunden, lauthals eine „Abfuhr zu erteilen“ an Erklärungen und Konzeptionen, deren Autoren es oft eben auf eine solche Reaktion abgesehen haben, um ihre Pläne zu verwirklichen. Wenn Washington deshalb mit der Verkündung der „Competitive Strategies“ dem „potentiellen Gegner“ auf die Nerven gehen wollte, dann geht diese Hoffnung bislang nicht in Erfüllung.

Dafür trat das Streben des Pentagon, die „Competitive Strategies“ zu einem Instrument zu machen, um den bisweilen widerspenstigen Kongreß zu bearbeiten, ihm mittels dieser Konzeption zusätzliche Programme zu „verkaufen“ und neue Mittel locker zu machen, in den Vordergrund. In den letzten Jahren wurde das Pentagon von einer Reihe von Skandalen erschüttert, als bekannt wurde, daß Haushaltsmittel vergeudet, die Preise für militärische Erzeugnisse überzogen und wissent-

lich nicht einsatzbereite Waffensysteme durchgesetzt wurden sowie wegen direkter Korruption.

Der amerikanische Steuerzahler mag es nicht, wenn sein Geld vergeudet wird, und die Abgeordneten haben Verständnis für eine solche Haltung ihrer Wähler, von denen ihre eigene politische Karriere abhängt. Deshalb versucht das Pentagon heute verzweifelt, die an ihm geübte Kritik zu dämpfen, will es demonstrieren, daß es die erforderlichen Lehren gezogen hat – und in dieser Absicht serviert es die „Competitive Strategies“ als Instrument, um klare Prioritäten für die Militärprogramme zu setzen.

Wie weit die „Competitive Strategies“ die mit ihr in diesem Bereich verbundenen Aufgaben erfüllen kann, darüber mögen die Abgeordneten des US-Kongresses selbst urteilen. Doch auch für uns ist diese Konzeption Anlaß dafür, ernsthaft über die Fragen nachzudenken, die im Zusammenhang mit dem Umbau der Streitkräfte entstehen. Man darf sich nicht durch das Propagandagehebe um die „Competitive Strategies“ blind machen lassen, darf sich nicht durch Versuche amerikanischer Experten für politische Reklame irreführen lassen, die sie als schnellste Lösung kompliziertester militärstrategischer Probleme hinstellen. Es geht dabei nicht um einen neuen Namen, sondern um die realen Erscheinungen und Prozesse, die er bezeichnet.

Ausreichende Kompetenz

Heute muß, wie auf der 19. Unionsparteikonferenz betont wurde, die Effektivität des militärischen Aufbaus vor allem durch qualitative Kriterien gewährleistet werden. Viele Jahre redete man uns ein, unsere Streitkräfte verfügten über „alles Erforderliche“ und seien „nach den letzten Errungenschaften der Technik“ ausgerüstet. Tatsächlich wurden enorme Mittel für militärische Belange bereitgestellt. Doch leider wissen wir nicht, ob sie rationell genutzt wurden und wie weit unser Verteidigungspotential dem modernen militärtechnischen Stand entspricht. Wir wissen es nicht, da die reale Situation in diesem Bereich nach wie vor vom Schleier der militärbürokratischen Geheimnisse umgeben ist.

Wohl kaum können unsere Publizisten oder Wissenschaftler die Situation bei Glasnost im militärischen Bereich real verändern: Sie verfügen über zu begrenzte Informationen, und ihre Artikel bewegen die

entsprechenden Ämter nicht sonderlich. Doch der neue Oberste Sowjet kann und muß eine konkrete Erörterung über Fragen unserer nationalen Sicherheit durchsetzen. Wie gedenken das Verteidigungsministerium und andere Ämter, tatsächlich qualitative Kriterien des militärischen Aufbaus sicherzustellen? Welche Reformen müssen hierfür in den Streitkräften durchgeführt werden? Welche neue Waffenarten brauchen sie und sind dafür die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen gegeben? Und schließlich, was wird das kosten?

Natürlich werden unsere Militärs und die Produzenten von Verteidigungserzeugnissen zunächst wohl kaum besondere Begeisterung bei Versuchen, in ihre „ureigensten“ Belange einzugreifen, zeigen. Doch wenn es real um die Bereitstellung konkreter Gelder für ganz bestimmte Aufgaben des militärischen Aufbaus geht – dann wird sich, wie man meinen müßte, schnell herausstellen, daß viele dieser Geheimnisse gar nicht so geheim sind und durchaus erörtert werden können. Niemand denkt daran, militärische Geheimnisse preiszugeben – und sie brauchen auch, wie die Erfahrungen der Parlamente in anderen Ländern zeigen, nicht diskutiert werden, um die weitaus meisten Fragen zu entscheiden. Sollte das aber unbedingt erforderlich werden, kann man ja Hearings unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchführen.

Doch hier stellt sich auch eine andere Frage – wird der Oberste Sowjet kompetent genug sein, um derartige Fragen ernsthaft zu erörtern? Ja, ihm wird eine kleine Gruppe von Berufsmilitärs angehören, doch wird das reichen, damit der Oberste Sowjet insgesamt wirklich sachkundig Probleme des militärischen Aufbaus erörtert? Eine ganze Reihe von Deputierten sprach sich in ihren Wahlprogrammen für die Reduzierung der Rüstungsausgaben und die Kürzung der Raumfahrtprogramme aus. Doch der Oberste Sowjet wird sich kaum allein auf diese Aufgabe beschränken können.

Wir wollen ja nicht nur die Last der Rüstungsausgaben erleichtern, sondern auch, daß unsere Streitkräfte modernen Forderungen entsprechen. Folglich müssen sich unsere Parlamentarier in den Richtungen des militärischen Aufbaus, in einer Vielzahl komplizierter militärischer Fragen orientieren können – die Abgeordneten des US-Kongresses z. B. finden ja die Möglichkeit, in die endlosen Diskussionen zwischen Experten über die relativen Vorzüge

der MX- und der Midgetman-Raketen einzudringen. Natürlich brauchen nicht alle Abgeordneten ihre Zeit der Erörterung von Fragen des militärischen Aufbaus zu widmen – das wird offenbar Sache eines speziellen Ausschusses sein, der dem gesamten Obersten Sowjet seine Empfehlungen zuleiten wird. Doch das Interesse an diesen Fragen müßte allgemein sein: Von ihrer Lösung hängt ja auch die Höhe der Ausgaben für zivile Zwecke ab.

Der Oberste Sowjet muß, wenn er sich mit den Wegen zur Gewährleistung unserer Verteidigungsfähigkeit befaßt, sich offenbar die Frage stellen: Lohnt es sich, derart riesige Summen in Waffensysteme zu stecken, gegen die die andere Seite viel billigere Gegenmittel einsetzen kann? Und überhaupt, soll man nach Schwachstellen anderer suchen, also den Versuch unternehmen, die eigene Sicherheit auf Kosten anderer zu festigen? Viel besser ist es, Mittel und Wege zu finden, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes mit geringstmöglichen Ausgaben sicherzustellen. Dazu haben unsere Experten bereits nicht wenige Überlegungen geäußert – jetzt kommt es darauf an, daß die entsprechenden Ministerien unter die strikte Kontrolle der Gesetzgebungsorgane gestellt und Versuche eines ressortmäßigen Herangehens an den militärischen Aufbau unterbunden werden.

Warum sollte der Oberste Sowjet nicht als einen der ersten Schritte in diesem Bereich die Kontrolle darüber übernehmen, welche realen Programme im Rahmen einer asymmetrischen Antwort auf SDI verwirklicht werden? Im Pentagon wurden spezielle Gremien geschaffen, die für die Verwirklichung der „Competitive Strategies“ verantwortlich sind – wer bei uns aber kontrolliert, wie von den Ämtern die Entscheidung der politischen Führung, nicht den Weg, die amerikanischen Systeme nachzuahmen, erfüllt wird? Was etwa wird die SDI-Antwort kosten? Dann werden wohl auch die Amerikaner letztlich erkennen, daß eine asymmetrische und relativ billige Antwort der UdSSR auf SDI möglich ist.

Schade nur, daß dieses Herangehen bei uns keinen besonderen Namen erhalten hat. Die Amerikaner würden es wohl ebenfalls als „Competitive Strategies“ bezeichnen.

Igor Malaschenko,
Dr. phil.

„Neue Zeit“

ein aktueller Überblick über das neue Denken,
Glasnost und Perestroika

Putsch der Generale

In Äthiopien wurde der Versuch eines Staatsstreichs vereitelt. Die Behörden suchen den Putsch durch „ehrgeizige Ambitionen“ einiger Generale und Offiziere zu erklären. Doch seine Gründe liegen offenbar tiefer...

Das Szenario des gescheiterten Militärputsches in Äthiopien erinnerte an klassische Vorlagen. Kaum hatte der Jet, der den Präsidenten der Republik, Mengistu Haile Mariam, mit Gattin zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in die DDR bringen sollte, von der Startbahn des Flughafens Addis Abeba abgehoben, da tauchten über dem Zentrum der Hauptstadt Hubschrauber auf. Panzer und Schützenpanzerwagen rollten auf den Flughafen zu. Unweit des Verteidigungsministeriums fielen Schüsse. Am 16. Mai beeilte sich ein militärischer Rundfunksender, die ahnungslosen Bürger darüber zu informieren, daß ein Umsturz im Land erfolgt sei. Doch bereits gegen 20 Uhr verbreitete der Rundfunksender der Regierung eine Meldung des Staatsrates: „Einige Generale und Offiziere haben versucht, die Regierung Äthiopiens zu stürzen und ein Militärregime an die Macht zu bringen. Ihr Versuch scheiterte.“

In einer Erklärung des Staatsrates hieß es, daß sich die Drahtzieher des Putsches ausschließlich von „Ambitionen“ leiten ließen. Möglicherweise ist dem in vielem so. Doch ich meine, das ist nur ein Teil der Wahrheit...

Ende April kehrte ich aus Addis Abeba zurück. Ehrlich gesagt, Äthiopien machte auf mich nicht den Eindruck einer Bastion der Stabilität, in der, wie die Broschüren des Ausschusses für Tourismus der Volksdemokratischen Republik Äthiopien behaupten, „13 Monate Ruhe und Sonnenschein“ garantiert seien. Verstärkte Polizeistreifen patrouillierten auf den Stra-

ßen. Bei der Einfahrt in die Städte muß man Kontrollpunkte der Armee passieren. Alle Autos außer Wagen mit diplomatischen Kennzeichen werden untersucht. Kurz gesagt, ein Gewitter lag bereits in der Luft.

Äthiopien, das bereits vor 15 Jahren, als der „Herrscher der Herrscher“ Haile Selassie I. gestürzt wurde, die vielversprechende Losung „Äthiopien vor allem“ verkündet hatte, kam nicht aus der Gruppe der „ärmsten der armen Staaten der Welt“ heraus. Vor allem erklärt sich dies dadurch, daß Äthiopien enorme Mittel für militärische Zwecke bereitstellt. Der Kaiser, der „225. Nachkomme von König Salomo“, gab für sein Militär jährlich 105 Mio Byr aus, jetzt aber verausgabte Volksäthiopien 1,5 Md. Byr für militärische Zwecke. Offiziellen Angaben zufolge geht die Hälfte des Staatshaushalts des Landes in die Verteidigung. Meine äthiopischen Bekannten nannten eine andere Zahl – 60%, und Experten der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika, deren Hauptsitz sich gerade in Addis Abeba befindet, sprachen sogar von 66%. Natürlich geht es nicht einfach um Zahlen, sondern darum, daß das ärmste Land Afrikas die größte Armee der Staaten südlich der Sahara unterhält, die RSA ausgenommen.

Gegen wen führt diese große Armee Krieg? Vor mehr als zehn Jahren mußte sie die Grenzen des Landes gegen die Gebietsansprüche des benachbarten Somalia verteidigen. Jetzt bahnen sich glücklicherweise Beziehungen zwischen den Nachbarländern an...

Die alte Bezeichnung Äthiopiens,

„Habesha“, („Mischung der Sprachen“) gibt das bunte Mosaik der äthiopischen Bevölkerung sehr genau wieder. Über 80 Völkerschaften leben im Land. Einige von ihnen, besonders im Norden des Landes, bemühen sich um bedeutendere nationale Rechte. In der Küstenregion Eritrea aber (einer ehemaligen italienischen Kolonie), wo Moslems dominieren, sind klar ausgeprägte separatistische Bestrebungen stark. Die „Volksbefreiungsfront Eritreas“ (EPLF) begann ihren bewaffneten Kampf gegen Addis Abeba bereits in den 60er Jahren.

In einer anderen Provinz, in Tigre (südlich von Eritrea), führt die „Volksbefreiungsfront Tigres“ (TPLF) seit Mitte der 70er Jahre ebenfalls einen bewaffneten Kampf, doch für eine umfassende Autonomie der Provinz. Diese Provinz gilt als Wiege der äthiopischen Zivilisation.

Im Frühjahr d. J. veränderte sich die militärische Situation in Äthiopien dramatisch. Erstmals brachten die vereinten Kräfte der EPLF und der TPLF Regierungstruppen in Tigre eine spürbare Niederlage bei und stellten einen Großteil dieser Provinz unter ihre Kontrolle.

Auf höchster militärischer Ebene wurden bedeutende Umbesetzungen vorgenommen. Viele hochrangige Militärs wurden von Angst um die eigene Position und vielleicht auch um ihr Leben erfaßt. Das dürfte kaum zur Einheit der Streitkräfte, zur Festigung des Regimes insgesamt beigetragen haben.

Die Destabilisierung der Lage im Lande ist auch Ziel der geschickten Propaganda der Separatisten. In ihren Aufrufen versprechen sie, die „Bauerngenossenschaften“ aufzulösen und die Praxis der „Schaffung neuer Dörfer“, der Umsiedlung von Bauernfamilien, zu beenden, die nicht immer freiwillig aus den Hungergebieten in fruchtbarere Gegenden erfolgt. Diese Regierungsmaßnahmen rufen gewisse Unzufriedenheit in der äthiopischen Bauernschaft hervor, deren Söhne das Gros der Armee des Landes bilden.

Kurz gesagt, die Lage im Lande ist nicht einfach und unklar. Regierungstreue Einheiten schlugen den Putsch entschieden nieder. In Addis Abeba meint man, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges abgewendet wurde.

Die unabhängigen Staaten des schwarzen Kontinents, die am 25. Mai den Tag der Befreiung Afrikas begingen, haben nicht wenig erreicht, doch sie werden wohl noch viel komplizierte innere Probleme lösen müssen.

J. Borowoi

ADDIS ABEBA – MOSKAU



Eritrea. Wird dieser Kontrollpunkt morgen in der Hand der Regierung oder der Aufständischen sein?

In letzter Instanz

Braucht ein Rechtsstaat ein oberstes Verfassungsgericht? In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine solche Instanz: das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Nikita Sholkwer,
NZ-Korrespondent

Nach meiner Ankunft in Karlsruhe war ich nicht wenig überrascht über die strengen Sicherheitsmaßnahmen (massive Türen und kugelsichere Fensterscheiben) und über die vielen Angehörigen einer Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes, die mit ihren MPis patrouillierten.

Die Entscheidung, das Gerichtsgebäude und den in der Nachbarschaft befindlichen Sitz des Generalbundesanwalts so stark zu bewachen, sei, wie mir der Direktor beim Bundesverfassungsgericht, Dr. Karl-Georg Zierlein, erklärte, Mitte der 70er Jahre nach einer Reihe von Terroranschlägen in der BRD getroffen worden. Der Direktor selbst wäre 1975 fast Opfer eines solchen Anschlages geworden.

Die politischen Radikalen betrachten das Bundesverfassungsgericht als Instrument der verhassten Staatsmacht, als Bestandteil des „Systems“.

„Doch das Paradoxe besteht darin“, sagt Dr. Zierlein, „daß auch Vertreter radikaler Gruppierungen sich bisweilen an unser Gericht wenden, wenn sie zu dem Schluß kommen, daß Organe der Staatsmacht ihre Rechte oder Freiheiten verletzt haben. Und wenn sich dann bei der Gerichtsverhandlung herausstellt, daß sie recht haben, wird die Gerechtigkeit wiederhergestellt – so dubios die Figur des Klägers auch sein mag.“

Recht und Politik

Über die politische Rolle des Bundesverfassungsgerichts kann man wohl nur bedingte Aussagen machen. Die Gesetzgebung und die Ausarbeitung des politischen Kurses sind Prerogative des Parlaments und der Regierung. Das Bundesverfassungsgericht ist vor allem ein Gericht, auch wenn es mit dem Status eines höchsten Staatsorgans ausgestattet ist, was dieses Gericht in die politische Struktur des Landes einbezieht.

Um Richter in Karlsruhe zu werden, muß man mindestens Dr. jur. sowie zwischen 40 und 68 Jahren alt sein. Die Richter werden auf 12 Jahre gewählt. Wenn ein Richter noch vor Ablauf seiner Amtszeit

die Altersgrenze erreicht, wird er automatisch pensioniert.

Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (zwei Kammern mit je acht Richtern) werden vom Parlament gewählt – die Hälfte im Bundestag, die Hälfte im Bundesrat. Im Bundestag wird dafür ein spezielles Wahlmännerkollegium gebildet, dem anteilmäßig Abgeordnete aller im Parlament vertretenen Parteien angehören. Für die Wahl ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. In der Geschichte der BRD, selbst in den Jahren Konrad Adenauers, gab es kein politisches Kräfteverhältnis im Parlament, bei dem eine Fraktion, z. B. die CDU/CSU, über eine solche Mehrheit verfügt hätte. Folglich ist bei der Wahl der Verfassungsrichter ein Konsens, die Zustimmung der Opposition, erforderlich.

Ein Verfassungsrichter besitzt Immunität. Nur in zwei Fällen kann er aus dem Amt entfernt werden: Wenn er ein schweres Verbrechen verübt hat oder aus Gesundheitsgründen. Die Entscheidung über eine Abberufung wird vom Bundespräsidenten nach Empfehlung des Plenums des Gerichts getroffen. Doch in den 40 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland hat es das kein einziges Mal gegeben.

Und ein weiteres, meiner Meinung nach nicht unwichtiges Moment: Ein Verfassungsrichter kann nicht noch zusätzlich eine andere Funktion bekleiden, z. B. Parlamentsabgeordneter oder Parteifunktionär sein. Die einzige Ausnahme gilt für Forschung und Lehre.

Laut Gesetz müssen mindestens drei der acht Mitglieder jeder Kammer aus den Richtern der obersten Gerichte der BRD gewählt werden. Auf diesen Umstand verwies Dr. Zierlein besonders, offenbar weil er den hohen Status seines Gerichts hervorheben wollte. Doch diese Tatsache kann auch als Wunsch gewertet werden, im Bundesverfassungsgericht stets für eine gewisse Zahl von Richtern zu sorgen, die durch ihre Dienstlaufbahn besonders eng mit dem bestehenden System verbunden wären.

Der Verantwortungsbereich

Eine der Hauptaufgaben des Bundesverfassungsgerichts ist die Funktion des

obersten staatlichen Schiedsrichters. Im staatlichen und politischen Leben der BRD entstehen oft Differenzen oder gar Konflikte zwischen verschiedenen obersten Verfassungsinstanzen – so zwischen dem Bund und den Bundesländern. Für gewöhnlich geht es in solchen Fällen darum, Kompetenzen und Vollmachten klar abzugrenzen. So tritt sehr häufig der Bundesrat als Kläger auf, wenn er zu dem Schluß kommt, ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz dürfe nicht in Kraft treten, da es ohne seine Mitarbeit entstand.

Oder ein anderer Fall: Der Bundespräsident kann sich weigern, ein neues Gesetz zu unterzeichnen, wenn er meint, daß bei seiner Ausarbeitung die Verfassungsordnung verletzt wurde. Eine andere Variante: Die parlamentarische Minderheit wendet sich mit einer Klage über die Schmälerung ihrer Rechte ans Gericht. In den letzten Jahren klagen in Karlsruhe meist Abgeordnete der Grünen, die nicht immer, angeblich aus Sicherheitserwägungen, in einigen Parlamentsorganen oder -ausschüssen des Bundestages Zugang zu Geheiminformationen haben. Alle derartigen Konflikte werden vor dem Bundesverfassungsgericht behandelt, das Recht in letzter Instanz spricht.

Eine andere Aufgabe ist die Normenkontrolle, d. h. die Überprüfung, ob vom Parlament verabschiedete Gesetze oder bereits geltende Normativakte verfassungsgemäß sind. Angenommen, eine Oppositionspartei kommt zu dem Schluß, ein vom Bundestag gebilligtes neues Gesetz widerspreche der Verfassung, und sie ersucht das Gericht um eine allgemeine diesbezügliche Feststellung. Dabei kennt die Gesetzgebungspraxis der BRD nicht wenige Beispiele, da nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerade erst verabschiedete Gesetze geändert werden mußten.

Wenn ein Richter bei einem gewöhnlichen Prozeß, ob in einer Verwaltungs-, Straf-, Finanz- oder beliebigen anderen Sache, plötzlich zu dem Schluß kommt, die von ihm im konkreten Fall angewandte Rechtsnorm widerspreche dem Grundgesetz, muß er den Prozeß unterbrechen, sich an das Bundesverfassungsgericht wenden und dessen Entscheidung abwarten: Ist betreffende Rechtsnorm verfassungskonform, geht der Prozeß weiter, wenn nicht, wird diese Rechtsnorm annulliert oder verändert.

„Wer kann und darf eine Normenkontrollklage einreichen? Könnte ich das zum Beispiel?“

„Da muß ich Sie leider enttäuschen“, lächelt Dr. Zierlein. „Auf Bundesebene kann eine Einzelperson den Mechanismus der Normenkontrolle nicht in Gang bringen. In den Bundesländern sieht das anders aus. So kann sich in Bayern jeder Bürger mit einer entsprechenden Klage an das Landesverfassungsgericht wenden. Wir aber nehmen Klagen nur von der Bundesregierung oder einer der Länderregierungen sowie von einer Gruppe von Parlamentsabgeordneten, von mindestens einem Drittel des Parlaments, entgegen.“

„Heißt dies, selbst ein Ministerium kann z. B. gegen eine offenkundige Verfassungsverletzung nicht Widerstand leisten?“

„Nein, Widerstand leisten kann es. Nur ist es erforderlich, daß das gesamte Kabinett den Standpunkt eines solchen Ministers akzeptiert – ob auf Bundes- oder auf Länderebene.“

In vielen Ländern, wo es Verfassungsgerichte gibt, ist es üblich, sie auf einer gewissen Etappe in den Gesetzgebungsprozeß einzubeziehen. So können sich die Initiatoren von Gesetzen zuvor eines positiven Urteils der Verfassungshüter versichern oder sonst Änderungen an der Gesetzesvorlage vornehmen.

In der Bundesrepublik besteht ein anderer Modus, der nach Meinung meines Gesprächspartners, was die Effektivität der Kontrolle angeht, vorzuziehen ist.

„Die Gesetzgebung“, erklärt Dr. Zierlein, „ist hohe Politik. Um künftige Gesetze kommt es zu den erbittertsten Debatten im Parlament. Die Einbeziehung des Bundesverfassungsgerichts in diesen Prozeß würde uns zwingen, ständig mal die eine, dann die andere Seite zu bevorzugen. Das würde eine Einmischung in die politische Praxis, die Beschränkung der politischen Willensbekundung bedeuten. Und eine Abstimmung im Bundestag würde sinnlos werden, warum soll man ein Gesetz verteidigen, wenn schon zuvor bekannt ist, daß es nicht verfassungskonform ist?“

Zivilklagen

An das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe kann sich jeder, der sich auf dem Territorium der Bundesrepublik befindet, wenden, ob er ihr Bürger ist oder nicht, wenn er seine verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten verletzt sieht. Allerdings muß er zunächst alle Möglichkeiten

ausschöpfen, um Gerechtigkeit in allen anderen Gerichtsinstanzen zu erhalten.

Ein Rechtsstaat, sagen die bundesdeutschen Juristen, bedeute erstens, daß die Entscheidungen beliebiger staatlicher Einrichtungen auf der Grundlage des geltenden Rechts gefaßt werden müssen, und zweitens, daß bei einer Verletzung dieses Rechts stets die Möglichkeit gegeben sein muß, gegen Handlungen von Behörden gerichtlich zu klagen.

Angenommen, Sie haben eine Aufforderung des Finanzamts erhalten, die Ihrer Meinung nach Verfassungsgrundsätzen widerspricht. Die Erklärungen des Finanzbeamten können Sie nicht überzeugen. Dann wenden Sie sich an ein Finanzgericht. Erkennt es die grundsätzliche Berechtigung der Klage an, kann es sich selbst an das Bundesverfassungsgericht wenden, um betreffende Rechtsnorm auf deren Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Wenn nicht, kann der Kläger innerhalb eines Monats im eigenen Namen eine entsprechende Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Das aber muß sie behandeln und, falls erforderlich, die Entscheidung der vorhergehenden Gerichtsinstanz ändern, selbst wenn es sich um ein Urteil des Bundesfinanzhofs handelt. Entsprechend werden alle anderen Fälle behandelt, wie z. B. die verweigerte Durchführung eines Meetings oder einer Demonstration einer Initiativgruppe.

„An uns wendet man sich im Ausnahmefall“, sagt Dr. Zierlein, „wenn niemand mehr dem Betreffenden helfen kann oder will. Wir sind die letzte Instanz.“

Das Bundesverfassungsgericht kann zwar formell Urteile anderer Gerichte nicht aufheben oder bestätigen. Es kann nur die Rechtsnormen, auf deren Grund-

lage diese Urteile gefällt wurden, als verfassungsgemäß oder verfassungswidrig anerkennen. Natürlich bedeutet dies nicht, das Rechtssystem der BRD sei in der Lage, ungerechte Urteile und eine willkürliche Gesetzesinterpretation vollständig auszuschließen. Vor solchen Gesetzesverletzungen ist offenbar bislang keine Gesellschaft gefeit. Es geht aber darum, sie auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Dr. Zierlein sprach ausführlich und offen über die Funktionen und die Struktur des von ihm geleiteten Gerichts. Doch einen Umstand, von dem ich später erfuhr, verschwie er. Neben dem eigentlichen Bundesverfassungsgericht gibt es noch einen Sonderausschuß aus drei Richtern, um Verfassungsklagen auf ihre Zulässigkeit zu prüfen. Wenn dieser Dreierausschuß einstimmig entscheidet, eine eingereichte Klage sei offensichtlich unbegründet, wird sie nicht behandelt. Die Richter sind nicht verpflichtet, die Gründe für eine Absage darzulegen, und in der Regel wird ihre Entscheidung nicht veröffentlicht. Diese Barriere sorgt Schätzungen zufolge dafür, daß 97% (!) aller Klagen über Verfassungsverletzungen von vornherein ausgesiebt werden. Ein solcher Auswahlmechanismus befreit das Gericht nicht nur von „überflüssiger“ Arbeit, sondern es erlaubt auch, politisch unvorteilhafte Verfassungsprozesse zu vermeiden.

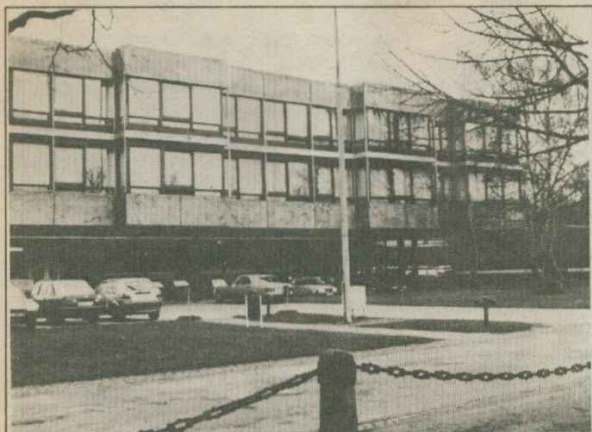
Die Grenze des Zulässigen

Die bundesdeutsche Gesetzgebung erlaubt grundsätzlich jeder Gruppierung und Organisation, auf die politische Bühne zu treten und sich zur Partei zu erklären. Doch dabei gibt es zwei Bedingungen. Erstens: die Beachtung des Parteiengesetzes, das die Organisationsstruktur, den Modus der innerparteilichen Wahlen und der Bildung der Leitungsorgane sowie andere Attribute einer Partei recht eingehend reglementiert. Und zweitens: Die im Parteiprogramm dargelegten Ziele und Aufgaben sowie das Verhalten der Mitglieder und Anhänger der Partei dürfen die Existenz der souveränen Bundesrepublik Deutschland als solcher nicht gefährden, dürfen nicht zur Verletzung oder Beseitigung der „freien demokratischen Grundordnung“, wie sie im Grundgesetz dargelegt ist, führen.

„Kritik ist zulässig und erlaubt“, sagt Dr. Zierlein,



Die neonazistische „Nationale Sammlung“ ist wegen verfassungswidriger Tätigkeit verboten worden



Sitz des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.
Diese Aufnahme wäre wohl durch den unweit stehenden Wachposten mit MPI lebhafter geworden, doch sobald ich das Objektiv auf ihn richtete, wurde mir bedeutet, daß hier nicht fotografiert werden darf

„und zwar jede Kritik. Zu ihrer Zielscheibe kann wer oder was auch immer werden: die Führung des Landes oder von Parteien, die politisch-gesellschaftliche Ordnung, der Verfassungsschutz, die Gewerkschaften, wir selbst, die Unternehmerverbände, die Kirche, ja der Herrgott selbst. All das gilt nicht als verfassungsfeindlich.“

Die Grenze des Zulässigen überschreitet jener, der in seinem Parteiprogramm den Aufruf zur Veränderung der bestehenden Ordnung, zur Ablösung der geltenden verfassungsmäßigen Ordnung durch irgendeine andere Ordnung und zur Beseitigung der föderativen Struktur des Landes verankert.

In den 50er Jahren fanden die Behörden einen Vorwand, um einen Prozeß in Karlsruhe gegen die KPD zu inszenieren. Die Veranstalter dieses Prozesses ergriffen Maßnahmen, um eine Einmischung der Öffentlichkeit auszuschließen und die Möglichkeiten der Verteidigung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Im August 1956 wurde die KPD auf Beschluß des Bundesverfassungsgerichts verboten. (Und dieses Verbot gilt bis heute.) Erst zwölf Jahre später erhielten die Kommunisten unter dem Druck der demokratischen Kräfte des Landes das Recht, ihre Tätigkeit zu legalisieren, indem sie 1968 die DKP bildeten.

Nur das Bundesverfassungsgericht kann eine beliebige Partei für verfassungswidrig erklären, was gleichbedeutend mit einem Verbot ist. Hierbei kann das Gericht ebenso wie in allen anderen Fällen nicht von allein tätig werden. Eine Klage kann nur z. B. von der Bundesregierung oder einer Länderregierung, sagen wir, auf Initiative des Innenministeriums eingereicht werden. Hierbei trägt gerade der Kläger die Beweislast dafür, daß die betreffende Partei tatsächlich verfassungswidrig ist.

Eine Kontrolle über die Tätigkeit politischer Organisationen, die die Verfassungsmäßigkeit ihrer Programme berücksichtigt, erfolgt auch heute. So wurde

Mitte Februar d. J. in der BRD die neonazistische „Nationale Sammlung“ verboten.

„Damit befaßten sich übrigens nicht wir, sondern das Bundesinnenministerium“, sagt Dr. Zierlein. „Die ‚Nationale Sammlung‘ ist ja keine Partei. Doch ihr Chef Kühnen könnte grundsätzlich gegen das Verbot klagen und letztlich bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen.“

Es sei gesagt, daß man in der BRD nicht häufig zu formellen Verboten von Parteien und diversen Gruppierungen, und seien sie noch so suspekt, greift. Andere Methoden werden vorgezogen – politischer Widerstand sowie die öffentliche Entlarvung ihrer Ziele und Absichten. So soll einer solchen Gruppe die politische Unterstützung genommen, soll sie bei den Wählern diskreditiert werden. Ein Verbot ist weitaus nicht immer effektiv, die Mitglieder und Anhänger der Organisation bleiben ja, nur gehen sie in den Untergrund und treffen sich weiter. Viel komplizierter ist es, gegen einen politischen Gegner, den es formell nicht gibt, zu kämpfen.

„Und die kürzlichen Erfolge rechtsradikaler Gruppierungen, der NPD und der ‚Republikaner‘, beunruhigen Sie nicht?“

„Diese Gruppierungen und Parteien haben bei freien Wahlen ihren jetzigen Stand erreicht. Solange sich nicht jemand, der Beweise für die Verfassungswidrigkeit ihrer Programme gesammelt hat, an uns wendet, können wir nicht tätig werden. Doch meiner Meinung nach sollten sich die anderen Parteien darum kümmern, daß die politische Entwicklung im Lande nicht auf eine gefährliche Ebene abgleitet, daß die Zahl der Wähler, die für solche Gruppierungen votieren, nicht zunimmt, sondern geringer wird. Die politischen Mittel dafür sind gegeben.“

„Und wie steht es um den einzelnen? Über was kann er z. B. auf dem Marktplatz von Karlsruhe sprechen?“

„Jeder kann alles, was er will, denken und sagen. Doch in dieser Freiheit ist er

durch die geltenden Gesetze gebunden, die unter anderem die Rechte und die Würde anderer Bürger schützen. So sind Beleidigungen unzulässig – ebenso wie Aufrufe zur Beseitigung der bestehenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Kurz gesagt, die Rechte des einzelnen sind durch Bedingungen eingeschränkt: Man darf keine verfassungswidrigen Erklärungen abgeben, darf die Redefreiheit nicht zum Schaden der Rechte und Freiheiten anderer Bürger nutzen.“

„Und die in Riesenaufgaben erscheinenden Bücher, z. B. von Nazibonzen? Die Schallplatten mit Goebbels' Reden? In ihnen wird ja keineswegs die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ laut Grundgesetz propagiert.“

„Derartige Bücher und Schallplatten haben auch wissenschaftlichen, historischen Wert. Hitler ist leider auch Teil unserer Vergangenheit. Daran kann man nicht vorbeigehen. Ich sehe nichts Kriminelles darin, daß in einem Dokumentarfilm Auftritte von Hitler oder Goebbels gezeigt werden. Etwas anderes ist es, wenn irgend jemand eine Gruppierung um sich sammelt und den Führer zu ihrem Idol erklärt, wenn er seine Thesen als die eigenen, programmatischen wiedergeben wird. In diesem Fall kann man von Verfassungswidrigkeit sprechen und Maßnahmen ergreifen.“

„Würden Sie einem Antragsteller recht geben, wenn er sich an Ihr Gericht mit einer Klage gegen denjenigen, der Goebbels' antisemitische Reden produziert oder verbreitet, wenden würde?“

„Ich kann Ihnen da keine einhellige Antwort geben. Die Herstellung von Schallplatten darf ebenso wie der Druck von Büchern entsprechend dem Gesetz über die Pressefreiheit nicht behindert werden. Eine Zensur findet nicht statt. Doch wollen wir einmal rein formell an diese Frage herangehen. Niemand zwingt Sie ja, derartige Schallplatten zu kaufen oder zu hören, ebenso wie Sie niemand mit Gewalt dazu bringen kann, ein Bordell zu besuchen oder sich einen Pornofilm anzuschauen. Beschränkungen gibt es nur für Kinder, die selbst nicht darüber entscheiden können, was für sie schlecht und was für sie gut ist. Die Kinder sind Versuchungen ausgesetzt, sie kann man verführen...“

Dr. Zierleins Antwort befriedigte mich nicht ganz. Die Nazi-Propaganda ist wohl kaum mit Pornografie zu vergleichen...

KARLSRUHE – BONN

Fotos: Autor und
„Der Spiegel“ (BRD)

Bauernmentalität

Wie sie den Niederländern hilft, das höchste landwirtschaftliche Produktionsniveau zu halten

Etwa zehn Minuten vor der vereinbarten Zeit kam ich im Ministerium für Landwirtschaft und Fischereiwesen an. Nikolai Ibragimow, Botschaftsrat in der diplomatischen Vertretung der UdSSR in den Niederlanden, hatte mich hingebacht. Er kennt sich aus und weiß, daß man in Den Haag sehr leicht in einen Stau geraten kann. Diesmal hatten wir Glück. Ohne zu eilen, durchschritten wir die langen Korridore, bis wir vor dem Dienstzimmer standen, wo man uns erwartete.

Viele Türen standen offen. Beinahe auf allen Tischen waren Computer zu sehen. Die lebenswichtige Bedeutung einer maximalen Computerisierung unserer produktiven und nichtproduktiven Bereiche begreifen heute fast alle, höchstens mit Ausnahme derer, die einen umfassenden Import dieser Geräte in die UdSSR verhindern.

Bei unserem kurzen Rundgang durch das Gebäude des Ministeriums hat uns aber ganz etwas anderes beeindruckt. In jedem Korridor stehen hier mindestens drei AGFA-Kopiergeräte. Jeder Mitarbeiter kann zu jeder Zeit eine beliebige Anzahl von Kopien anfertigen. Da mußte ich mich an die eisenbeschlagenen Türen erinnern, hinter denen bei uns die Kopierer in den Behörden, wo es sie gibt, versteckt werden. „Für Unbefugte Zutritt verboten!“ Damit sind die Mitarbeiter derselben Behörde gemeint. Man sollte aber nicht denken, daß jeder beliebige Schriftstücke kopieren könnte. Nein, ohne schriftliche Genehmigung des Verantwortlichen läuft da gar nichts. Ist das nicht eine der vielen Bremsen, die uns am Vorwärtsschreiten hindern? Natürlich werden die Autoren und Befürworter der Verbote für eine uneingeschränkte Nutzung kopiertechnischer Geräte gewichtige Argumente ins Feld führen, von ihrer Sorge um die Sicherheit des Staates und die Wahrung der öffentlichen Moral reden. Diese im vorliegenden Fall sogar recht zweifelhaften Argumente halten der Kritik nicht stand, stellt man sie der Tatsache gegenüber, daß ohne eine schnelle Weiterverbreitung der erforderlichen Informationen eine effektive Wirtschaftsentwicklung unmöglich ist. Sie aber würde die Staatssicherheit festigen und den Reifegrad der Gesellschaft positiv beeinflussen.

Wäre ich doch nur pünktlich im Ministerium erschienen und nicht zehn Minuten vor der Zeit...

Objektive und subjektive Faktoren

Mit Jan Groeneveld, einem Abteilungsleiter des Landwirtschaftsministeriums, unterhielten wir uns sehr ausführlich. Wir sprachen u. a. über die Ursachen für die Errungenschaften des Landes im landwirtschaftlichen Bereich. Groeneveld begann diplomatisch bei den objektiven Faktoren, den klimatischen Bedingungen (gemäßigte Temperaturen, ausreichend Feuchtigkeit) und der geographischen Lage (Zentrum Westeuropas, Meeresanlieger). Was soll hier eigentlich von Vorteil sein, wenn etwa ein Viertel des Landesterritoriums unterhalb des Meeresspiegels liegt, große Anstrengungen und Aufwendungen nötig sind, um die Bevölkerung vor verheerenden Überschwemmungen zu schützen? Die Gesamtlänge der Dämme und Deichanlagen wird heute nach Tausenden von Kilometern gerechnet. Der Name des Staates, Niederlande, bedarf keines weiteren Kommentars. Und wie steht es um die ständige Zurückdrängung des Meeres, dem Jahr um Jahr neuer Boden abgerungen wird, um ihn in fruchtbare Felder und Wiesen zu verwandeln, wozu aber immer wieder neue Deiche gebaut werden müs-

sen? Paßt das alles zu den Vorstellungen von einer „günstigen geographischen Lage“?

Dann nannte mein Gesprächspartner andere Faktoren, darunter die Organisation der Landwirtschaft, sprach davon, daß man sich auf die Bauern stütze, und von einer besonderen „bäuerlichen Mentalität“. Die Einzelhöfe haben sich zu verschiedenartigen Genossenschaften zusammengeschlossen. In einigen Fällen kaufen sie gemeinsam technisches Gerät, in anderen Fällen Düngemittel. Es gibt auch Genossenschaften, deren Mitglieder ihre Anstrengungen direkt bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte vereinen. Eine Pause nutzend, stellte ich die Frage:

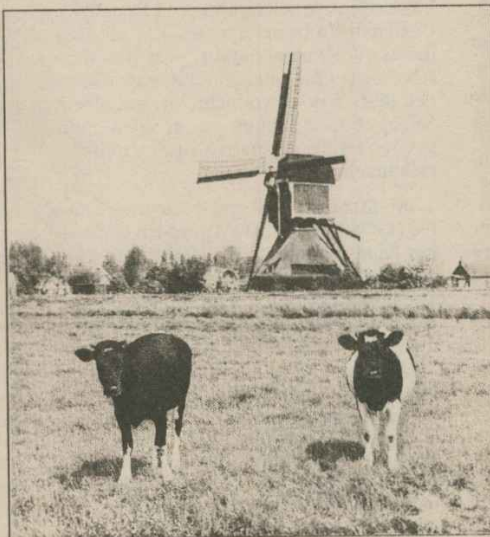
„Sie gebrauchten da den Begriff ‚Bauernmentalität‘. Was ist darunter zu verstehen?“

„Zwei Dinge. Der Mensch spürt die Verantwortung für seine eigene ökonomische Lage. Deshalb muß er sich als Unternehmer fühlen und sich in der Marktsituation gut auskennen. Gleichzeitig weiß der Bauer aber, daß er nur einer von vielen ist, daß jeder für sich allein aber keine reale ökonomische Kraft darstellt, und daß er ein Teil dieser Kraft werden kann, wenn er sich mit anderen zusammenschließt. Das ist ein bedeutender Unterschied zu dem bei Ihnen herrschenden System“, antwortete Groeneveld.

Er war schon mehrmals in der Sowjetunion und kennt sich gut in den Problemen der sowjetischen Landwirtschaft aus.

„Ich verfolge gegenwärtig voller Interesse die Erörterung landwirtschaftlicher Probleme in der UdSSR, z. B. die Frage, wie lange die Pachtverträge zu befristen sind, ob es sich überhaupt lohnt, in die Landwirtschaft zu investieren, und wenn ja, in welchen Zweigen usw. Wir in den Niederlanden haben sehr viel in das Lagerungs-, Verarbeitungs- und Absatzsystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse investiert. Mir ist bekannt, daß in der UdSSR ein bedeutender Teil des Geernteten beim Lagerungs- und Verarbeitungsprozeß verlorengeht. Ich bin überzeugt, daß sich hier vieles vervollkommen läßt. Meiner Ansicht nach ist aber auch die Rolle des Produzenten, also des Bauern selbst, von enormer Bedeutung. Hier sind unterschiedliche Meinungen nicht ausgeschlossen, immerhin leben wir in verschiedenen politischen Systemen.“

„Steht die niederländische Landwirtschaft nicht auch vor Problemen?“



Symbole der Niederlande



Investitionen in Treibhäuser rentieren sich



Frisches Obst und Gemüse zu jeder Jahreszeit

„Natürlich. Das erste ist die Überproduktion. Das Angebot übersteigt die Nachfrage. Das führt zu Preisverfall und sinkendem Einkommen der Produzenten. Als nächstes wäre die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion zu nennen, die ein so hohes Niveau erreicht hat, daß ihre weitere Steigerung umweltschädigend wäre, weil ein Teil der Düngemittel nämlich gar nicht von den Pflanzen aufgenommen wird. Offensichtlich verwenden wir zuviel Phosphate und Nitrate, mehr, als der Natur zuträglich ist. Im Idealfall sollte nur soviel gedüngt werden, wie die Pflanzen tatsächlich benötigen. In der Tierproduktion stehen wir vor der Frage: Wohin mit dem Mist? Zusammen mit ihm gelangen darin enthaltene Metalle in den Boden. Für uns ist saurer Regen nichts Unbekanntes.“

Ich interessierte mich, wie mein kompetenter Gesprächspartner die Entwicklungsperspektiven für die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern einschätzt.

„Das hängt in entscheidendem Maße von der Entwicklung der Ereignisse in der UdSSR ab. Wenn weiterhin an einem System gearbeitet wird, das hauptsächlich auf eine Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse und der Effizienz der Produktion orientiert, wenn man sich zukünftig mehr um die Organisation der Lagerung und Verarbeitung der Produkte kümmert, dann stehen für eine umfassende Zusammenarbeit alle Türen offen. Diese Kooperation könnte die Bereiche Samenzucht, Tierproduktion und Lebensmittelindustrie umfassen. In der Perspektive wäre auch die Ausbildung von Fachleuten und die Weitergabe von Know-how von Interesse. Hierbei lassen sich Kontakte zu beliebigen Partnern in der UdSSR anknüpfen, zu Genossenschaften, Kolchosen und Verbänden von Einzelbauern. Es geht hierbei um direkte, unmittelbare Kontakte seitens niederländischer Firmen, da unser Ministerium lediglich diese Zusammenarbeit fördert, nicht aber diese Kontakte kontrolliert. Diese Beziehungen können in Form einer breitangelegten Zusammenarbeit realisiert werden, wie

das zwischen CEBECO und Ihren Landwirtschaftsbetrieben im Moskauer Gebiet der Fall ist. Direkte Lieferungen, z. B. von Anlagen für die Milch- und fleischverarbeitende Industrie, haben gute Zukunftsaussichten.“

Ich entschloß mich, eine direkte Frage zu stellen, die schon etwas an Taktlosigkeit grenzt:

„Von welchen Motiven lassen sich die Niederländer bei der Ausweitung ihrer Geschäftsbeziehungen zur UdSSR leiten? Nur aus nackter Berechnung?“

Die Antwort ist unzweideutig:

„Ja. Aber eine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist nur dann möglich, wenn sich die Menschen, die in verschiedenen Ländern leben, einander besser kennen- und verstehenlernen. Das Motiv ist natürlich ökonomischer Natur, aber man sollte genügend Zeit finden, das gegenseitige Verständnis auszubauen, damit sich zwischen den Staaten gute und vorteilhafte Beziehungen entwickeln. Das ist die Basis für unsere Langzeitprogramme, gemischten Kommissionen und bilateralen Arbeitsgruppen. Langjährige Beziehungen bringen dieses Verständnis, dieses Vertrauen hervor, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit enger werden läßt. Wir haben nicht vor, mit einem Schlag Supergewinne zu erzielen. Wir streben feste und langfristige Geschäftsbeziehungen an.“

Im Staatlichen Agrar-Industrie-Komitee (GOSAGROPROM), wo ich vor meiner Dienstreise nach Holland Informationen einholte, bekam ich einen anderen Standpunkt zu hören. Dort sagte man mir, die niederländische Seite sei vorwiegend um ihren unmittelbaren Gewinn besorgt. Sie strebe in erster Linie direkte Lieferungen gegen Devisenzahlung an. Meine späteren Begegnungen in den Niederlanden ließen Zweifel an dieser Meinung aufkommen. Vielleicht war auch der Tag ungünstig gewesen. An jenem Morgen hatte die „Prawda“ erstmals vom Beschluß der Partei- und Staatsführung berichtet, GOSAGROPROM aufzulösen.

Aus dem Gespräch mit Jan Groeneveld blieb mir ein Satz besonders im Gedächtnis haften. Er sagte zum Schluß: „Manchmal spüren wir, wie einige Ihrer verantwortlichen Leiter sich bemühen, bereits getroffene Vereinbarungen zu verändern.“ Wenn das den Tatsachen entspricht, wäre es ein schlechtes Zeugnis für unsere Geschäftsleute.

Ein Porträt zeichnen

Jan Groeneveld sprach von der „Bauernmentalität“. Was ist nun tatsächlich darunter zu verstehen? Ich versuchte, beim Besuch des Obstlagers von Frits Zuurbier und bei zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen Vertretern unterschiedlicher Agrarbereiche dahinterzukommen. In gewisser Weise half mir dabei eine soziologische Studie, die in den EG-Ländern durchgeführt wurde und deren Ergebnisse „Eurobarometer“, das in Brüssel erscheinende Organ des Generaldirektorats für Information und kulturelle Beziehungen der EG-Kommission, veröffentlichte. In der Umfrage ging es um die Beurteilung der Agrarpolitik und die Wertvorstellungen der Bauern. Man untersuchte dabei die Meinung der Allgemeinheit und speziell die der ländlichen Bevölkerung.

52 Prozent der Beschäftigten in der niederländischen Landwirtschaft haben ihre Kenntnisse von den Eltern. In den zwölf EG-Ländern insgesamt liegt dieser Prozentsatz noch höher (68 %). In den Niederlanden verfügen 79 Prozent der Bauern über eigenen Grund und Boden. Das entspricht dem EG-Durchschnitt, 72 Prozent der holländischen Bauern wollen auch weiterhin dieser Beschäftigung nachgehen, 13 Prozent einen Teil ihrer Zeit widmen. 15 Prozent wollen die landwirtschaftliche Betätigung aufgeben, entweder freiwillig, aus Altersgründen oder gezwungenermaßen wegen der drohenden Arbeitslosigkeit. Jüngsten statistischen Angaben zufolge sind von den 14,8 Millionen Einwohnern der Niederlande 428 000 ohne Arbeit. Im EG-Durchschnitt wollen nur

57 Prozent der Bauern weiterhin in der Landwirtschaft tätig bleiben. Besonders zurückhaltend sind die Spanier mit 42 Prozent.

Und welche Pläne gibt es bezüglich des Grundbesitzes? 46 Prozent der Bauern in den Niederlanden wollen weiter so arbeiten wie bisher (EG insges.: 35 %), 15 Prozent wollen ihre Ländereien erweitern (EG insges.: 22 %), und 19 Prozent wollen ihre Betriebe einem der Kinder übertragen (EG insges.: 21 %).

Ein besonderer Abschnitt der Studie ist der Lebensqualität gewidmet. Auf die Frage: „Sind Sie mit dem Leben, das Sie führen, zufrieden?“ antworteten 91 Prozent der niederländischen Bauern positiv. Im Landesdurchschnitt lag diese Ziffer mit 92 Prozent sogar noch etwas höher. Dagegen sind im EG-Durchschnitt nur etwa 64 Prozent der Bauern derselben Meinung, obwohl dieser Wert bei der Bevölkerung insgesamt in allen EG-Ländern über 80 Prozent liegt.

Wie ist man mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden? In den Niederlanden äußerten sich 61 Prozent der Bauern und der Bevölkerung insgesamt positiv. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft waren es nur 48 Prozent der Bauern und 54 Prozent aller Einwohner. Italien bildet diesbezüglich mit 29 bzw. 30 Prozent das Schlußlicht der EG.

Was hält man von Politik? 83 Prozent der niederländischen Bauern diskutieren häufig oder manchmal politische Probleme. Damit liegen sie über dem Landesdurchschnitt von 76 Prozent. Im EG-Durchschnitt betragen diese Werte 67 bzw. 66 Prozent. Besonders unpolitisch sind die belgischen und spanischen Bauern, von denen sich nur 51 Prozent für Politik interessieren.

30 Prozent der Bauern (34 Prozent aller Niederländer) bezeichnen sich als einer Partei nahestehend. In der EG insgesamt sind es 29 bzw. 28 Prozent. In Frankreich wollen nur 12 Prozent der Bauern etwas von Parteien wissen.

Und wie hoch ist der Anteil rechter und extrem rechter Ansichten? Hier liegen die niederländischen Bauern mit 60 Prozent weit vorn, gleich hinter Spitzenreiter Dänemark (61 %). Dabei ist die Bevölkerung dieser beiden Länder insgesamt nicht so rechtsorientiert (28 % der Niederländer und 30 % der Dänen). Im EG-Durchschnitt ordnen sich 29 Prozent der Bauern und 22 Prozent der Bevölkerung der Rechten zu. In einigen Ländern liegen diese Zahlen noch darunter, z. B. 15 Prozent der Bauern in Italien und 10 Prozent der Bevölkerung in Spanien.

Der nächste Fragenkomplex bezieht sich auf die Beurteilung der Situation in der Landwirtschaft. Die Meinung, eine moderne Landwirtschaft sei ein Zeichen dafür, daß alles in Ordnung ist, teilen nur 5 Prozent aller Niederländer (12 % der EG-Bevölkerung), dafür aber 49 Prozent der Bauern in diesem Land (wie auch im EG-Durchschnitt).

Haben es die Bauern heute schwerer als die übrige Bevölkerung? 50 Prozent der Einwohner der Niederlande (wie auch der EG insgesamt) beantworten diese Frage positiv. Die niederländischen Bauern sind da pessimistischer. 67 Prozent beantwortete diese Frage mit ja. Noch düsterer sehen es aber ihre Kollegen in Italien (90 %) und in der BRD (96 %), wogegen es in Großbritannien und Dänemark nur 56 Prozent sind.

Im nächsten Themenkomplex geht es um die akutesten Probleme der Landwirtschaft von heute. 80 Prozent der niederländischen Bauern und 82 Prozent der Niederländer insgesamt nannten die Überschüsse. Derselben Meinung sind aber nur 17 Prozent der italienischen und 14 Prozent der portugiesischen Bauern (EG insges.: 38 %).

Die sinkenden Einkünfte wurden von 27 Prozent der Niederländer und 40 Prozent der Bauern des Landes als schwerwiegendes Problem eingeschätzt. Anderer Meinung sind ihre französischen (72 %) und irländischen Kollegen (73 %). Im EG-Bereich äußerten diese Ansicht 29 Prozent der Bevölkerung und 55 Prozent der Bauern.

95 Prozent der Bauern der EG, ebenso wie die der Niederlande, halten es für notwendig, daß den Problemen der Landwirtschaft von heute größte Aufmerksamkeit gebührt. Die Gesamtbevölkerung ist da zurückhaltender: 74 Prozent in den Niederlanden und 83 Prozent im EG-Durchschnitt. In der UdSSR würde dieser Prozentsatz sicher ebenso hoch sein, vielleicht sogar höher.

64 Prozent der Bevölkerung und 84 Prozent der Bauern der Niederlande schätzen die Frage der Unterstützung der Bauernschaft für sehr wichtig ein. Hier ist das Gefälle sehr deutlich. Ähnlich sieht es in Großbritannien aus, wogegen in Italien nur 14 Prozent der Bauern derselben Meinung sind. Im EG-Durchschnitt äußerten sich 53 Prozent der Bevölkerung und 36 Prozent der Bauern entsprechend.

Die folgende Frage scheint nicht nur für die Bewohner westeuropäischer Staaten von Interesse zu sein: Sollte man nicht besser Lebensmittel aus dem

Ausland importieren, als eigene Erzeugnisse zu subventionieren? Sie wurde allerdings nur an die Bevölkerung insgesamt gerichtet. 42 Prozent der Niederländer sprachen sich dafür aus. Nur in der BRD lag das Ergebnis mit 49 Prozent etwas höher. Dagegen äußerten nur 7 Prozent der Dänen ihre Zustimmung (EG insges.: 34 %).

Die landwirtschaftliche Tätigkeit setzt eine bestimmte Lebensweise voraus. Diese Meinung äußerten 48 Prozent der Bevölkerung und 57 Prozent der Bauern der Niederlande. Im EG-Durchschnitt liegen diese Zahlen höher: 58 und 73 Prozent.

Besonders hoch ist in den EG-Ländern der Anteil jener, die meinen, man sollte die Überschüsse nicht vernichten, sondern den Hungernden zur Verfügung stellen: 89 Prozent. In den Niederlanden äußerten sich in diesem Sinne 83 Prozent der Bevölkerung und 80 Prozent der Bauern.

Man untersuchte auch die Ansichten zur Subventionierung von Lebensmittelverkäufen an die UdSSR. Im EG-Durchschnitt sprachen sich 52 Prozent dagegen aus, in den Niederlanden 63 Prozent der Bevölkerung und 61 Prozent der Bauern. Derselben Meinung sind allerdings nur 32 Prozent der Griechen und 31 Prozent der Spanier.

Könnten die EG-Länder das Subventionssystem nutzen, wenn die USA diesen Schritt täten? 24 Prozent der Bevölkerung der Mitgliedsländer und 29 Prozent der Bauern antworteten darauf mit ja. Insgesamt entspricht das der Einstellung der Niederländer (23 %), die Bauern des Landes gehen sogar noch weiter (35 %).

Natürlich ist eine detaillierte Analyse Sache von Wirtschaftswissenschaftlern und Soziologen. Heute aber ist jeder von uns ein wenig Soziologe und Wirtschaftler. Diese Statistik sollte dazu beitragen, ein paar Nuancen zum Porträt des niederländischen Bauern hinzuzufügen. Es wird vielleicht nicht allen gefällig sein, aber man darf nicht vergessen, daß es hierbei um Menschen geht, die ein landwirtschaftliches Produktionssystem geschaffen haben, das bezüglich seiner Intensität absolute Weltspitze ist.

W. Shitomirski

NZ-Sonderkorrespondent
Den Haag – Moskau

Ein Land verteidigt sich

Der Terror, den die unversöhnliche Opposition mit Unterstützung der USA und Pakistans entfacht, ist der Grund für das fortgesetzte Blutvergießen in Afghanistan

Brigadegeneral Gulam Faruq YAQUBI, Minister für Staatssicherheit der Republik Afghanistan, berichtet über den Kampf gegen den Terrorismus



fort. Dort studierte er Jura und erhielt den Grad eines Magister juris. Wieder zurück in seiner Heimat trat er der Demokratischen Volkspartei Afghanistans bei, die damals noch in der Illegalität operierte. Nach dem Sieg der Aprilrevolution wurde er zum Dienst in die Provinz Laghman entsandt. Als 1979 Hafizullah Amin die Macht an sich riß, mußte er wieder für einige Zeit in die Illegalität gehen...

„Heute leite ich die Organe der Staatssicherheit. Wir müssen der Herausforderung unserer Feinde begegnen“, sagt der Minister. „Das Wichtigste bei unserer Arbeit ist dabei nicht die Vergeltung, sondern die Rettung des afghanischen Volkes. Allein in den letzten vier Monaten haben wir 73 Bombenexplosionen an den dichtestbesiedelten Stellen in afghanischen Städten verhindert und damit Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Menschenleben gerettet.“

Sehen Sie sich einmal dieses Foto an. In dem Fahrzeug hier haben unsere Mitarbeiter anderthalb Tonnen Sprengstoff gefunden. Zur gleichen Zeit wurden an die 100 Raketenwaffen beschlagnahmt. Die andere Aufnahme zeigt, welches Unheil diese tödlichen Waffen unter der afghanischen Bevölkerung anrichten.

Gegen uns kämpfen nicht nur Einheiten der unversöhnlichen Opposition. Entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze sind 20 000 in afghanischer Kleidung getarnte Soldaten der regulären pakistanischen Armee konzentriert. Sie werden von dem pakistanischen General Omar kommandiert. Wir wissen, daß sich die pakistanischen Generäle A. Beq, H. Gull und der stellvertretende Chef der pakistanischen Aufklärung, General Imash, schon seit längerer Zeit auf afghanischem Territorium befinden. Vom Gebiet Samarkhel aus koordinieren sie die Offensive von bewaffneten Formationen der Opposition und von Einheiten pakistanischer Milizen gegen Jalalabad. Den Beschluß, Jalalabad zu stürmen, faßten die pakistanische Militärführung und die Aufklärung unter unmittelbarer Beteiligung des amerikanischen Botschafters in Islamabad. Vertreter der sogenannten Übergangsregierung wurden nicht einmal zu Beratungen herangezogen. Man gab ihnen einfach den Befehl, die Mojaheddin in den Kampf zu werfen und ihre Landsleute zu ermorden.

Zu den ungebetenen Gästen auf afghani-

Brigadegeneral Gulam Faruq Yaqubi empfing mich frühmorgens in seinem Arbeitszimmer. In seinem Zivilanzug sah der Minister nicht wie ein Militär aus.

Er wurde 1316 im Jahr der Hejra (1938) in Kunduz in einer Familie von Intellektuellen geboren. Er absolvierte das privilegierte „Amani“-Gymnasium in Kabul. Schon damals beschäftigte er sich mit deutscher Sprache und Literatur. Er schloß die Offiziershochschule in Kabul ab, unterrichtete einige Jahre und setzte sein Studium in der Bundesrepublik an der Universität Münster



In diesem Fahrzeug wurden anderthalb Tonnen Sprengstoff gefunden



In solchen Säcken werden Drogen durch Afghanistan transportiert



Ein Haus in einem Kabuler Vorort, das mit amerikanischen Raketen zerstört wurde

Die Fotos wurden der Redaktion von G. F. Yaqubi zur Verfügung gestellt

Warum wir die Konvention von Bern brauchen

Seit 1973 gehört die UdSSR dem Welturheberrechts-Abkommen (in der Fassung von 1952) an, doch diese Konvention sichert die Interessen unseres Landes bei der internationalen humanitären Zusammenarbeit nicht vollständig

Die Absicht der Sowjetunion, die Konvention von Bern über den Schutz literarischer und künstlerischer Werke zu unterzeichnen, wird vom stellvertretenden Präsidenten der Urheberrechtsagentur der UdSSR, **German Kondakow**, kommentiert.

Die Konvention von Bern wurde gründlicher erarbeitet als die Weltkonvention. In ihr ist der konkrete Inhalt der Urheberrechte umfassender dargelegt, und der Begriff „literarische und künstlerische Werke“ umfaßt alle Werke in Literatur, Wissenschaft und Kunst, wie und in welcher Form sie auch Ausdruck gefunden haben. Das ist wichtig, weil neue technische Mittel zur Vervielfältigung von Werken eine solche Konkretisierung erforderlich machen. Fernsehen und Rundfunk in unserem Land brauchen – und bleiben dabei im Rahmen des Gesetzes – den Autoren kein Honorar zu zahlen... Die Konvention verankert die ausschließlichen Rechte des Autors auf die Übersetzung und die Wiedergabe von Exemplaren des Werks, auf Rundfunk- und Fernsehsendungen, auf die Aufführung von Bühnen- und musikalischen Werken sowie auf die Aufzeichnung musikalischer Werke...

Doch um der Berner Konvention beizutreten, müssen wir einige Veränderungen an unserer Gesetzgebung vornehmen. Jetzt haben die interessierten Ämter, einschließlich der Urheberrechtsagentur der UdSSR, den Entwurf eines Gesetzes über Urheberrechte (neuer Text von Kapitel IV der Grundlagen der Zivilgesetzgebung) vorbereitet. Der Entwurf sieht in voller Übereinstimmung mit den Forderungen der Berner Konvention die Aufhebung aller Einschränkungen der Urheberrechte, die unter dem Gesichtspunkt geltender internationaler Konventionen unzulässig sind, vor. Insbesondere wird die freie Nutzung (ohne Zustimmung des Autors und ohne Zahlung eines Honorars an ihn) veröffentlichter Werke in Fernseh- und Rund-

funksendungen, in Kinofilmen und Zeitungen aufgehoben. Auf 50 statt bisher 25 Jahre wird die Schutzfrist für die Urheberrechte nach dem Tod des Autors verlängert. Die Gesetzgebung wird neue Werkformen berücksichtigen, die infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entstanden sind. So sieht der Entwurf den Schutz der Rechte bei Programmen für Computer, für das Satelliten- und das Kabelfernsehen, für die graphische Reproduktion und für Videoaufzeichnungen vor. Am 1. März 1989 traten die USA der Konvention von Bern bei. Ihre Entscheidung wurde nicht nur von den Interessen der internationalen humanitären Zusammenarbeit, sondern auch von materiellen Erwägungen beeinflusst. Schätzungen zufolge verlieren amerikanische Inhaber von Urheberrechten alljährlich ca. 25 Md. Dollar wegen Verletzungen des Schutzes ihres geistigen Eigentums in anderen Ländern. Die von Schriftstellern, Programmierern, Malern, Designern und Komponisten nicht erhaltenen Gelder sind ein Verlust nicht nur für sie persönlich, sondern auch für das ganze Land, meint man in den USA. Der Beitritt zur Konvention von Bern werde es erlauben, die Interessen der amerikanischen Inhaber von Urheberrechten in 24 Ländern zu schützen, mit denen die USA keine bilateralen Abkommen über den Schutz der Urheberrechte haben.

Die Schlußfolgerung ist klar: Durch den Beitritt zur Konvention von Bern erhoffen die USA vor allem, ihre Handelsbilanz positiv zu beeinflussen. Wie aber wird sich das auf unsere Handelsbilanz auswirken? Positiv oder negativ? Und wie stark? Schade, daß niemand bei uns sich das durchgerechnet hat. Doch wir sind davon überzeugt, daß die Bilanz zu unseren Gunsten ausfallen wird. Dafür sprechen insbesondere die Erfahrungen der Mitgliedschaft im Welturheberrechts-Abkommen, das sich für die UdSSR als materiell recht vorteilhaft erweisen sollte. Und außerdem setzen wir auf das riesige kulturelle und wissenschaftliche Potential unseres Landes.

schem Boden gesellten sich noch verschiedene Anhänger der fanatischen muslimischen Sekte der Wahhabiten aus Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern. Diese Meuchelmörder waren in den Landkreis Parwan eingedrungen und haben dort Mädchen im Alter zwischen 10 und 12 Jahren vergewaltigt. Danach gerieten etwa 200 afghanische Frauen in Verzweiflung und warfen sich, unsere Sitten und Gebräuche befolgend, in den Fluß, um sich das Leben zu nehmen.

Unsere Feinde wollen Afghanistan in einen Karawanenpfad verwandeln, über den sie Drogen nach Europa schleusen können“, sagt General Yaqubi. „Wir konnten viele Tonnen dieses teuflischen Rauschgifts abfangen, das von Verbrecherguppen der internationalen Mafia kontrolliert wird.“

Wir verfügen auch über sichere Hinweise dafür, daß unsere unversöhnlichen Gegner amerikanische Stinger- und englische Blowpipe-Raketen sowie moderne Explosivstoffe an Terror-Organisationen verkaufen, die in verschiedenen Kontinenten operieren. Somit werden die von uns erbeuteten Fliegerabwehrraketen und Tonnen von Sprengstoff das Leben von Menschen, die in von Afghanistan recht weit entfernten Ländern leben, schon nicht mehr bedrohen. Das ist, wenn Sie so wollen, unser Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Die besten Kräfte des Sicherheitsdienstes Afghanistans befinden sich unmittelbar an den Gefechtslinien. Die Kämpfer unserer Garde zur besonderen Verwendung waren an der Befreiung meiner Geburtsstadt Kunduz beteiligt, die in schändlicher Weise von Panikmachern und Feiglingen an den Gegner übergeben worden war. Jetzt sichern die Gardisten zusammen mit Einheiten der regulären Armee die strategisch wichtigen Straßen von Khayraton über Salang nach Kabul und von Kabul nach Jalalabad. Nicht nur die Sicherheitsorgane, sondern die ganze DVPA wurden im wesentlichen zu einer kämpfenden Partei. Über 60 Prozent unserer Parteimitglieder gehören den regulären militärischen Formationen und die übrigen verschiedenen Freiwilligeneinheiten an.

Auch meine Brüder sind an der Front, obwohl sie absolut friedliche Berufe haben. Der eine ist Magister der Philologie, der andere Physiker und der dritte Mitarbeiter des Staatsapparats...

...Von weitem sind die dumpfen Detonationen der Geschosse zu hören. An diesem Tag setzt der Raketenbeschuß auf Kabul früh ein, etwa um 6 Uhr morgens...

Wladimir Sewruk

Sonderkorrespondent
der „Iswestija“
Exklusiv für die NZ

KABUL-MOSKAU

Handel und Emigration

Jüdische Organisationen in den USA schlagen vor, den Jackson - Vanik - Stevens-Zusatzantrag außer Kraft zu setzen

Der Jackson - Vanik - Stevens-Zusatzantrag macht die Gewährung von Meistbegünstigungen im Handel mit den USA für die Sowjetunion von der Auswanderung von Juden aus der Sowjetunion abhängig und behindert damit die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Bemerkenswerterweise sind es führende jüdische Organisationen in den USA, die sich dafür einsetzen, daß diese Zusatzanträge annulliert werden.

Dieser Tage traf ich mit Seymour D. Reich, Vorsitzender von B'nai Brith International und der Konferenz der Präsidenten amerikanischer jüdischer Organisationen, zusammen.

Wovon haben Sie sich leiten lassen, als Sie vorschlugen, die Zusatzanträge außer Kraft zu setzen, und in welchem Stadium ist die Lösung dieser Frage jetzt?

Anfang des Jahres hat die jüdische Gemeinde in den USA damit begonnen, die Lage zu analysieren, und kam zu dem Ergebnis, daß der Augenblick gekommen ist, der Regierung und dem Kongreß der USA zu empfehlen, diese Zusatzanträge nicht weiter anzuwenden. Wir haben uns dazu entschlossen, weil inzwischen mehr Juden aus der UdSSR ausreisen können, und die Zusatzanträge damit gegenstandslos geworden sind. Wir haben uns vorsorglich mit Kongreßmitgliedern und Mitgliedern der Regierung beraten. Man kann sagen, daß eine Revision der jetzigen Politik begonnen hat.

Besteht nicht ein Grund, der Sie dazu bewegen hat, die bestehende Handelspolitik überprüfen zu lassen, in der Unzufriedenheit der amerikanischen Geschäftswelt? In der letzten Zeit mußte sie immerhin mitansehen, wie die UdSSR ihre Handelsbeziehungen zu Ländern Westeuropas und Asiens, also Konkurrenten für die Amerikaner auf dem Weltmarkt, ausgebaut hat.

Die amerikanische Geschäftswelt ist daran interessiert, daß die Regierung diese Zusatzanträge nicht länger anwendet. Dabei müssen allerdings noch viele die Auswanderung betreffende Fragen gesondert gelöst werden. Man kann aber durchaus sagen, daß die Geschäftsleute hier daran interessiert sind, den Handel mit der Sowjetunion auszubauen. Gleichzeitig möchte ich nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Geschäftsleute genau wissen, wozu diese Zusatzanträge einst verabschiedet worden sind.

Sie sagen, daß verschiedene Fragen im Bereich der Auswanderung noch ihrer Lösung harren...

Völlig richtig. Zum Beispiel hieß es, daß

die Sowjetunion ihre Ausreisegesetzgebung überprüfen will. Soweit mir bekannt ist, hat man die Verabschiedung eines neuen Gesetzes auf Ende September verschoben. Außerdem können nach wie vor über 400 Ausreisewillige die Sowjetunion nicht verlassen, weil sie in der Vergangenheit mit Staatsgeheimnissen in Berührung gekommen sind. Obwohl sie teilweise vor 25 Jahren das letzte Mal Zugang zu geheimen Informationen hatten, haben sie bis heute noch kein Ausreisevisum erhalten. Gorbatschow hat erklärt, daß für diesen Personenkreis vernünftige Wartezeiten juristisch abgesichert werden sollen. Die entsprechenden Rechtsnormen gibt es aber immer noch nicht. Wir sind auch nicht sicher, daß in nächster Zukunft solche Gesetze verabschiedet werden.

Nach den bei Ihnen jetzt geltenden Gesetzen müssen Ausreisewillige das Einverständnis ihrer Angehörigen vorweisen. Manchmal führt das zu Komplikationen, und aus unserer Sicht entspricht eine solche Praxis nicht den Verpflichtungen, die die Schlußbakte von Helsinki den Unterzeichnerländern auferlegt.

Was macht Ihnen größere Sorgen, wenn Sie versuchen, auf die Innenpolitik der UdSSR Einfluß zu nehmen: diejenigen, die ausreisen wollen oder die Befriedigung von amerikanischen politischen Ambitionen und Interessen amerikanischer Geschäftsleute?

Ich denke, daß in der Glasnost-Ära alle Völker nur gewinnen können, wenn Handel und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zunehmen, besonders wenn man berücksichtigt, daß es um die beiden Supermächte geht. In den USA existiert ein Verbot für den Handel mit Ländern, zu denen wir keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, und Beschränkungen für den Handel mit Staaten, in denen nach Auffassung der USA Menschenrechte verletzt werden. Das alles wird vom Kongreß gesetzgeberisch verankert. Die Gesetzgeber haben durch den Jackson-Vanik-Zusatzantrag auch ihrer Einstellung zur Handhabung der Auswanderung aus der UdSSR Ausdruck verliehen. Gegenwärtig nimmt die Auswanderung zu: Im letzten Monat sind unseren Informationen zufolge 4000 Personen ausgereist, so daß für das ganze Jahr mit 50 000 gerechnet werden kann. Das würde dem Rekord von 1979 gleichkommen. Von meiner Warte aus gewinnen alle, wenn die Auswanderung liberalisiert wird und der Handel zwischen unseren beiden Ländern zunimmt, die UdSSR und die USA, das amerikanische und das sowjetische Volk.

Wie stehen die amerikanischen

Gesetzgeber Ihrer Initiative gegenüber?

Die Gesetzgeber sind mit den Veränderungen zufrieden, die in der UdSSR stattfinden, insbesondere im Bereich der Auswanderung. Sie erwarten ihrerseits, daß diese Veränderungen, indem sie entsprechend juristisch fixiert werden, nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Soviel ich weiß, hat bis jetzt noch kein einziger Kongreßausschuß empfohlen, die Zusatzanträge zu annullieren. Alle schauen nach Moskau, weil sie wissen wollen, welche Gesetze die Regierung vorlegen wird und wie sie das neue sowjetische Parlament passieren.

Welche Auffassung hat die Regierung der USA dazu?

Mir sind keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Kongreß bekannt. Soweit ich sehe, kann man in dieser Frage von einer gemeinsamen Politik beider Parteien ausgehen.

Ich weiß, daß es so gut wie aussichtslos ist, die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen vorauszusagen. Es gibt zu viele objektive und subjektive Einwände. Was meinen Sie aber, wie lange sich die Überprüfung der Zusatzanträge noch hinzieht und von welchen Einwänden sie abhängt?

Die Entscheidung hängt von den Handlungen der sowjetischen Seite ab, unter anderem von der Verabschiedung eines Auswanderungsgesetzes und einer Verkürzung der Wartezeiten für alle, die in Geheimnisse eingeweiht waren.

Wie stellen Sie sich die weitere Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen vor? Was ist für eine stabile und normale Entwicklung erforderlich?

Glasnost hat vielen Veränderungen in der Sowjetunion auf den Weg geholfen. Diese Veränderungen machen sich auch in den Beziehungen zwischen unseren Ländern bemerkbar. Sobald sich die bilateralen Beziehungen verbessern, unterliegt es keinem Zweifel, daß auch der Handel davon berührt wird. Darüber hinaus muß man den amerikanisch-sowjetischen Handel meiner Meinung nach im Zusammenhang mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen betrachten. 1992 werden zum Beispiel die Beziehungen zwischen den EG-Ländern neu geordnet, und das wird den amerikanisch-sowjetischen Handel bestimmt beeinflussen. Ich möchte betonen, daß wir uns gegenwärtig nicht nur auf eine Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und den USA, sondern zwischen Ost und West insgesamt zubewegen.

Jewgeni Andrianow

NZ-Korrespondent
NEW YORK

Begegnung mit einem undurchdringlichen Zeitgenossen



Tatjana
Iwanowa

Wie kommt es eigentlich, daß Genossenschaftler, Schlägertypen, Autonome und Drogenabhängige im öffentlichen Bewußtsein ein und dasselbe Schreckgespenst darstellen?

Ein neues Wohngebiet in Moskau. Eine neue Bibliothek. Eine Begegnung mit Lesern. Fragen, Diskussionen, Verse, erregte Redebeiträge. Worüber wir auch immer sprechen, immer kommen wir auf ein und dasselbe zurück: den persönlichen Beitrag zur Perestroika, „die von jedem einzelnen abhängt...“ Die Menschen sehen, wie die persönlichen, bisweilen titanischen Bemühungen vieler prominenter Persönlichkeiten nicht das gewünschte Ergebnis bringen, und fragen sich, ob ihre eigenen weitaus bescheidenen Möglichkeiten der Perestroika überhaupt etwas nützen können. Hier und da im weitläufigen, aber vollbesetzten Saal ist der sakramentale Stoßseufzer zu hören: „Was kann ich denn allein schon ausrichten?“

Die romantische Periode der Perestroika sei zu Ende, heißt es, jetzt beginnt die Zeit der praktischen Tätigkeit. Man kann aber nur dann gut arbeiten, Gutes tun und praktische Fragen erfolgreich lösen, wenn man inspiriert ist. Von Begegnungen wie dieser, über die ich hier berichte, verspricht man sich offensichtlich eben diese Inspiration.

* Das Schicksal der Perestroika hängt von jedem einzelnen ab... Selbst von jenem Zeitgenossen, der sich mit aufeinander gepreßten Lippen über zwei Stunden ausgeschwiegen, keinen Gesichtsmuskel bewegt und selbst seine Sitzhaltung nicht variiert hat. Als man im Begriff ist, auseinanderzugehen, steht er plötzlich auf: „Es gibt da ein paar Fragen.“ Alle setzen sich wieder hin. Nach wie vor ist seinem Gesicht, seinen Augen, seiner Stimme nicht die geringste Regung zu entnehmen. Er versucht lediglich, sich kurz und bündig auszudrücken:

„Erstens. Was ist das für eine Demokratie, wenn es bei uns drei Prozent Millionäre gibt und 97 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Zweitens. Was ist das für eine Perestroika, wenn es jeden Tag mehr genossenschaftliche Spekulanten, Autonome und Schlägertypen gibt. Drittens. Wem nützt diese Perestroika, wenn das Moskauer Stadtzentrum für 132 000 Dollar verkauft wird. Viertens. Stalin

ist seit 36 Jahren tot, aber eure Glasnost lastet ihm jede Schandtats an, obwohl klar ist, daß unter ihm die Industrialisierung, die Kollektivierung durchgeführt und der große Krieg gewonnen und das Land nach den Kriegszerstörungen wieder aufgebaut wurde. Die Antwort können Sie sich sparen.“

Der undurchdringliche Zeitgenosse verließ ohne sich zu verabschieden den Saal der Bibliothek. „So warten Sie doch!“ rief ihm jemand hinterher. „Woher wissen Sie denn, daß das Stadtzentrum von Moskau verkauft wurde?“ „Das wissen doch alle“, antwortete er. „Wem denn? Und was wird verkauft, der Kreml, der Rote Platz oder die Gorkistraße?“ – „Sie wollen der UNESCO den Kreml verkaufen, aber die UNESCO will ihn nicht haben. Den Rest hat man den Amerikanern verkauft.“ – „Um Himmels willen, was erzählen Sie denn da...“ „Mit Ihnen rede ich überhaupt nicht. Noch nicht. Wenn die Zeit kommt, sieht das Gespräch mit Ihnen anders aus. Sie werden für alles geradestehen.“

Danach ging er dann wirklich. Keiner versuchte ihn mehr aufzuhalten.

Man verabschiedete sich heiter. „Finsterstes Mittelalter“, pflichtete man sich gegenseitig bei, „Die Spinner sterben nicht aus“, „Der letzte Stalinist hat noch mal Laut gegeben“, „Droht auch noch, der Clown.“ Man schüttelte sich die Hände, lächelte zum Abschied und trat gemeinsam auf den sauberen, von alten, duftenden Linden umstandenen Vorplatz hinaus.

Ich setzte mich in den leeren Bus. „Die Antwort können Sie sich sparen“, hatte er gesagt, der Undurchdringliche. Also ist er sich bei allem, was er sagt, völlig sicher. Finsterstes Mittelalter? Aber auch durchaus aufgeklärte Autoren zählen, wenn sie in ihren öffentlichen Meinungsäußerungen auf den Notstand des Alltags zu sprechen kommen, „Genossenschaftler, Rowdys, Autonome, Drogenabhängige und Prostituierte“ auf. Einige Politiker, Publizisten und sogar kandidierende Volksdeputierte sind der Meinung, daß man diese gesellschaftlichen Kategorien im selben Atemzug nennen darf. „Sie haben

den Amerikanern das Zentrum verkauft.“ Das ist natürlich Unfug. Geht aber dieser Unfug nicht auf die hitzigen Redebeiträge von Schriftstellern zurück, die sie vor verschiedenen Auditorien halten und die in verschiedenen Presseerzeugnissen gedruckt werden, in denen sie sich über das Verhängnis auslassen, das joint ventures über unser Vaterland bringen? Wir müßten uns unverzüglich gegen die Weltwirtschaft abschirmen, wenn wir unsere Identität bewahren wollen... Stammt nicht aus jenen publizistischen Artikeln, in denen konsequent und hartnäckig nachgewiesen wird, wie verhängnisvoll Genossenschaften, Pachtverträge und Formen individueller Erwerbstätigkeit für den Sozialismus sind, die Idee von der schon existierenden Spaltung unserer Gesellschaft in Millionäre und Arme?

Dafür schließlich, daß unser Undurchdringlicher solch geschliffene Formulierungen über Väterchen Stalin ablassen konnte, haben viele Schriftsteller und Publizisten redlich genug gewirkt, daß, würden sie jetzt zum Luftholen einhalten, das Erarbeitete für eine Ewigkeit reichen würde. Aber sie halten nicht ein...

Solch undurchdringliche Zeitgenossen sind wirklich nicht verantwortlich. Verantwortung tragen die Denkenden, solche, für die das Wort Arbeit etwas Konkretes, Lebensinhalt und Waffe im Kampf ist. Nicht nur die sind verantwortlich, die schreiben. Auch diejenigen, die ihre Zeitungsseiten für Artikel zur Verfügung stellen, die dem Geist und den Ideen des Umbaus zutiefst widersprechen.

Während der Bus mich zur U-Bahn brachte, fragte ich mich, wohin er denn nun aufgebrochen war, unser undurchdringlicher Mitbürger. Zu seinen Leuten. Zu ihnen, mit denen er jetzt beratschlagt, wie er, „wenn es soweit ist“, mit uns anderen allen „reden“ wird. Er scheint wirklich sicher zu sein, daß die Zeit für ihr „Gespräch“ kommt. Ich hätte den Leuten doch besser sagen sollen, daß der Satz „Die Perestroika hängt von jedem einzelnen ab“ bedeutet, daß sie auch von solchen wie dem Undurchdringlichen abhängt. Und was ist, wenn nicht alle das verstehen? ■

Die Lawine geht nieder

Wohin kann die Nationalitätentrennung führen? Unsere Autoren, eine Soziologin und ein Wirtschaftsfachmann, legen ihre Prognosen für die weitere Entwicklung vor

Xenia Mjalo, Pjotr Gontscharow

Thomas Hobbes nannte in seinem düsteren Traktat „Der Leviathan“ den Staat eine „notwendige Ungerechtigkeit“, die den privaten Egoismus jedesmal dort zügeln muß, wo er für die menschliche Gemeinschaft insgesamt zerstörerisch wirkt.

In unserer Entwicklung haben wir in kürzester Frist verschiedene historische Phasen durchlaufen, unter anderem auch einen Abschnitt, in dem unser „Leviathan“ grausam triumphieren konnte. Jetzt aber sind wir in ein Stadium von psychologisch nur zu verständlichen gegen den Staat gerichteten Affekthandlungen eingetreten. Die Reaktion auf die autoritäre Herrschaft muß genauso groß sein wie der Druck, den diese ausgeübt hat. Die Kraft, die die Feder zum Geradwerden braucht, entspricht der Kraft, mit der sie zusammengedrückt wurde. Das ist ein gefährlicher Prozeß, der schon so manche Gesellschaft in eine Schaukelbewegung zwischen Chaos und Totalitarismus getrieben hat.

Gegenwärtig sieht die Bevölkerung in der Anwesenheit des Staates in den Konfliktzonen überwiegend staatliche Präsenz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Deshalb prägt jede Spannung in den Beziehungen zu diesen Ordnungskraften auch die entsprechende Einstellung zum Staat und vertieft damit die zentrifugale Tendenz.

Welche Zukunft erwartet uns, wenn eine solche sich selbst genügende Zentrifugalkraft schon keine Reaktion mehr ist, sondern dem neuen Mechanismus unserer innerstaatlichen Beziehungen zu Grunde gelegt wird? Wenn wir eine Antwort auf diese Frage haben wollen, müssen wir uns die Flüchtlinge genauer ansehen. Sie sind doch die ersten, die die Früchte der in unserem Land immer mehr an Kraft gewinnenden Tendenz ernten, einen komplizierten ganzheitlichen multinationalen Organismus in einen „einzelligen“ Organismus, in einen Verband von nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit selbstbestimmten Territorien zu transformieren.

Im Grunde genommen erlauben ihre Erfahrungen schon heute, die wesentlichen Züge eines allgemeinen Modells herauszuschälen, auf denen solche Theorien beruhen.

Neue Feindbilder

Offensichtlich ist die Schwächung oder Außerkraftsetzung von staatlichen Garantien für einen Bürgerfrieden und die bürgerlichen Rechte eines bestimmten Teils der

Bevölkerung nicht mehr möglich, ohne das Gebäude der Beziehungen zwischen den Nationalitäten in seiner bisherigen Form zu zerstören und ohne den Anschein einer moralischen Rechtfertigung für die neue gesetzwidrige Ordnung zu erwecken.

Von größter Bedeutung ist deshalb in einem solchen Prozeß das eigenwillige Szenarium, demzufolge die normalen Wechselbeziehungen außer Kraft gesetzt werden und das sich in einer Situation, da aus beiden Republiken in Transkaukasien Flüchtlinge vertrieben werden, deutlich abzeichnet.

Im ersten Abschnitt, da die gewohnten Normen im Bewußtsein der Menschen noch vorherrschen, besteht die vorrangige Aufgabe darin, diese zu eliminieren und Angehörige des jeweils anderen Volkes als Feinde zu präsentieren.

Am effektivsten läßt sich das erreichen, indem man das Thema der „historischen Schuld“ der nationalen Minderheit gegenüber der Mehrheit, der nichtangestammten Bevölkerung gegenüber der angestammten Bevölkerung variiert, beziehungsweise sie kollektiv für etwas verantwortlich zu machen, was Angehörige dieser Minderheit häufig sogar recht weit vom Brennpunkt des Konflikts entfernt anrichtet haben.

Diesem Zweck dienen Gerüchte, Erfindungen und eine affektierte Neubelebung der Erinnerung an historische Kränkungen, ganz zu schweigen von der Intensität, mit der Informationen über dramatische oder blutige Zusammenstöße zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlachtet werden.

Die Flüchtlinge aus Sumgait erinnern sich zum Beispiel daran, daß bei dem Massenaufbruch vom 27. Februar die Menge auf dem Platz durch Berichte von „Augenzeugen“ über abgeschnittene Köpfe und Arme von Aserbaidshanern aus Karabach aufgewiegelt worden war. Der Vertreibung von Aserbaidshanern aus Armenien wiederum ging mit seltsamer Verspätung eine Welle von Informationen über Einzelheiten des Blutbades von Sumgait voraus. Entsprechende Videokassetten werden erstaunlich schnell verbreitet.

Als eine weichere, letzten Endes aber nicht weniger destruktive Modifizierung desselben Szenariums kann man die intensive Arbeit betrachten, die im Baltikum geleistet wird, wo man das abstoßende Bild des „russischen Migranten“ an die Wand malt. Dieser ist natürlich für 1939 und die Deportationen nach dem Krieg verantwortlich.

Auf der Grundlage einer solchen Information und der durch sie geschaffenen Stim-

mungen kann man schon eine elementare Gewalt entfesseln, eine Menge, die moralisch bereit ist, die „entscheidenden“ Leute auszusondern und als Stellvertreter für die gewaltsam abzutrennende ethnische Gruppe einem spürbaren, bisweilen auch gewaltsamen physischen Druck auszusetzen.

Gewaltakte, Drohungen, Beleidigungen, der psychologische Hintergrund für mögliche Vergeltungsaktionen und die Pogromstimmung stellen die Betroffenen vor die Wahl, wegzuziehen oder sich dem Risiko auszusetzen, in einem sozialen Vakuum zu leben, weil die angestammte Bevölkerung alle Beziehungen zu ihnen abbricht.

Der Auszug von armenischen und aserbaidshanischen Flüchtlingen zeichnete sich unter anderem schon ab, als man sich weigerte, den „Fremden“ Lebensmittel, selbst Brot, zu verkaufen. Nicht selten lautete der Begleittext dazu: „Aram (oder Mamed), ich weiß ja, du warst ein guter Nachbar, aber jetzt habe ich Angst. Tut mir leid...“

In den schlimmsten Fällen reißen die familiären Bande. Wir erinnern uns noch gut an eine völlig verzweifelte Armenierin: Ihre drei Kinder sind zur Hälfte Aserbaidshaner. Sie hat sich von ihrem Vater, einem „Feind des armenischen Volkes“, getrennt. Aber wie soll sie jetzt das aserbaidshanische Blut in den Adern ihrer Kinder auswechseln?

Plünderung der Flüchtlinge

In der ersten Zeit konnten die Auswanderer ihre Eigentumsrechte noch wahrnehmen und ihre materiellen Ressourcen mobilisieren.

Sobald aber der Auswandererstrom zunimmt, wird er im Bewußtsein der zurückbleibenden Mehrheit zu einem indirekten Schuldbekenntnis der Flüchtlinge. Die gegen sie gerichtete Aggression nimmt zu, und das unweigerliche Auftreten eines Flüchtlingsstroms aus dem Territorium, wohin die Flüchtlinge die Bürde ihrer Kränkungen mitnehmen und wo wiederum schnell eine Reaktion von Solidarität und Rache entsteht, wird als neuerliche Beschimpfung der eigenen Stammesgenossen aufgefaßt.

Die soziale Atmosphäre wird angeheizt, und es beginnt die zweite Phase des aktiven Migrationsprozesses, die Flucht.

Die Ereignisse in Transkaukasien haben gezeigt, daß sich zu diesem Zeitpunkt die Schattenökonomie und das von ihr abhängige kriminelle Milieu mit ihrer ganzen Macht aktiv in diesen Prozeß einschalten.

Auch hierbei gibt es eine gewisse Evolution. Zunächst verleiht man kriminellen Handlungen einen pseudogesetzlichen Anstrich: Zum Schein werden Wohnungen getauscht und der Besitzstand wird für ein geringes Entgelt aufgekauft.

Sobald aber Zehntausende von Menschen den Fluchtweg antreten, kommt es zu offenen Gewalttaten, Diebstählen und Raub im großen Stil.

Es besteht keine Notwendigkeit mehr, sich hinter dem Gesetz zu verbergen. Nicht ein-

Schluß. Anfang siehe Nr. 21

mal mehr gefälschte Dokumente werden für den neuen Besitz ausgetauscht, sondern die Eigentumsbriefe des Vertriebenen, manchmal auch seine persönlichen Dokumente, werden vernichtet. Das geschieht alles, damit ein Bürger, den es de facto schon nicht mehr gibt, nun auch de jure aufhört zu existieren.

Stadtbewohner, die auswandern, sind rechtlich etwas besser gestellt als Landbewohner (besonders die Aserbaidshaner), die in der Regel der Willkür von Kriminellen ausgeliefert sind. Diese Willkür äußert sich allein schon in den Preisen, für die von den Flüchtlingen Vieh, Häuser und kultivierter Boden aufgekauft werden, wobei dieser Aufkauf in vielen Fällen unter direkter terroristischer Druckausübung, unter Vergeltungsdrohungen und im wahrsten Sinne des Wortes bei vorgehaltener Waffe vonstattengeht. Die Preise liegen um das 10- bis 20fache unter den Marktpreisen, so daß ein ehemaliger Eigentümer mit Mühe und Not höchstens noch 5 Prozent des realen Kaufpreises für seinen zurückgelassenen Besitz erhält.

Der Gesamtwert des den Flüchtlingen abgehandelten Eigentums auf den Territorien der Aserbaidshanischen SSR und der Armenischen SSR entspricht einer Summe zwischen 1,7 und 3,4 Milliarden Rubel.

Die Ausplünderung der Flüchtlinge findet damit noch kein Ende. Sobald sie nämlich in neue Siedlungsgebiete gelangen, müssen sie erhebliche Ausgaben tragen, wozu sie in der Regel nicht in der Lage sind. Dabei laufen sie Gefahr, kriminellen Elementen der „zweiten“ Garnitur zum Opfer zu fallen, die ihnen anbieten, Boden, Häuser und Inventar zu Knebelbedingungen auf Raten zu kaufen. Damit eignet sich die Unterwelt nicht nur durch massenhaft betriebene Ausplünderung ein beachtliches Vermögen an, sondern sichert sich darüber hinaus noch einen Gewinnzuwachs für die Zukunft.

Ein Teil der Emigranten versucht sich dem Einfluß der örtlichen Mafia zu entziehen und wandert in die südlichen Regionen der RSFSR ab. Die Nachfrage nach Häusern und Baugrundstücken ließ aber auch hier die Preise für Immobilien und Lebensmittel in die Höhe schnellen, was seinerseits zu einer negativen Einstellung in der Öffentlichkeit gegenüber den Zuwanderern beitrug. Die gegen sie gerichteten Vorbehalte werden nun unweigerlich auch auf die hier schon traditionsgemäß ansässigen Angehörigen derselben ethnischen Gruppe übertragen.

Damit entstehen wiederum Bedingungen dafür, daß der bereits beschriebene Absonderungsprozeß sich auf



Nationale Probleme in den baltischen Republiken haben bereits zu einer krassen Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte geführt

Foto: Sergej Podlesnow

dem neuen Territorium wiederholt. Wenn man berücksichtigt, daß die Abwanderer aus Transkaukasien hier recht umfangreich vertreten sind, kann man sich auf die mögliche Resonanz, eine Zunahme der Spannungen in den russisch-armenischen, beziehungsweise russisch-georgischen Beziehungen, gefaßt machen.

Die Isolationsstrategie

Die Nationalitätentrennung ist also in der Praxis nicht ganz so einfach. Dennoch gewinnt in der Sowjetunion jetzt eine Tendenz an Einfluß, die auf eben diese Variante einer Lösung der Probleme und Widersprüche hinausläuft, die sich in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten angestaut haben.

Unter Bedingungen eines starken und organisch gewachsenen Ganzen hätte die Orientierung auf verschiedene ethnokulturelle Entwicklungsmodelle an sich eine positive Funktion und könnte die negativen Aspekte einer übermäßigen Zentralisierung und Uniformität aufheben. Jetzt aber, da das

Zentrum spürbar an Bedeutung verliert, da Idee und Vorstellung vom Ganzen zerfließen, birgt eine solche Tendenz ohne Frage die Gefahr einer Eskalation der endlos vielen zwischenethnischen Konflikte in sich, die unweigerlich auftreten, wenn der gemeinsame Nenner bei aufeinander prallenden Interessen verschwindet.

Schon sind unsichtbare und auf keiner Karte vermerkte aber durchaus reale Zollschranken zwischen den baltischen Republiken und dem übrigen Teil des Landes errichtet. Dabei ist es ziemlich beschämend, die Frage mit Schweigen zu übergehen, inwiefern es überhaupt noch demokratischen Normen entspricht, beim Kauf von Wurstchen oder Unterwäsche den Paß vorzeigen zu

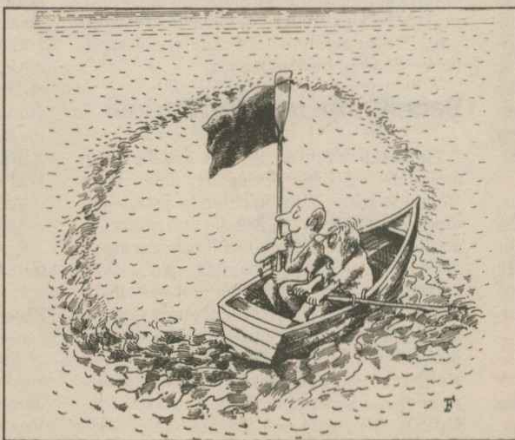
müssen. Zumal, wenn damit die Frage nach den möglichen Folgen der unversellen Anwendung eines solchen Prinzips in den Beziehungen zwischen verschiedenen Regionen und ethnischen Gruppen unseres Landes im Raum steht. Stellenweise kommt es schon zu spontanen Gegenreaktionen, so daß wir dieses Problem nicht weiter verschweigen dürfen.

Wenden wir uns einmal von der heute so beliebten Sicht auf die Vergangenheit unter der Fragestellung „Was wäre gewesen, wenn...“ ab und versuchen, unter der Fragestellung „Was wäre, wenn...“ einen Blick in die Zukunft zu werfen, die als ein Bündel von Möglichkeiten vor uns liegt. Also, was wäre, wenn...

... die Zerstörung der zwischenethnischen Beziehungen im großen Stil letztendlich in einer der baltischen Republiken, etwa in Estland, stattfände? Dann würde sich ein Flüchtlingsstrom von bis zu einer halben Million Menschen auf das Territorium der RSFSR ergießen. Mit dem Arbeitsaufwand dieser Menschen wäre in der von ihnen verlassenen Republik ein soziales, wirtschaftliches und Vermögen darstellendes Lebensmilieu im Wert von zig Millionen Rubel geschaffen worden, das ihnen in keiner Form erstattet wird.

Vermögen läßt sich ausführen, das soziale Umfeld nicht. Selbst bei einem relativ störungsfreien Ablauf der Auswanderung kommt es zu einer spontanen Aneignung des Territoriums, das die Flüchtlinge verlassen, eines Teils ihres Vermögens und der allgemeinen Existenzbedingungen von außerordentlich hohem Wertumfang.

Deshalb wird das hartnäckige Verlangen nach national-territorialer Selbständigkeit unweigerlich zu heftigen Streitigkeiten zwischen den einzelnen Völkern um den „Anteil“ am gemeinsamen Nachlaß führen. Diese Streitereien werden keine einzige Republik verschonen, denn eth-



Zeichnung: Jerzy Flisak (VR Polen)

nisch „reine“ Territorien gibt es bei uns so gut wie nicht.

„Einwanderungsgebiete“ der russischsprachigen Bevölkerung aus der Estnischen SSR würden die Stadt und das Gebiet Leningrad, die Gebiete um Pskow und Nowgorod und die nördlichen Gebiete von Belorussland werden, wo die entsprechenden Gegenmaßnahmen nicht lange auf sich warten lassen dürften.

Der folgende Akt in diesem Drama muß logischerweise der Abbruch jeder Kommunikation sein. Prozesse dieser Art wurden uns bereits in Armenien und Aserbaidschan, besonders in dem Autonomen Gebiet Nagorny Karabach, vorgeführt. Hier kann man die Abgrenzung schon zwischen einzelnen Dörfern beobachten.

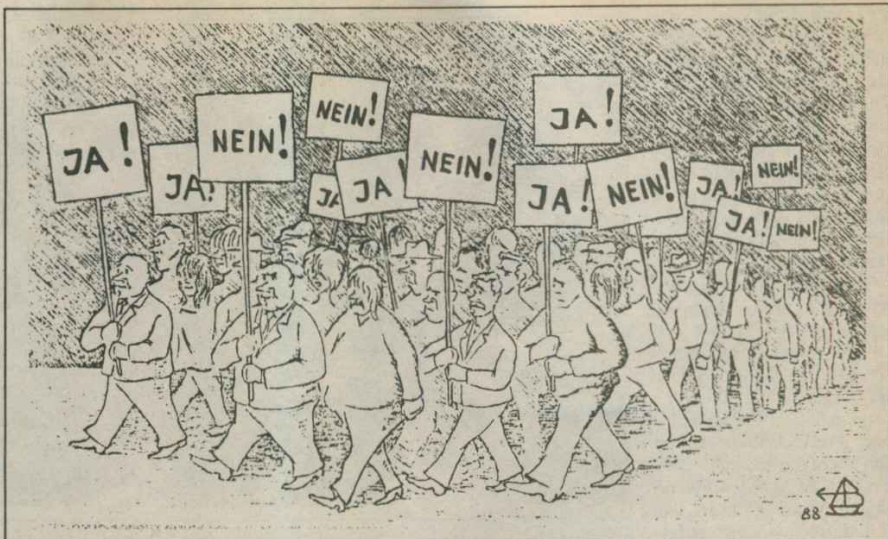
Sobald eine Umsiedlungswelle von diesen Ausmaßen in ethnisch nicht „reine“ Territorien brandet, wird man sich unweigerlich mit der Frage konfrontiert sehen, wo alle diese Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Das wiederum wird eine Metamorphose der öffentlichen Meinung nach sich ziehen: Die Angehörigen vieler nationaler Minderheiten im Zielgebiet werden nun als „Gäste“ auf fremdem Territorium angesehen werden, und der traditionelle Eigentümer-Volksstamm macht seine Rechte an dem Siedlungsgebiet dieser Minderheiten geltend.

Der Umfang der in diesen Prozeß einbezogenen Umsiedlerströme wird zunehmen. Die Territorien werden sich mit Grenzen der Entfremdung überziehen, wirtschaftliche und Verbindungen jeder anderen Art werden abreißen.

Unweigerlich wird das Territorium, auf dem die Flüchtlingsströme zum ersten Mal aufgetreten sind, nachdem man eine Zeitspanne der Ethnokratie durchlaufen hat, in Anarchismus beziehungsweise Autokratie verfallen, weil es aufgrund seiner Kommunikationslücken nicht einmal mehr den „Heren“ des jeweiligen Territoriums einen erträglichen Mindeststandard wird sichern können.

Die andere Variante könnte so aussehen: Man errichtet innere Zollschränken, indem man Beispiel Konsumgüter nur noch an Personen verkauft werden, die auf diesem Territorium heimisch sind. Diese Maßnahme würde einen sozialen Vorteil bedeuten, der schon in keinerlei Beziehung zur leistungsbezogenen Entlohnung mehr steht. In diesem Gebiet hätte der Rubel für einen Ortsansässigen mehr Kaufkraft als anderswo.

In dieser Situation ist durchaus denkbar, daß die Produzenten von Gewebe für Unterwäsche in Blagowestschensk nicht mehr geneigt sein könnten, ihre Erzeugnisse an Trikotagenbetriebe in Estland zu liefern, wo sie keine Unterwäsche mehr kaufen dürfen, und daß die Baumwollproduzenten in Mittelasien und Aserbaidschan ihre materiell-technischen Beziehungen zu Blagowestschensk abbrechen. Kann man dann nicht auch die einheitliche Stromversorgung des Landes, die Erdgas- und Erdölpipelines blockieren?



Zeichnung: Andrej Wansowitsch

Offensichtlich geht das nicht. Dabei könnten aber die Gebiete, die Energie und Rohstoffe liefern, ebenfalls ihre Rechte anmelden.

Ohne einen erkennbaren Prozeß der politischen Zerstörung wäre der Staat von einem Netz neuer Zollschränken überzogen, die Kommunikation damit auf seinem ganzen Territorium unterbrochen.

Beide hier betrachteten Szenarien machen deutlich, daß ein Territorium, das Ethnokratie für sich in Anspruch nimmt, eine dritte Variante anbieten muß, wenn es sich nicht in eine aussichtslose Lage hineinmanövrieren will.

Eine solche Variante wird von den extremen Flügeln der nationaldemokratischen Bewegung schon durchgespielt. Die Zerstörung der Kommunikation im Innern soll durch die Konstruktion von Verbindungen nach außen kompensiert werden. Damit treten Modelle in den Vordergrund, die einen unabhängigen Zugang jedes einzelnen Territoriums zur internationalen Wirtschaftsgemeinschaft vorsehen. Die entsprechenden Modelle liegen bereits in der Schublade, und obwohl sie gesondert analysiert werden müssen, dürfte es schon jetzt keinem Zweifel unterliegen, daß die Voraussetzung für ihre praktische Umsetzung vor allem in der politischen Desintegration des existierenden staatlichen Ganzen bestehen wird.

Demokratie und Territorium

Unmerklich und schnell hat sich die allgemeindemokratische Bewegung, unter deren Vorzeichen der Reformprozeß in der Sowjetunion einsetzte, in ein Bündel von nationaldemokratischen Bewegungen transformiert, die einen raschen zahlenmäßigen Zuwachs verzeichnen. Die politischen und wirtschaftlichen Grundaussagen dieser Nationaldemokratie sind im großen und ganzen bereits formuliert und in der Abschlusserklärung der Konferenz von Vertretern der nationaldemokratischen Bewegungen der Völker der UdSSR, die am 24. und 25. September 1988 in Riga stattfand, ausführlich dargelegt

worden. Darin heißt es unter anderem:

„Wir, die Teilnehmer der Rigaer Konferenz, fordern von der Sowjetregierung: eine genaue Definition der Staatsbürgerschaft für jede Republik; eine Zugangsbeschränkung für Angehörige anderer Nationalität, die in der Republik ihren ständigen Wohnsitz nehmen wollen, und in einzelnen Fällen eine Zugangsbeschränkung und Rücksiedlung für einen Teil der Bevölkerung; die Präzisierung der Grenzen aller nationalen Republiken und autonomen Gebiete nach ethnischen Merkmalen... Wir meinen, daß die Erfüllung dieser Forderungen nicht möglich ist ohne die volle politische und wirtschaftliche Dezentralisierung der Union der SSR, ohne die Garantie eines wirklichen Rechts für jede **angestammte Nation und nicht die Bevölkerung der Region** (Hervorhebung von den Autoren) auf politische Selbstverwaltung.“

Es ist ganz offensichtlich, daß die Autoren dieses Dokuments, indem sie von Rücksiedlung sprechen, darunter nur die Deportation von „Fremden“, in erster Linie (aber nicht nur) von Russen, aus ihren Territorien verstehen, ohne im geringsten die Möglichkeit einer ethnischen Rückwanderung aus traditionell von Russen besiedelten Regionen als Reaktion darauf in Betracht zu ziehen. Unberücksichtigt bleibt auch die Variante, daß es unweigerlich zum Konflikt zwischen mehreren Völkern kommen wird, sobald sie ein und dasselbe Territorium sowie den Status der autochthonen Bevölkerung für sich in Anspruch nehmen. Beides wird mit großer Wahrscheinlichkeit eintreten.

Angenommen, die Ereignisse entfalten sich nach Prinzipien, wie sie der Sekretär des ZK der KP Estlands, Mikk Titmaa, formuliert hat: „... Wir zwingen niemanden, Bürger der ESSR zu werden. Ein Teil der Zuwanderer kann seinen Aufenthalt hier als zeitweilig betrachten...“

Auf dem angestammten Grund und Boden einer einzigen Nation kann es keine Gleichberechtigung zwischen allen Nationen geben. Vielleicht eine Gleichberechtigung zwischen Individuen, denn die Bürgerrechte gelten für

alle gleich, aber die Rechte einer Nation haben damit nichts zu tun.“

In diesem Fall kann sich unter dem Druck der nationaldemokratischen Bewegung von der Peripherie her eine Situation ergeben, in der die nationalen Rechte der jeweiligen ethnischen Gruppe streng an das Territorium gebunden werden. Damit würde auch der großrussische Ethnos unweigerlich in den Prozeß der territorialen Selbstbestimmung hineingezogen werden. Das ist um so wahrscheinlicher, als das russische Volk jetzt in den Unions- und autonomen Republiken, in der nationaldemokratischen Ideologie besonders, und das oft negativ, mit dem existierenden Staat identifiziert und als privilegiertes Subjekt dieses Staates betrachtet wird.

Bei einer gewissenhaften Einstellung zu dieser Frage würde man wohl kaum behaupten können, daß man in den letzten sieben Jahrzehnten die kulturellen, ökologischen, konfessionellen, wirtschaftlichen und demographischen Interessen der Russen stärker berücksichtigt hätte als die Interessen anderer Völker. Massenideologien und erst recht Affekte neigen wenig zur Gewissenhaftigkeit, und deshalb folgt die entsprechende psychologische Reaktion auf den anwachsenden ethnokratischen Druck auf dem Fuße. Die Tendenz zur nationalen Selbstbestimmung nimmt auch im russischen Umfeld rasch zu, zumal die RSFSR heutzutage von vielen nicht als der Russische Staat, sondern eben als eine Föderation aufgefaßt wird. Man sollte annehmen, daß die Konsequenzen einer Selbstabgrenzung des größten unser Land besiedelnden Volkes für die Union insgesamt keines weiteren Kommentars bedürfen.

Gegen den Strom der Zeit

Nicht ganz in dieser Dimension, aber hinreichend akut und in der Tendenz endlos eskalierend steht die Frage der Selbstbestimmung für verschiedene ethnische Gruppen in vielen Unions- und autonomen Republiken, besonders dort, wo verschiedene Völkerschaften im Verlauf der Geschichte gleichzeitig oder abwechselnd gelebt haben.

In Moldawien beispielsweise leben schon seit vielen Jahrhunderten Moldawier, Ukrainer, Polen, Juden, Russen, Zigeuner, Hagausen und Bulgaren nebeneinander. Leserzuschriften sprechen dafür, daß heute schon fast jede der genannten Völkerschaften als Reaktion auf ethnokratische Bestrebungen bereit ist, Autonomie für sich zu fordern.

Auf dem Territorium der Krimhalbinsel siedelten Taurier, Kimmerer, Skythen, Griechen, Slawen, und im 14./15. Jahrhundert tauchten die Tataren auf.

In der heutigen ASSR der Mari lebten Hasaren und Kama-Bulgaren, im 16. Jahrhundert kamen Russen dorthin. Aufzählungen dieser Art könnte man noch endlos lange fortsetzen, denn nirgendwo in unserem weiträumigen Land finden wir ein Territorium, auf dem seit Urzeiten bis auf den heutigen Tag nur eine und dieselbe ethnische Gruppe gelebt hätte.

Dazu kommt noch folgende Tatsache. Durch die stürmische Urbanisierung des Landes wurden in den letzten Jahrzehnten die Völker dermaßen stark vermischt, daß heute in vielen autonomen Gebieten nur noch eine Minderheit zur autochthonen Bevölkerung zählt. Insofern als wir alle Bürger der UdSSR bleiben und nicht einzelner dazugehöriger Territorien, besteht das Problem lediglich darin, gleichzeitig mit der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten, die außerhalb ihrer Republiken leben, ihre Rechte auf Bewahrung von Kultur, Sprache usw. zu garantieren.

Wenn sich jedoch die Tendenz zur Ethnokratie durchsetzt, könnte infolgedessen sehr schnell zunehmender Druck auf Völkerschaften in den Gebieten, in denen sie jetzt gerade leben, ausgeübt werden. Die Zahl der ethnischen Migrationsbewegungen in die verschiedensten Richtungen wird sprunghaft ansteigen. Wo soll dieser Prozeß zum Stillstand kommen?

Wollte man der Logik der Nationaldemokraten folgen, müßten auch die Australier europäischer Abstammung ihren Kontinent verlassen, denn die meisten von ihnen sind erst im 19. Jahrhundert dorthin ausgewandert. Und als die „Mayflower“ die ersten englischen Siedler auf das Territorium der heutigen Vereinigten Staaten brachte, waren längst Russen nach Sibirien gegangen.

Wenn man dieser Logik weiter folgt und gegen den Strom der Zeit anschwimmt, kann man allenfalls in die Epoche schrecklicher, gleichsam tektonischer Erschütterungen aufsteigen, wie sie die Ethnogenese und die Große Völkerwanderung begleitet haben.

Glasnost und Rechtsschutz

Im Zuge der territorialen Neuverteilung der Völker unseres Landes kann aus dem Feld einer potentiellen Zusammenarbeit sehr schnell ein Schlachtfeld, ein Schauplatz der Rivalität zwischen den Völkern werden. Epochen einer solchen Rivalität kennen keine demokratischen Normen, keine übermäßige Sorge um die humanitären Folgen ihrer Tätigkeit. Das beweisen die von der Gesellschaft vergessenen Flüchtlinge aus Transkaukasien, obwohl die Ausmaße dieser sozialen Katastrophe schon längst dazu angetan sind, darin ein Problem für die ganze UdSSR zu sehen.

Leider war die Öffentlichkeit wohl der Ansicht, daß die vernichtende Kritik der Vergangenheit die Vermeidung von Fehlern in Gegenwart und Zukunft garantiere. In letzter Zeit läßt sie immer häufiger die Neigung erkennen, alarmierende und selbst dramatische Erscheinungen des heutigen Tages als „Schaum“ (ein Wort, das sich wie überhaupt jedes Wort, mit dem man alles „erklären“ kann, auf einmal ungewöhnlicher Beliebtheit erfreut) oder obligatorisches Lehrgeld der Perestroika abzutun. Von hier ist es nicht mehr weit zu dem bekannten Ausspruch „Wo gehobelt wird, fallen Späne“. Eine solche Bereitschaft, „Lehrgeld“ zu zahlen, bereitet den Boden für möglicherweise noch größere Erschütterungen in der Zukunft.

Heute kann es nur einen Weg geben: eine Rechtssicherung für die Leidtragenden, die Wiedereinsetzung in ihre bürgerlichen Rechte und eine Entschädigung für den Verlust, den sie erlitten haben. Es ist jetzt Aufgabe der entsprechenden Instanzen, Ausmaße und Umstände dieses Verlusts zu bestimmen. Es muß klar sein, daß man es nicht bei der Gründung eines weiteren „Hilfsfonds“ bewenden lassen darf. Diese Menschen sind keine Armen, die um eine milde Gabe betteln, sondern Bürger, deren verfassungsmäßige Rechte gröblich verletzt worden sind. Es muß eine vorrangige Aufgabe sein, diese Rechte wiederherzustellen.

Nachdenken muß man wahrscheinlich auch über ein unionsweites Wohnraumprogramm für Flüchtlinge in ihren neuen Siedlungsgebieten, denn die Abwanderungsbewegung nimmt auch in ihrer geographischen Ausdehnung schlagartig zu. Auf jeden Fall ist über alle Aspekte dieses Notstands Öffentlichkeit herzustellen.

Auch eine rechtzeitige, wahrheitsgetreue und erschöpfende Information über die Situation in den Gebieten, in denen die zwischenethnischen Beziehungen in ein kritisches Stadium eingetreten sind, wäre wünschenswert. Die Lage in Transkaukasien, in Moldawien und im Baltikum macht die Aufmerksamkeit des Staates und der Öffentlichkeit erforderlich. Ethnischen Gruppen, die in Gebieten mit gefährdeter Stabilität leben und denen Diskriminierung oder Gewalttaten drohen, ist eine gesicherte Rechtsstellung zu garantieren.

Hinter den Problemen der zwischenethnischen Beziehungen stehen Leben und Schicksale von Millionen von Menschen. Jeder von ihnen ist heute unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit Bürger der UdSSR und hat deshalb ein Recht darauf, sich auf die staatliche Garantie seiner Bürgerrechte zu verlassen. ■

Gedanken vom Paradies

Alexander Pumpjanski

Die Straße, die hundert Jahre später zur Kirche führt ● Wenn Geld im Wasser liegt ● Was kann man Sozialismus nennen, und geht es überhaupt um die Benennung?

Die Straße zur Kirche

In diesen Tagen beobachten die Belgrader, wie ein Wunder geschieht. Die Kirche des heiligen Sava bekommt eine Kuppel aufgesetzt. Der eiserne Materialist in mir fordert eine sofortige Entmystifizierung des Wunders, damit der Leser heute nicht denkt, daß hier nur der Anteil Gottes wirksam sei. Die technologische Seite des Wunders besteht in folgendem.

Die gigantische Kuppel, stellen Sie sich zum Vergleich etwas vor, das der Kuppel der Leningrader Isaak-Kathedrale gleichkommt oder diesen vielleicht sogar noch übertrifft, ruht zur Zeit noch als ein Betongebilde auf der Erde. Das Ungewöhnliche an der architektonischen Lösung besteht gerade darin, daß die Kuppel auf dem Erdboden montiert wurde. Jetzt heben gewaltige Kräne diese gewaltige Masse von 4000 Tonnen Gewicht und 30 Metern Höhe mit einer Geschwindigkeit von 2,5 bis 3 Metern am Tag auf eine Höhe von 40 Metern auf die tragenden Mauern. Mich beeindruckt eben diese Kombination aus göttlicher Vorsehung und Computer-Berechnung.

Vor 800 Jahren erlangte der heilige Sava, Sohn des Begründers des serbischen Staates, die Anerkennung der Unabhängigkeit für die serbisch-orthodoxe Kirche von Byzanz. Vor 400 Jahren zerstörten die türkischen Eroberer sein Grabmal und verbrannten seine leiblichen Überreste auf dem Vracar-Hügel von Belgrad. Vor 100 Jahren, als Serbien sich vom türkischen Joch befreite, wurde eine Gesellschaft für die Errichtung einer Kirche zu Ehren des heiligen Sava, des „göttlichen Menschen, des ersten serbischen Erzbischofs und Aufklärers“ auf dem Vracar gegründet.

Dann kam ein für den Bau von Kirchen schweres Jahrhundert. Die ersten Entwürfe zogen sich über Jahrzehnte hin. Interessant ist, daß die Ergebnisse eines Wettbewerbs für die beste architektonische Lösung nach St. Petersburg gesandt wurden, um dort von einer Jury der Kaiserlichen Akademie der Künste bewertet zu werden. Das Urteil der Jury war streng: „Unter Berücksichtigung der Bedeutung dieser Gedächtniskirche kann kein einziger bei diesem Wettbewerb vorgelegter Entwurf zur Annahme empfohlen werden.“ Würde doch eine ebensolche Jury ihre Arbeit auch in unseren Tagen und in unserer Heimat fortsetzen...

Der eigentliche Bau begann 1935 und dauerte bis zum April 1941, als Belgrad von den Deutschen besetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Ziegelmauer zwischen 7 und 11 Metern hoch. Die Deutschen verfügten über die heiligen Mauern, wie es Eroberern traditionell entsprach. Sie machten das Innere zu einer Garage für ihre motorisierten Einheiten, ähnlich wie die Tataren zu Zeiten Andrej Rubljows orthodoxe russische Kirchen als Pferdeställe benutzten. Wie sollte man hierbei

nicht daran denken, daß schon nicht mehr zu Rubljows Zeiten und eigentlich auch keine Tataren-Fürsten mehr seit Jahrzehnten in denselben Kirchen ihre faulen Kartoffeln lagern. Es ist schon paradox, daß wir bei uns zu Hause Kartoffeln nicht gerade im Überfluß haben, es aber allemal dazu reicht, Kirchen mit ihnen zu füllen.

1984 erwirkte der Patriarch der serbischen orthodoxen Kirche German endlich die Erlaubnis, den Bau fortzusetzen. Man mußte praktisch ganz von vorne anfangen, selbst die Zeichnungen waren während des Krieges verschwunden oder vernichtet worden. Um den Bau zu finanzieren, ließ man die Kollekte in aller Welt herumgehen. Im Ausland leben viele Serben, und die Geldmittel für den größten orthodoxen Dom der Welt flossen reichlich. Heimatgefühl ist eine große Kraft. Es ist auch oft so: Je kleiner das Volk, desto größer die Kirche.

Soweit die Geschichte zu dem durchaus traditionellen Thema, wie aus menschlicher Asche eine Kirche aufersteht. Dabei geht es nicht um die heilige Macht, sondern um die Macht der heiligen Idee. Die Asche kann der Erde übergeben oder im Wind verstreut werden, wenn nur die Idee lebendig ist. Denn die Idee ist die wirkliche Kirche. Früher oder später materialisiert sie sich.

Das 10 Meter hohe Kreuz auf der Kuppel des Doms des heiligen Sava wird von jedem Punkt in Belgrad aus zu sehen sein.

Der Krieg der Vögel gegen die Helden

Reiseberichte sind ein Genre der spontanen Eindrücke und unverbindlichen Gedanken, ganz zu schweigen davon, daß der Gedanke überhaupt eine unverbindliche Angelegenheit ist.

Wo sollte man das Nachdenken über Geschichte fortsetzen, wenn nicht im Park um die Kalemegdan-Festung, die einst von hoher Warte aus den Ort bewachte, wo Save und Donau zusammenfließen. Irgend etwas störte jedoch die pathetische Stimmung, die dem Thema angemessen gewesen wäre. Die Scharen der Spaziergänger: Mütter mit Kinderwagen, Kinder und Hunde? Eher das Überangebot von Bewohnern anderer Art, Reckengestalten aus Bronze und Stein, im Lauf der Zeit mit Grünspan überzogen und an ungebührlicher Stelle weiß bekleckert. Viele namenlose Helden besonderer Art sind dem Vergessen anheimgefallen, ihre Namen sind in Stein gemeißelt oder meisterhaft in Bronze gegossen, aber den Heutigen, die zwischen ihnen wie im Wald umhergehen, ohne die Bäume zu bemerken, sagen sie wenig. Stolze Posituren, majestätische Gesichter. Wie schön sie sich ausnehmen würden, wären sie hier nicht zu so vielen zusammengedrängt und einander nicht so ähnlich. Und natürlich, wenn nicht diese unehrerbietigen Vögel wären, die scheinbar Denkmäler bevorzugten,

allerdings zu ganz anderen Zwecken.

Diese Denkmäler und Parks gibt es überall und in jedem Land. Wir erinnern uns sogar an den Versuch, Denkmäler automatisch zu bauen, auf schriftliche Anordnung, auf den ersten, oder besser zweiten Befehl. Kaum war die Verordnung heraus und einem der zweite Heldenstern verliehen, konnte man einen Platz in der Geschichte und ein Denkmal am Geburtsort beanspruchen. Skulpturen aus Stein, Gips und Bronze, so sehen die anschaulichen schwergewichtigen Spuren aus, die einer in der Geschichte hinterlassen hat. Auf diesen wiederum hinterlassen die Vögel ihre Spuren. Eine erstaunliche Gesetzmäßigkeit: Je weniger inspiriert das Denkmal, desto dichter die weißgrünlichen Ablagerungen auf dem heldenhaften Antlitz.

Wahrlich grenzenlos ist der menschliche Wunsch, sich auf einen Sockel zu stellen und dann dort oben klobig zu thronen. Ist er aber nicht vielleicht aus der Vogelperspektive besser zu sehen? Vielleicht macht sich ja die Geschichte selbst auf diese ungewöhnliche Weise über derart bodenlose Ewigkeitsanmaßungen lustig?

Ein Brunnen und Wasserzeichen

In der Fußgängerpassage von Belgrad steht ein Brunnen mit Schildkröten.

Auf seinem Grund glänzen nicht Geldstücke, der freiwillige Tribut derer, die von den Sehenswürdigkeiten der Stadt und des Landes überwältigt, gerne noch einmal hierher zurückkommen möchten, sondern seine Wasser umspülen Banknoten. Papiergeld ist auch ein Symbol für Liebe, aber noch mehr für Inflation.

Klimpergeld ist so gut wie nicht im Umlauf. Ein 1000-Dinar-Schein, das sind Pfennige. Die 2 Millionen Dinar, die mir in der Buchhaltung der „Nowoje Wremja“ so großzügig ausgehändigt worden waren, hatten mich wider Erwarten nicht zum Millionär werden lassen. Wenn es wirklich so teuer wäre, Geld zu drucken, wie uns unlängst eine sowjetische Bank zu beweisen versuchte, als sie Gebühren für den Austausch von zerrissenen und ungültig gewordenen Geldscheinen erhob, dann wäre Jugoslawien allein vom Gelddrucken schon längst pleite. Der inflationäre Druck von Banknoten, das ist real existierende Entwertung, allerdings aus einem anderen Grund. Sie führt zu der Mentalität, daß „es morgen schon zu spät sein könnte“. In den Geschäften gibt es scheinbar alles, wenn auch nicht ganz so wie im Westen. Schließlich macht Jugoslawien seine ersten Gehversuche in eine „Konsumgesellschaft“, manchmal etwas krampfhaft, aber die Richtung der Bedürfnisse selbst unterliegt keinem Zweifel. Die Inflation dagegen treibt das Kauffieber an, holt es ein und schraubt seine Temperaturen in die Höhe. Über Sparguthaben zu verfügen ist gefährlich. Die Banken zahlen nur noch Zinsen in Höhe der jährlichen Inflationsrate. Für viele sind diese Garantien unzureichend, und sie häufen auf verschiedene Weise Devisen an, um diese dann auf die hohe Kante zu legen. Das ist schon sicherer. Danach erhalten sie dafür Dinare, und zwar im vollen Umfang nach dem aktuellen Kurs.

Es wäre vielleicht übertrieben, zu behaupten, daß die Inflation die Existenz selbst entwertet, dennoch geht etwas vor sich in der Vorstellung von einem soliden Dasein.

Hier erzählt man sich den durchaus realistischen Schwank von den modernen Noma-den. Jugoslawische Zigeuner beantragen in der BRD Asylrecht. Das demokratische Verfahren ist langwierig. Bis das Verfahren abgeschlossen ist, vergehen Monate. Unterdes-sen erhalten die Bittsteller eine Beihilfe. Bescheiden, aber in D-Mark. Als Dreingabe nehmen sich die Zigeuner einen Anwalt, der das Verfahren in die Länge ziehen soll. Letzt-endlich wird ihnen das Asyl verweigert, aber sie kehren mit reicher Beute aus der BRD heim. Sie wissen, was sie an ihrer D-Mark haben.

Die Inflation ist insofern, als sie das Gefühl der Seßhaftigkeit untergräbt, ein Krisenmerk-mal.

Das Land steckt in der Krise! Darüber reden alle. Politiker, Wirtschaftler, die Presse. Obwohl sie sich dem ersten Hinsehen ent-zieht, denn die frühlingshaft gestimmte Menge in der Stadt sieht nicht so aus, als neige sie zum Aufruhr. Ein Blick aus meinem Hotelfenster lehrt mich, daß die beste Methode, die Krise zu bewältigen, darin besteht, seine Zeit im Cafe abzusetzen. Der ganze Platz steht voller Tischchen, und alle sind schon am frühen Abend besetzt.

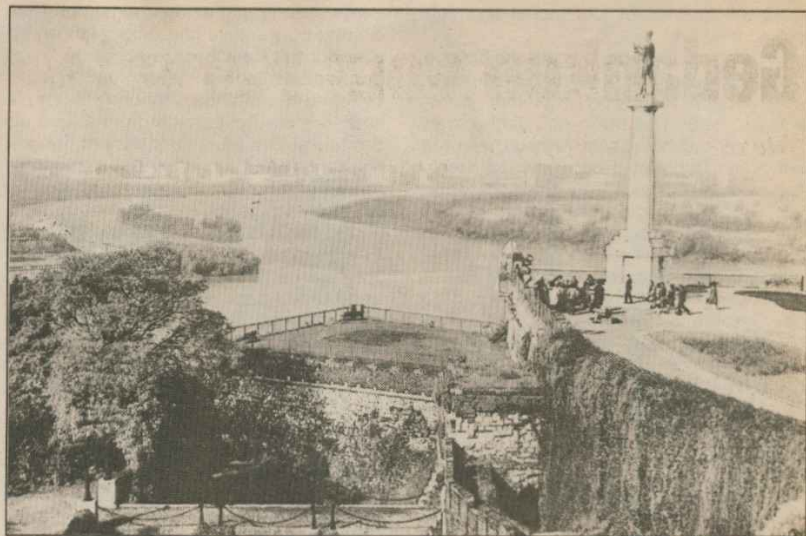
Ist es einem selbst vergönnt, einen Platz im Cafe zu finden, wie sollte man sich dann nicht Gedanken daran hingeben, was Krise heute bedeutet? Sie hat schon längst nicht mehr diesen brutalen Anblick wie die klassische Krise, die in den 30er Jahren wütete. Und trotzdem, was zeichnet ihr Wesen, ihre Besonderheiten und Spielarten aus? Was ist überhaupt eine Krise, das Muttermal, das Kainsmal der Gesellschaftsordnung? Die Erfahrung lehrt uns, daß früher oder später alle Länder verschiedene Krisenstadien durch-laufen. Einige treten recht schnell daraus hervor, oftmals gekräftigt, für sie ist die Krise ein Moment der Entwicklung, der Umstellung. Andere mühen sich jahrzehntelang im Strudel ab. Wieder andere balancieren zwischen Ver-zweiflung und Hoffnung. Das sind die Tatsa-chen, während man uns mehr mit Schlußfol-gerungen abspiekt. Seit unserer Studienzeit haben wir uns daran gewöhnt, von einer „all-gemeinen Krise des Kapitalismus“ zu spre-chen, was den Kapitalismus übrigens nicht in seiner Dynamik behindert hat. Ist die „Krise des Sozialismus“ denn nun „allgemein“ oder nicht allgemein, und darf man in diesem Zusammenhang überhaupt von Krise spre-chen? Aus irgendeinem Grund schrecken uns mehr als alles andere auf der Welt immer noch Worte, und das mehr als die Realität selbst.

Ein Politiker muß Farbe bekennen

„Läßt sich Ihr Ziel, die Marktwirtschaft, mit dem sozialistischen Charakter Ihres Regimes vereinbaren?“

Das Frage-und-Antwort-Spiel beginnt ohne alle Umschweife.

Auf der Bühne sitzt Borisav Jovic, Vorsit-zender der Skupschtina, das heißt, Chef der serbischen Regierung. Dieser Tage hat sich seine Funktion geändert. Er wurde zum stell-vertretenden Vorsitzenden des Präsidiums der SFRJ gewählt, ich werde ihn hier aber ent-sprechend seiner alten Position benennen. Das ganze spielt sich in Kopaonik, einem jun-gen Skikurort, ab. Derart paradiesische Plätze hoch oben auf den Bergen sind wie geschaf-fen, wenigstens für einige Zeit das prosaische Leben irgendwo da unten, in den irdischen Tälern, im irdischen Jammertal, zu vergessen. Im Saal sitzen zahlreiche Journalisten aus vie-



Kalemegdan. Hier mündet die Save in die Donau

len Ländern, jetzt nehmen wir uns einen der führenden Repräsentanten der Republik vor, dessen Gastfreundschaft wir in Anspruch nehmen, und fordern von ihm, Farbe zu bekennen. Borisav Jovic kannte die Spielre-geln übrigens auch. Er antwortete direkt und ohne irgend etwas zu beschönigen.

„Unsere Aufgabe ist, die Wirtschaft konkur-renzfähig zu machen. Der Sozialismus hat nur als florierende Gesellschaft eine Chance. Der Sozialismus kann sich nicht auf Armut grün-den.“

Nicht schlecht für den Anfang.

Wie sieht es mit einem Mehrparteiensystem in Jugoslawien aus?

Ein sehr riskantes Unternehmen, antwortet der Premier. Unter jugoslawischen Bedingun-gen werden verschiedene Parteien unweiger-lich zu nationalen Parteien. Der Nationalismus kann unser Land bis zum Bürgerkrieg treiben. Diese traurigen Erfahrungen hat Jugoslawien schon gemacht, und sie haben uns Hundert-tausende von Menschenleben gekostet. Wir müssen unter den Bedingungen Jugosla-wiens darüber nachdenken, wie die Rolle der kommunistischen Partei im Verlauf der Demokratisierung zu verändern ist, und nicht über ein Mehrparteiensystem, meint der Par-lamentsvorsitzende.

Jovic geht eindeutig von unserem Recht aus, ihm beliebige Fragen zu stellen und seine Antworten zu akzeptieren oder nicht. Er ist nicht aufs Kreuz zu legen. Nur in einem Fall nahm seine Stimme einen metallischen Klang an und verlor alle anderen Nuancen, nämlich als man auf die Lage im Kosovo zu sprechen kam, diesem zurückgebliebenen autonomen Gebiet, das zur Republik Serbien gehört. Die Worte „albanischer Nationalismus“ und „Extre-mismus“ waren nur die anfänglichen Definitio-nen, danach eskalierten die scharfen Bezeich-nungen in schwindelerregende Höhen. Es war zu merken, daß der Kosovo ein wunder Punkt, aber kein Diskussionsthema war.

Wie dramatisch sich die Situation in diesem Moment im Kosovo auch gestaltete, die Jour-nalisten interessierten sich doch mehr für die allgemeine Lage, die Richtung in der Entwick-lung von Land und Gesellschaft insgesamt.

„Was ist denn nun eigentlich das strategi-sche Ziel Ihrer Reformen, der Kapitalismus?“

„Unser Ziel ist der Sozialismus. Sowohl

Kapitalismus als auch Sozialismus müssen auf dem Markt funktionieren. Ja, auch der Sozialismus, wenn er effektiv sein will, und obwohl der Markt seine historische Entwick-lung im Kapitalismus erfahren hat.“

„Sie sagen, daß die Produzenten in Ihrem Land nicht genug Stimuli haben und daß Sie diese Stimuli einführen wollen. Sind Sie sich aber auch darüber im klaren, daß damit eine neue Klasse von Kapitalisten auftritt?“

„Wir haben uns davon überzeugen können, daß gesellschaftliches Eigentum für sich selbst genommen und ohne mit Privateigen-tum verbunden zu sein keine maximalen Ergebnisse bringt. Unser Ziel besteht nicht darin, um jeden Preis abstrakte Schemata beizubehalten, sondern maximale wirtschaft-liche Effektivität zu erreichen. Was nun die Schere in den Einkommen anbelangt, so gibt es in allen Ländern dafür ein Besteuerungssy-tem.“

„Kopaonik ist ein bezauberndes Plätzchen, danke, daß Sie uns hierher eingeladen haben. Wir wissen, daß hier vor 8 Jahren nur Berge und Wälder waren. Und jetzt beachtliche Hotels, viele Skilifts, jede Menge Skipisten. Das alles haben doch Arbeiter gebaut. Meine Frage: Können Arbeiter hier Urlaub machen?“ (Diese Frage stellte der „Trud“-Korrespon-dent in Belgrad.)

„70 Prozent der Urlauber in Kopaonik sind Jugoslawen, 30 Prozent sind Ausländer. Ein durchaus üblicher Prozentanteil.“

Von verschiedenen Seiten schlugen die Fra-gen immer in dieselbe Kerbe. Es waren Versu-che, immer eine und dieselbe Hauptfrage zu stellen, wobei die Entgegnungen des Par-lamentsvorsitzenden immer wieder nur verschie-dene Aspekte ein und derselben Antwort waren.

„Welche Wirtschaftszweige werden bei Ihnen beschleunigt vorangetrieben? (Die Logik des Fragestellers: Wenn die Wirtschaft auf der Stelle tritt, lohnt es sich doch, einige dynamische oder potentiell dynamische Zweige auszusondern, alle Kräfte auf ihre Entwicklung zu werfen, und der Karren der Wirtschaft kommt wieder in Gang.)

„Unser Ziel ist, die Interessiertheit an den Arbeitsergebnissen zu steigern. Hören Sie zu. Bei uns sind 7 Millionen Menschen in der Produktion beschäftigt, und eine Million sind arbeitslos. Ein Viertel aller Arbeitenden sind

nicht voll ausgelastet. Drei Viertel sind nicht voll interessiert."

Ich weiß nicht, ob der bulgarische Kollege, der diese Frage gestellt hatte, zufrieden war, aber ich habe die Antwort bekommen, die ich erwartet hatte. Das heißt, daß die konkrete Frage eine technologische Antwort hervorgerufen mußte. Dabei ist es bei weitem kein technologisches, kein nur technisches, kein vor allem technologisches Problem, sondern ein sozialökonomisches, ein Problem des Eigentums und der gesellschaftlichen Organisation. Wenn man seine Antwort in die uns geläufigen Formulierungen überträgt, läuft das Gesagte auf folgendes hinaus: Die Produktionsverhältnisse sind in einen krassen Konflikt mit den Produktivkräften geraten. Sie stören, fesseln sie und erlauben ihnen nicht, normal zu funktionieren. Die Produktionsverhältnisse führen zur Stagnation und zur Verschwendung von Produktivkräften. Läßt sich diese Verschwendung beziffern? Der Parlamentsvorsitzende gab eine arithmetische und deshalb besonders anschauliche Formel der Krise. So und so viele arbeiten überhaupt nicht, das sind die Arbeitslosen. So und so viele sind Teilzeitbeschäftigte, das ist die verdeckte Arbeitslosigkeit. Und die überwältigende Mehrheit arbeitet, wie es gerade kommt, von einer Lohnauszahlung zur nächsten, bummelt, macht Dienst nach Vorschrift, das sind die an den Ergebnissen ihrer Arbeit nicht hinreichend Interessierten.

Dabei kommt heraus, daß die Hälfte der wichtigsten Ressourcen des Landes, des menschlichen Potentials an Muskeln, Intelligenz und Unternehmungsgestalt, brachliegt. Die halbe Gesellschaft arbeitet nicht. Das ist schon keine Metapher mehr, sondern eine statistische Tatsache, die aus den Worten des Parlamentschefs hervorgeht. Was tun? Über Rezepte kann und muß man streiten. Das hier ist erst einmal die Faktenlage, und alle Programme können sich nur auf Einsicht und Anerkennung dieser grundlegenden Realität beziehen.

Streit über Stolz

Plötzlich erschien mir unsere ganze Pressekonferenz in einem ganz anderen Licht. Ich war einer aus dem Auditorium. Zwischen uns und dem Mann auf der Bühne lag ein Burggraben, über den wir unsere Spieße und Pfeile schleuderten. Macht ist Autorität und Mysterium. Auch in Zeiten der Demokratie ist diese Formel von Dostojewski nicht veraltet. Die Presse wiederum, die für die Öffentlichkeit Informationen heranschafft, muß den Schleier des Geheimnisses lüften. Deshalb darf es keine Autoritäten geben! Auch das ist eine der Spielregeln. Je schärfer die Frage, desto mehr kommt es darauf an, nur auf die neuralgischen Punkte des Problems zu zielen.

Wenn ich jedoch Fragen und Antworten im Nachhinein analysiere, muß ich daran denken, daß wir den Parlamentsvorsitzenden unwillentlich in den üblichen Streit um Worte hineinbugsiert hatten. Kaltblütig parierte er alle unsere Attacken, bis er schließlich doch zur Sache kam. Und in dieser spontanen Pressekonferenz in einem paradiesischen jugoslawischen Erholungsort hallte das Echo eines ganz anderen Streits nach.

Wie sozialistisch ist denn eigentlich noch die eine oder andere überfällige Maßnahme, oder düstet sie schon die schwarze Magie des Kapitalismus aus? Wenn nun der Sozialismus ein Retortenbaby ist und wir uns nur noch um die Reinheit der Formel und die Sauberkeit des Bluts zu kümmern haben... Seit Jahrzehnten führen wir nun schon diese seltsame Diskussion, während das Leben bei uns sich nach seinen eigenen Gesetzen entwickelt hat, das heißt, es hat aufgehört, sich zu entwickeln. Die Gesellschaft ist verknöchert und hat sich in ihren Problemen verheddert. Unter dem rhythmischen Geräusch unserer Debatten: Markt. Ist das Sozialismus oder noch Kapitalismus? Oder vielleicht schon wieder Kapitalismus? Dabei ist die einzig wichtige Frage, warum der Markt leer ist.

So machen wir uns mit Worten Angst, wobei wir mit einer seltenen Furchtlosigkeit die Wirklichkeit schon nicht mehr bemerken.

"Konsumgesellschaft". Wieder so ein bedrohliches Schimpfwort. Wie soll denn aber die normale Gesellschaft sonst sein, eine Gesellschaft des „Nichtkonsums"? Sind denn wirklich leere Regale in den Geschäften das wichtigste Kennzeichen für soziale Gesundheit? Kann denn besagte Arbeiterklasse (der Intelligenz wird schließlich schon an der Wiege gesungen, daß sie sich vom heiligen Geist allein nähren muß) normal arbeiten und höchste Arbeitsproduktivität erzielen, wenn es in den Geschäften nichts zu kaufen gibt?

Mir hat die Frage des Kollegen von der „Trud" gefallen, weil sie für einen sowjetischen Journalisten so ungewöhnlich diplomatisch war. War sie aber nicht vielleicht auch unbeabsichtigterweise demagogisch? Die Antwort war klar: Ein einfacher jugoslawischer Arbeiter kann sich diesen Erholungsort der europäischen Spitzenklasse in Kapaonik nicht leisten. Unsere Pilgerzentren für Skifahrer wie Gudaori oder Dombai, sind sie für Millionen von sowjetischen Menschen, die von 100 Rubeln im Monat leben, etwa erschwinglicher? Sie sind ja sogar schon für diejenigen unzugänglich, die imstande wären, zu bezahlen...

Man muß sich wahrscheinlich noch mutiger von der Macht der sozialen Mythologie befreien und die Wirklichkeit des Lebens nüchterner betrachten. Wir haben den Palästen den Krieg angesagt, aber in den Hütten ist der Frieden nicht eingezogen. Wir haben gesagt, daß die Paläste dem Volk gehören, aber das Volk lebt seitdem nicht königlich.

„Jeder nach seinen Fähigkeiten. Jedem nach seiner Leistung." Das Unglück ist nur, daß die Urformel des Sozialismus in ihren beiden Bestandteilen nicht funktioniert. Bis jetzt ist die Gesellschaft nicht imstande, solche Bedingungen zu schaffen, daß „jeder nach seinen Fähigkeiten" leben kann. Sie gibt nämlich nicht „jedem nach seiner Leistung" zurück. Die hypothetische Forderung, jedem einen unentgeltlichen Kuraufenthalt in Kapaonik zu ermöglichen, der das will, hätte keinerlei Beziehung zu „jedem nach seiner Leistung". Dabei stehen leere Regale in den Geschäften zu dieser Formel in direktester Beziehung. Je bescheidener die Löhne besagter Arbeiter sind, desto wichtiger ist es, daß jeder seinen sauer verdienten Rubel oder Dinar entsprechend „in Waren abgeltet"

kann. Ein scheußlicher Ausdruck, der nur unter Verhältnissen des Warendefizits aufkommen konnte.

Die Geschäfte müssen zumindest mit Lebensmitteln und Waren des Grundbedarfs gefüllt sein. Was ist aber der Grundbedarf, und was sind die darauffolgenden Bedürfnisse höherer Ordnung, und wer soll das entscheiden? In einer Mangelgesellschaft kann man noch versuchen, die elementarsten Antworten von oben vorzugeben, in einer ausreichend versorgten Gesellschaft ist das ein eitles Unterfangen.

Das Schaufenster ist der wichtigste Stimulus für Leistung. Leere Schaufenster beantworten vielsagender als die Soziologie und verständlicher als die Presse, warum die Gesellschaft an guter Arbeitsleistung „nicht hinreichend interessiert" ist. Noch merkwürdiger wirkt jede philosophische Beschönigung von leeren Schaufenstern.

Die marktlose Gesellschaft, die warenlose Wirtschaft, der Sozialismus als ein System der Lebensmittelkarten... Was für ein abstruses Ideal hat man uns da so lange vorgehalten und will man uns auch heute manchmal noch vorhalten? Wenn dabei schon nicht an die Menschen gedacht wird, denkt dabei vielleicht einmal jemand darüber nach, wie stabil ein Kartenhaus ist?

Gemäß dem Trägheitsmoment streiten wir uns immer noch um Worte: Ist das sozialistisch oder unssozialistisch? Dabei vergessen wir die Frage, ob das funktioniert oder nicht funktioniert. Oder, wenn Sie so wollen, ob die Produktionsverhältnisse den Produktivkräften entsprechen, ob sie ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu entfalten, oder sie Schimmel ansetzen lassen? Arbeiten die Menschen oder arbeiten sie nicht? Wenn ja, wie? Leisten sie dabei nicht etwa Sisyphus-Arbeit? („Steigert die Sisyphus-Arbeitsproduktivität!"). Eine solche Parole dürfte uns kaum gefallen.)

Ist es nicht Zeit, sich vom Himmel auf die sündige Erde herabzulassen? Und den Streit über den Stolz zu beenden...

Gefallen uns Kolchose so sehr? Machen sie Land und Leute satt, haben sie ihre historische Überlegenheit über den europäischen Bauernhof bewiesen und Amerika mit billigem Weizen überschwemmt? Natürlich, man liebt nicht wegen, sondern trotz. Gefällt uns aber unser Menü a' la Lebensmittelkarte so sehr?

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Noch eine Maxime des Sozialismus. Die gegenwärtige Ordnung in der Landwirtschaft (und nicht nur da) funktioniert nicht, wir essen nicht. Und ziehen uns nicht so an wie andere. Und wohnen auch nicht so, wie wir wohnen könnten.

Perestroika fängt mit der Befreiung von Illusionen, Sentimentalitäten und der Macht des Wortes an. Wenn wir auf nichtfunktionierende Strukturen, überlebte Methoden und veraltete Ideen, eingekleidet in die gewohnten und schrecklich prinzipiellen Worte, stoßen, sollten wir uns immer fragen:

Brauchen wir einen nichtfunktionierenden Sozialismus? Ist das überhaupt Sozialismus? Muß man das noch Sozialismus nennen?

BELGRAD – MOSKAU

Ein fünfjähriges Mädchen warf alles Tafelsilber in einen Brunnen, weil es ihm Spaß machte, wie die Löffel, Gabeln und Messer ins Wasser plumpsten. Man könnte sogar Verständnis für seine Handlungsweise aufbringen, vorausgesetzt, nichts gluckert so melodisch wie ein Silberlöffel in einem tiefen Brunnen. Uns ist dieses tolle Geräusch unbekannt, denn entweder gab es in unserer Familie kein Tafelsilber, oder uns fehlte der Brunnen, oder wir waren mit fünf Jahren noch nicht so frei, um das Tafelsilber in den Brunnen zu werfen.

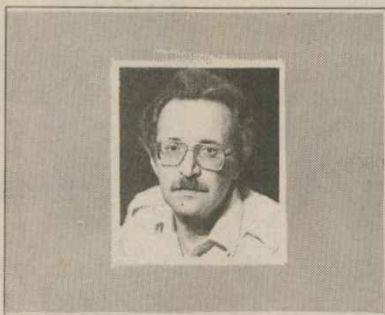
Was würden Sie, lieber Leser, mit Ihrer fünfjährigen Tochter machen, wenn diese Ihnen einen solchen Streich gespielt hätte?

Sicher würden Sie Ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Wenn Kinder irgendeinen Unsinn gemacht haben, beschwören wir meist ihren schwachen Verstand: „Was hast du nun schon wieder angestellt? Wann wirst du endlich vernünftig? Du bist doch kein kleines Kind mehr!“ Wenn wir dagegen selbst etwas mit unseren Kindern anstellen, vergessen wir oft unseren Verstand und benehmen uns wie kleine Kinder. Wir lassen uns ausschließlich von Gefühlen leiten. Denken wir einmal nach, was wir so mit den Kindern anstellen.

Wir fühlen uns alle für die Erziehung unserer eigenen Kinder verantwortlich. Das ist auch richtig so. Wir wünschen uns, daß aus unseren Kindern gute und glückliche Menschen werden. Nur wenige von uns beunruhigt die Tatsache, daß diese beiden Ziele nicht immer miteinander vereinbar sind.

Im Kopf aller Eltern existiert das Idealkind, zu dem wir das eigene erziehen wollen. Woher diese Vorstellung stammt und ob sie für die Erziehung etwas taugt, wissen wir nicht. Jedenfalls gibt es sie, und je deutlicher dieses Vorbild ausgeprägt ist, desto schwerer fällt das Erziehen, weil man ja ein lebendiges Kind an ein totes Ideal angleichen will. Einigen gelingt das ohne größere Probleme, bei anderen hingegen weinen Eltern und Kinder viele Tränen. Das hängt von den Lebensumständen, den angeborenen pädagogischen Fähigkeiten der Eltern und der Formbarkeit der kindlichen Charaktere ab. Es gibt gefügte und weniger gefügte Kinder. Die Natur darf man nicht unberücksichtigt lassen.

Viele, wenn nicht gar alle Eltern stellen



Tafelsilber im Brunnen

sich die Erziehung so vor: Wir starten eine Rakete in den Lebens-Kosmos, dessen Bahn vom Idealjungen oder Ideal-mädchen, die in unseren Köpfen existieren, vorbestimmt ist.

Weicht die Rakete von ihrer Bahn ab, greift man korrigierend ein. Deshalb heißt es auch, man müsse jemanden auf die rechte Bahn führen. Von einem mißratenen Sohn sagt man, er sei von der Bahn abgekommen, auf die schiefe Bahn geraten usw. Diese Bahn-Idee der Erziehung hat sogar in der Sprache ihren Niederschlag gefunden.

So falsch ist diese Vorstellung gar nicht, aber da gibt es eine Besonderheit, die wir meist in unseren Berechnungen vergessen. Eine Rakete verfügt neben der Bahn auch noch über ein Triebwerk, in dem die Gründe für Bahnabweichungen versteckt sind. Bahn und Triebwerk bilden also bei der Rakete eine Einheit, beim Kind um so mehr.

Wir bemühen uns bei der Erziehung eines Kindes hauptsächlich um dessen Bahn, um sein Verhalten, weit weniger um das Triebwerk, das Innenleben, die Seele des Kindes. Ebenso, wie man keine Triebwerkschäden durch Bahnkorrekturen beheben kann, läßt sich die kindliche Seele nicht durch Korrekturen des äußerlichen Verhaltens bereichern. Dieser Vergleich hinkt, weil die Seele des Kindes mit seinem Verhalten weit enger verbunden ist, als das Triebwerk einer Rakete mit deren Bahn. Dennoch wäre es immer nützlich, wenn man sich bei einer Maßnahme genau überlegt, worauf man eigentlich Einfluß ausübt: auf das Triebwerk oder auf die Bahn, auf das

Verhalten oder auf die Seele? Häufig kommt es vor, daß wir uns in Abhängigkeit von unserer Wahl zu entgegengesetzten Handlungen entschließen. Einerseits müßte man das Mädchen, das die Löffel in den Brunnen geworfen hat, bestrafen, damit es nicht wieder solchen Unfug anstellt, andererseits müßte man es streicheln, um ihm ein Vorbild an Barmherzigkeit, Großmut und Großzügigkeit sowie die Fähigkeit zu verzeihen vorzuführen. Im konkreten Fall wählten die Eltern eben diesen Weg. Als sie sahen, daß die Tochter über die eigene Tat erschrocken war, nahmen sie sich ihrer mit Güte und Zärtlichkeit an. Das wirkte. Großmut kann ebenso wie eine harte Strafe schockierend wirken, nur die Ergebnisse tragen entgegengesetzte Vorzeichen.

Niemand bringt uns bei, wie ein realer Junge dem Idealbild anzupassen ist, das in unseren Hirnen existiert. Wenn es in einer Familie Komplikationen bei der Erziehung gibt, sollte man nicht den realen Jungen, sondern das Ideal, das in unseren Köpfen herrscht, umerziehen. Gerade die Versuche, ein lebendiges Kind einem, oft sogar falschen, Ideal anpassen zu wollen, führen zur Gewaltanwendung gegen das Kind, zum Krieg mit ihm. Der Krieg mit Kindern bringt, wie ich schon mehrfach zum Ausdruck brachte, den Eltern immer eine Niederlage bei.

Man steht also vor der Wahl: Krieg oder Frieden? Wofür entscheiden wir uns?

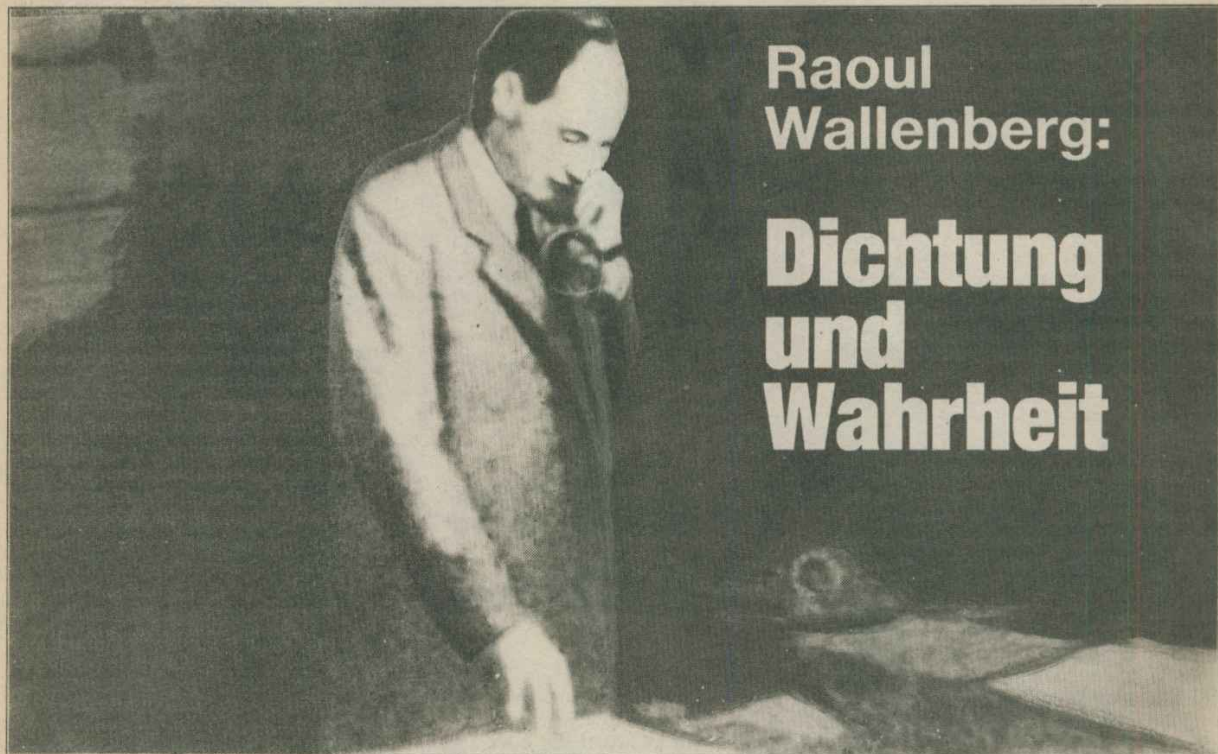
Frieden? Mit Frieden erreichen wir das gewünschte Verhalten oder auch nicht.

Krieg? Damit erreichen wir auf keinen Fall das Gewünschte, selbst wenn das Kind „spurt“. Das Leben besteht nicht allein aus der Kindheit, und nicht immer wird es unser häuslicher Kriegsgefangener bleiben. Einmal wird es die Freiheit erringen, und dann...

Frieden bedeutet Sieg oder Niederlage, Krieg dagegen ist in jedem Fall eine Niederlage.

Selbst der besessenste Spieler setzt nicht auf eine Karte, die von vornherein verliert. Von allen Menschen in der Welt tun das nur Eltern, die sich in der irren Hoffnung wiegen, vielleicht doch noch zu gewinnen.

Simon Soloveitchik



Raoul Wallenberg: Dichtung und Wahrheit

Der Name dieses Mannes wird nun schon über 40 Jahre immer wieder von der Weltpresse aufgegriffen. Anfang d. J. kommentierten schwedische Massenmedien erneut seine Tätigkeit im zweiten Weltkrieg und die, wie es scheint, rätselhaften Umstände seines Todes. Als Anlaß diente der Sowjetunion-Besuch des amerikanischen Rechtsanwalts D. Silber und dessen Bitte an die Staatsanwaltschaft der UdSSR, „zusätzliche Angaben“ über den „Fall Raoul Wallenberg“ zu überlassen. Kurze Zeit zuvor hatte der schwedische Journalist Stig Fredriksson in einer Sendung des sowjetischen Fernsehens, bei der es zu einer Begegnung von Vertretern der sowjetischen und der schwedischen Öffentlichkeit kam, den Wunsch geäußert, im „Fall Wallenberg“ ein für allemal Klarheit zu gewinnen und ihn zu den Akten zu legen.

Im Westen werden immer noch diverse Mutmaßungen über das Schicksal des schwedischen Diplomaten angestellt. Besonders verbreitet ist die Version, der zufolge er überhaupt nicht umgekommen, sondern auf sowjetischem Territorium in Lagerhaft sei und, wie es in einer Monographie heißt, „seinen endlosen Weg durch den Gulag fortsetzt“. Einige schwedische Journalisten meinen, Wallenberg werde gegenwärtig in der psychiatrischen Heilanstalt von Blagowestschensk festgehalten. Vom schweren Gesundheitszustand Raoul Wallenbergs ist in einem Buch des schwedischen Autors K. Fakt, erschienen 1986, die

Rede. Ihm zufolge soll Raoul Wallenberg in eine Irrenanstalt eingewiesen worden sein und kaum verstehen, was mit ihm vorgehe und wer er sei. Sein Zustand verschlechtere sich noch durch den tagtäglichen Umgang mit Kranken. 1988 wurde dieses Buch übersetzt und erschien in den USA.

Der Wunsch, derartige Behauptungen zu belegen, stand Pate auch bei den Produzenten des britischen Dokumentarfilms „Ein Mann, der lebt“. Die dort auftretenden „Zeugen“ erklären, sie seien in der Sowjetunion in Haft gewesen und hätten dort einen „Namenlosen“ gesehen, der ... Raoul Wallenberg sein könnte!

Wegen der noch vor kurzem fehlenden Offenheit wurde der „Fall Wallenberg“ mit immer weiteren „Details“ ausgeschmückt, die dann von den Printmedien immer weiter verbreitet wurden. Die seltenen und lakonischen Mitteilungen zu diesem Thema, die von Zeit zu Zeit in der sowjetischen Presse auftauchten, gossen nur Öl ins Feuer. Sie hätten durchaus den Eindruck erwecken können, die sowjetische Seite verschweige etwas über Raoul Wallenberg.

Die Familie

Wer ist nun dieser Raoul Wallenberg, und warum läßt das Interesse an seiner Person nicht nach? Was ist tatsächlich mit ihm geschehen und wie gelangte er in die Sowjetunion?

Jetzt, da in der UdSSR die „weißen Flecken“ in der Geschichte, verbunden mit der Zeit von Stalins Personenkult, aufgedeckt

werden, da diejenigen, die Repressalien zum Opfer fielen, rehabilitiert werden, sollte man wohl, wenn auch kurz, über das tragische Schicksal des schwedischen Diplomaten berichten.

Raoul Wallenberg wurde 1912 geboren. Er stammte aus einer der wohlhabendsten und bekanntesten Familien Schwedens, die ihre Ahnenreihe bis auf die zweite Hälfte des 18. Jh. zurückführt. 1856 gründete einer der Wallenbergs, Andre Oscar, die Enskilda Banken mit einem Anfangskapital von 1 Mio Riksdaler. Die heute lebende Bankiergeneration der Wallenbergs läßt sich von der Devise leiten, möglichst unauffällig hinter den Kulissen zu wirken. 1971 fusionierte Enskilda Banken mit Skandinaviska Banken und bildete die starke Finanzgruppe Skandinaviska Enskilda Banken, eine der größten Banken Schwedens und Westeuropas. Heute haben die Wallenbergs über 100 Direktorenposten in den Aufsichtsräten großer Firmen der wichtigsten Wirtschaftszweige Schwedens inne. Dazu gehören die Telefon-Gesellschaft L.M. Ericsson, der Kugellagerkonzern SKF, das Lkw-Werk Scania-Vabis, Volvo, Kanonen und Panzerfahrzeuge von Bofors, die Werften Götaverken. Die Jahreseinnahmen der von den Wallenbergs kontrollierten Unternehmen belaufen sich auf zwei Drittel des Staatshaushalts des Landes.

Raoul Wallenbergs Mutter war mit dem Generaldirektor des Karolinschen Krankenhauses verheiratet, und seine Schwester wurde von einem Reichsmar-

schall des königlichen Hofes geecho-licht.

Mission in Budapest

In Angelegenheiten des Bankierhauses mußte Raoul Wallenberg nicht selten ins Ausland reisen, darunter nach Ungarn. Erstmals besuchte er 1938 dieses Land. Der junge Raoul gelangte als Geschäftsmann nach Budapest. Als Vertreter einer bekannten und reichen Familie wurde er gern im Außenministerium empfangen, lernte dessen führende Vertreter kennen und traf mit Horthy zusammen. Der ungarische Diktator ordnete sogar an, den Gast in einer der besten Residenzen der Stadt, im Buda-Palast, unterzubringen.

1941 sollte Raoul Wallenberg wieder als Privatmann in Budapest sein. Er traf mit seinen Bekannten aus der Hautevolée Ungarns und aus Geschäftskreisen zusammen. Mit Hilfe von Freunden gelang es Raoul Wallenberg, private psychiatrische Krankenhäuser zu besuchen, in denen Juden, die von den in Ungarn verabschiedeten rassistischen Gesetzen betroffen wurden, untertauchten. Allgemein heißt es, gerade bei Raouls zweitem Ungarn-Besuch habe seine nicht leichte, doch edle Mission zur Rettung der Opfer des faschistischen Völkermords begonnen.

Im Juli 1944 traf Raoul Wallenberg bereits als erster Sekretär der schwedischen diplomatischen Mission in Budapest ein. Die Lage in Ungarn war ganz anders, als Raoul Wallenberg sie bei seinem vorhergehenden Besuch angetroffen hatte. Auf dem Territorium des Landes wurde bereits erbittert gekämpft. Diktator Horthy, einer der letzten Satelliten Hitlerdeutschlands, beschloß, Ungarn in eine Bastion des „Dritten Reichs“ zu verwandeln. Aus Ungarn wurde Erdöl herausgepumpt, dessen Bedeutung für die Naziwehrmacht nach dem Verlust der rumänischen Ölfelder zugenommen hatte. Auch Agrarprodukte, insbesondere Getreide, gingen nach Deutschland. Die deutsche Generalität und Horthy hatten vor, erbitterten Widerstand zu leisten.

Von dem Diktat und Terror der Faschisten wurde auch die jüdische Bevölkerung Ungarns grausam betroffen. Es sei nur gesagt, daß die jüdische Bevölkerungsgruppe in diesem Land vor dem zweiten Weltkrieg eine der größten in Europa war. Nach Angaben der britischen „Times“ wurden in den Kriegsjahren von den fast 900 000 ungarischen Juden nicht weniger als 600 000 vernichtet. Raoul Wallenberg stellte dienstliche Kontakte zum ungarischen Außenministerium her. Er besuchte die offiziellen Empfänge, Messen und Bälle.

In dieser überaus komplizierten Atmosphäre blieb Raoul Wallenberg lebensfroh und optimistisch. Einmal begab sich Raoul zusammen mit Tivi Zichy, einem jungen, reichen Adligen und Berufssportler, in den Englischen Park. Dort erlebten sie ein seltenes Schauspiel. In einer Schaukel über einer Badewanne, gefüllt mit Palmolive,

saß eine Schönheit. Daneben war auch ein Schießstand. Wenn der Schütze ins Schwarze traf, fiel die Schöne plätschernd ins Wasser. Raoul Wallenberg und Tivi Zichy vereinbarten mit dem Besitzer dieser Jahrmarktsattraktion, sie würden ihm das Doppelte zahlen und die Schönheit mitnehmen. Diese Vereinbarung sollte allen sehr gefallen...

Zu jener Zeit traf sich Raoul Wallenberg mit Katalin Karaty, einer jungen, attraktiven Schauspielerin. Auch General Ujhazy machte ihr den Hof. Doch einmal liefen die beiden dem General über den Weg. Der fuhr aus seiner Haut und wollte Raoul schon zu den härtesten Bedingungen zum Duell fordern. Raoul, der auch in dieser Situation seinen Humor und seine Ruhe nicht verlor, versicherte dem liebsten General, er sei nie einem mutigeren und beherrschteren Mann begegnet, der zudem so edel und so gut erzogen sei. Raoul gestand ein, daß der General sich als der mutigere erwiesen habe. Ujhazy fühlte sich geschmeichelt, ergriff Katalins Hand und schritt hochmütig von dannen. Raoul Wallenberg konstatierte, er habe sich nicht auf ein sinnloses Duell einlassen wollen, da er eine andere, hohe Aufgabe habe.

Ziel und Mittel

Überall suchte Raoul Wallenberg nach Informationen über die ungarischen Juden, die von den Nazis verfolgt wurden und unverzügliche Hilfe brauchten. Er stellte Pässe aus, aus denen hervorging, daß ihre Besitzer unter dem Schutz der schwedischen Regierung standen. Diese Ausweise waren eine Art Schutzbrief in der Hölle, die die Faschisten auf ungarischem Boden geschaffen hatten. Raoul Wallenberg organisierte zusammen mit Vertrauten und Mitarbeitern die Ausreise all jener, denen schwedische Pässe ausgehändigt werden konnten. Die Geretteten wurden mit der Eisenbahn in die Schweiz gebracht. Nach Meldungen aus verschiedenen Quellen rettete Raoul Wallenberg zwischen 4000 und 100 000 Menschen. In der sowjetischen Presse wurde die Zahl von über 20 000 als am wahrscheinlichsten bezeichnet.

Im Westen stimmt man darin überein, daß die Rettungsaktionen des schwedischen Diplomaten das Ziel nicht erreicht hätten, wenn er nicht die ungarischen und die deutschen Besatzungsbehörden bestochen hätte. Er kannte höchste Beamte des ungarischen Sicherheitsdienstes und den Gestapo-Chef von Budapest Adolf Eichmann.

Wallenberg – und Eichmann, der Humanist – und der Massenmörder... Äußerlich waren sie untrennbare Freunde. Sie begegneten sich im Offizierskasino, im Kreis von Militärs und bei mondänen Veranstaltungen, bei Festgelagen... Eichmann bewunderte oft Raoul Wallenbergs Cabriolet – solide gebaut und zuverlässig. Raoul, selbst ein großer Autofreund, der viel für Autorennen übrig hatte, scherzte einmal, als er Eichmanns Interesse bemerkte: „Gefällt es dir? Ich kann dir auch so einen Wagen orga-

nisieren. Ja, ein ganzes Dutzend! Doch eine Hand wäscht die andere...“

Eichmann wartete, was man von ihm verlangen würde. Wie sich herausstellte, erforderte die „Gefälligkeit“ (die Freilassung von zum Tode Geweihten) eine gewisse Wendigkeit. Doch die war ihm nicht abzusprechen. Und Wallenberg geizte nicht...

Einige westliche Autoren von Arbeiten über Raoul Wallenberg meinen unter Hinweis auf vertrauenswürdige Dokumente, er sei 1944 nicht ohne Mithilfe der US-Spionage nach Budapest entsandt worden. Die Operationen zur Rettung der jüdischen Bevölkerung seien von den USA, vor allem von in Amerika lebenden Juden, bezahlt worden. Dieser Umstand mußte Stoff für weitere Mutmaßungen liefern. So schrieb der amerikanische Historiker David S. Weeman: „Möglicherweise lösten Wallenbergs amerikanische Verbindungen den Verdacht der sowjetischen Behörden aus, er sei zu Spionagezwecken nach Budapest entsandt worden. Sie wußten möglicherweise auch, daß der Bevollmächtigte des Rats für Angelegenheiten der Kriegsflüchtlinge in Schweden, Ivar Olsen, der regelmäßig Kontakt zu Wallenberg unterhielt, Agent der Agentur für Strategische Dienste (OSS) der USA, des Vorgängers der CIA, war, woraus sich ergab, daß Wallenberg selbst mit der OSS liiert war.“ Doch Weemans Meinung findet keinerlei Bestätigung und bleibt nur eine mögliche Hypothese.

Die letzten Zeugen

Ende Dezember 1944 schlossen die Truppen der 2. und der 3. Ukrainischen Front die Einkesselung einer 190 000 Mann starken deutsch-ungarischen Gruppierung im Raum von Esztergom ab. Im Januar und Februar 1945 wurde weiter hart gekämpft, um sie endgültig zu schlagen. Die Erstürmung von Budapest durch sowjetische Truppen fand am 13. Februar ihren Abschluß.

Raoul Wallenberg sagte in jenen Tagen laut Informationen der ungarischen Presse zu einem seiner nächsten Mitarbeiter, er erwarte interessiert die weitere Entwicklung, obwohl er sich sein Schicksal nicht ganz klar vorstelle.

Über Zeit, Ort und Umstände der Verhaftung Raoul Wallenbergs gibt es widersprüchliche Informationen. In Jenő Levais Buch, erschienen in den USA, heißt es z. B., Raoul Wallenberg sei zum letzten Mal in Pest in der Straße am 17. Januar 1945, bewacht von sowjetischen Offizieren, gesehen worden und man habe ihn nach Debrecen schicken wollen. Dort befand sich die Provisorische Nationalregierung Ungarns unter Generaloberst Bela Miklos. Nicht ausgeschlossen, daß es um die Übergabe Raoul Wallenbergs an die ungarischen Behörden als einer Person, die enge Verbindungen zu ungarischen und deutschen Faschisten unterhielt (der wahre Charakter dieser Verbindungen war zu diesem Augenblick natürlich nicht bekannt), ging. Doch auch der Diplomat selbst hat vielleicht mit dem neuen

Regime im Lande in seiner Eigenschaft als offizieller Vertreter Schwedens Kontakt aufnehmen wollen.

Anfang 1987 brachte die ungarische Zeitung „Magyar Hirlap“ ein Interview mit Laszlo Hertelendy, der Raoul Wallenberg geholfen hatte. Wie Hertelendy erklärte, sei er zum letzten Mal am 12. Februar 1945 mit Raoul Wallenberg in der Kirche auf dem Krisztina-Platz in Budapest zusammengetroffen. Diesen Tag könne er nicht mit einem anderen verwechseln: Sowjetische Patrouillen und ungarische Freiwillige mit roten Armbändern kamen die Naphegy-Straße herunter. Raoul Wallenberg wollte in der Kirche Schutz suchen und riet Hertelendy, ebenso zu verfahren. Er äußerte sich unbestimmt über seine Zukunft und fügte angeblich hinzu, er wisse nicht, was ihn noch erwarten könne.

Die Kirche auf dem Krisztina-Platz war in Kreisen der Buda-Intelligenz durch ihre „wohlriechenden Messen“ bekannt: Während des sonntäglichen Gottesdienstes dufteten viele Frauen in der Kirche nach feinstem französischem Parfüm. Als Raoul Wallenberg die Kirche verließ, wurde er vom Geistlichen Dr. Imre Szabo, von den Kapellänen Soltan Liska und Miklos Nagy, dem Pfarrer der Kirchengemeinde der Hermina-Kapelle, Jozsef Paletta, und vom Sakristan Nogradi gesehen. Es waren die letzten, die Raoul Wallenberg zum letztenmal sahen.

Ein Aide-memoire

Etwa seit dieser Zeit ist Raoul Wallenberg von der Bildfläche verschwunden. An ihn erinnerte man sich später, als Angehörige und Freunde in Schweden Auskünfte über sein Schicksal einholten. Stockholm

fragte wiederholt in Moskau betreffs Raoul Wallenberg an, doch erhielt widersprüchliche Antworten. Anfangs erklärte die sowjetische Seite, Raoul Wallenberg sei zusammen mit anderen festgenommen worden und befinde sich unter dem Schutz sowjetischer Truppen an einem sicheren Ort. Dann wurde der schwedischen Seite überraschend mitgeteilt, Raoul Wallenberg befinde sich nicht auf sowjetischem Territorium und sein Aufenthaltsort sei den sowjetischen Behörden nicht bekannt. Irgendwelche Erläuterungen folgten damals nicht. Erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU, der die Enthüllung der Verletzungen der Gesetzlichkeit in der Zeit des Stalinismus einleitete, entstanden die Bedingungen, um das Schicksal des schwedischen Diplomaten objektiv zu klären.

Heute ist völlig klar, daß der damalige Minister für Staatssicherheit, Abakumow, gesetzwidrige Handlungen zuließ, indem er Wallenberg im Gefängnis festhielt und nach eigenem Gutdünken über sein Schicksal entschied. Abakumow und seine Helfershelfer suchten, um die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen, die Behörden bewußt über die Lage von Raoul Wallenberg in die Irre zu führen, und dann vernichteten sie auch die Unterlagen über ihn. (Abakumow wurde nach einem Urteil des Obersten Gerichts erschossen.)

Westlichen Journalisten gelang es, auf einem Empfang zu Nikita Chruschtschow vorzudringen. Chruschtschow hatte es gern, wenn man ihm Fragen stellte, und die Journalisten machten sich das zunutze. Diesmal wurde ihm eine gar nicht leichte Frage gestellt: Wo befindet sich Raoul Wallenberg, was geschieht mit ihm und warum gibt

die sowjetische Seite diesbezüglich keine erschöpfenden Auskünfte?

Nikita Chruschtschow, bekannt durch seine augenblickliche Reaktion, dachte einen Moment nach und sagte dann etwa das folgende:

„Nehmen Sie doch den Piskarjowo-Friedhof in Leningrad. Wie viele der verschiedensten Menschen sind dort beige-setzt? Schwer genau zu sagen, obwohl es Schätzungen gibt und sogar die ungefähre Zahl genannt wird.“ Und dann fügte er fast ohne Pause hinzu: „Viele namenlose Helden wurden noch nicht gefunden, und das Schicksal vieler Verschollener konnte nicht geklärt werden.“

Nikita Chruschtschow antwortete offener, und offenbar war er selbst über das Schicksal des schwedischen Diplomaten nicht genau informiert. Doch er wollte für volle Klarheit sorgen.

Im Februar 1957 wurde der Botschafter Schwedens in der Sowjetunion, R. Soulman, ins UdSSR-Außenministerium bestellt und ihm ein Aide-memoire mit einem in der diplomatischen Praxis nicht ganz gewöhnlichen Inhalt überreicht. Es enthielt die Antwort auf die Bitte des damaligen Ministerpräsidenten Tage Erlander, alle Angaben über Raoul Wallenberg ein weiteres Mal zu überprüfen.

Im Zusammenhang mit der Bitte der schwedischen Regierung, hieß es im Aide-memoire, wurden die zuständigen Organe von der Sowjetregierung damit beauftragt,



Adolf Eichmann und seine Opfer

eine Überprüfung der Materialien über Raoul Wallenberg vorzunehmen. Nach ihrer eingehenden Analyse und Überprüfung gingen die sowjetischen Behörden gründlich das Archivmaterial durch und befragten eine große Zahl von Personen, die mit dem in den Dokumenten aus Schweden Dargelegten irgend etwas zu tun haben. Dann studierten die zuständigen sowjetischen Organe gründlich alle Archivunterlagen einiger Gefängnisse. Dabei wurde unter den Dokumenten des Sanitätsdienstes des Lubjanka-Gefängnisses ein handschriftlicher Bericht des Leiters dieses Dienstes, A. Smolow, an den damaligen Minister für Staatssicherheit, Abakumow, gefunden. In diesem Bericht heißt es:

„Ich melde, daß der Ihnen bekannte Häftling Wallenberg heute nacht plötzlich vermutlich infolge eines Herzinfarkts in seiner Zelle starb. Im Zusammenhang mit Ihrer Anordnung, Wallenberg persönlich im Auge zu behalten, bitte ich um Anweisungen, wem die Obduktion zur Ermittlung der Todesursache zu übertragen ist.

Leiter der Sanitätsabteilung
des Gefängnisses,
Oberst des medizinischen Dienstes
Smolow“

17.07.47

Der Bericht enthält Smolows eigenhändige Notiz: „Ich habe dem Minister persönlich Bericht erstattet. Es wurde angeordnet, den Leichnam ohne Obduktion einzuschern.

Smolow“

17.07

Irgendwelche Informationen dokumentarischer Art oder Zeugenaussagen konnten nicht erhalten werden, um so mehr, da Smolow selbst 1953 starb. Es bleibt also nur der Schluß, daß Wallenberg im Juli 1947 starb und sein Grab nicht erhalten ist. Die Regierung der UdSSR, hieß es in dem Aide-memoire, bekundete ihr aufrichtiges Bedauern und ihr tiefes Beileid an die Regierung Schwedens und die Angehörigen Raoul Wallenbergs.

Ein Platz in der Geschichte

Das Dokument des UdSSR-Außenministeriums vom Februar 1957 war Experten, Journalisten und der Weltöffentlichkeit bekannt. Es wurde im ersten Band des Weißbuchs des schwedischen Außenministeriums über Raoul Wallenberg veröffentlicht, wurde von der amerikanischen Journalistin Marton und der ungarischen Zeitung „Magyar Hirlap“ zitiert. Dieses Dokument ist die Grundlage für die unvoreingenommene Interpretation des Endes von Raoul Wallenbergs Lebensweg und schließt im Grunde seinen Fall ab. Man könnte meinen, Erfindungen und Legenden um Raoul Wallenberg sei nun ein Ende bereitet. Sein Schicksal wurde endgültig



Denkmal für Raoul Wallenberg in Budapest

geklärt, und sein Name nimmt in der Geschichte des zweiten Weltkrieges den Platz ein, der ihm gebührt. Doch auch danach schien manchen im Westen die Antwort der sowjetischen Seite nicht erschöpfend genug zu sein. So ist davon die Rede, Raoul Wallenberg habe nicht eingeschert werden können, da es im Gefängnis kein Krematorium gegeben habe, das Verschwinden seiner Privatgegenstände, die nicht an die Angehörigen zurückgegeben wurden, das Fehlen oder die Vernichtung des „violetten Dossiers des NKWD“, an dem man den Lebensweg des Häftlings hätte verfolgen können – all das könne, wenn nicht direkt, so doch indirekt, zugunsten der Version, der zufolge er noch am Leben sei, interpretiert werden.

Ja, unter den Bedingungen der Stalinischen Gesetzlosigkeit und der Willkür von Personen, die mit enormer Macht versehen waren, kann man solche „Kleinigkeiten“ wie die Einäscherung eines Leichnams oder die Vernichtung eines Häftlings ebenso wie seiner Privatgegenstände nicht als besonderes Problem ansehen. Wie viele sowjetische Menschen schieden schuld- und spurlos aus dem Leben wie Raoul Wallenberg, der keine weiteren Spuren hinterließ!

In der Sowjetunion, die schwere Verluste im Krieg und unter der Stalinischen Willkür hat hinnehmen müssen, hat man volles Verständnis für die Besorgnis aller, die Interesse an Raoul Wallenbergs Schicksal zeigten, besonders seiner Angehörigen. Doch leider wurde auf die 1986 erfolgte Nachfrage der schwedischen Seite und auf andere analoge Bitten um Auskunft keine andere Antwort gegeben als die, die bereits 1957 erteilt und dann bei Briefings im UdSSR-Außenministerium in den Jahren 1987–1989 bestätigt wurde: Raoul Wallenberg starb 1947. Möglicherweise ist es für diejenigen, die ihr Leben diesem mutigen Mann zu verdanken haben, nicht leicht, die bittere Wahrheit zu akzeptieren. Sie hoffen immer noch auf ein Wunder, lassen sich von Wunschdenken leiten. Solche Gefühle kann man verstehen. Doch die Vergangenheit kann man nicht zurückholen. Unsere gemeinsame Pflicht ist es, die menschlichen Beziehungen so zu gestalten, daß sie des Andenkens an alle Humanisten, die ihr Leben der Rettung von Menschen vor dem Tod und vor faschistischen Verfolgungen widmeten, würdig sind.

W. Pestscherski

„Neue Zeit“ jetzt auch in Griechisch

Seit Januar 1988 bringt die Firma Nei Keri (Athen, Griechenland) die NZ in Griechisch heraus.

Erscheinungsweise: Einmal monatlich, 12 Hefte pro Jahr. Die griechische Ausgabe der NZ kann man problemlos abonnieren. Schicken Sie bitte an die Firma Nei Keri Elladas (Nikis-Straße 24, 105 57, Athen, Griechenland) einen Scheck oder überweisen Sie auf ihr Konto Nr. 104/470838-57 bei der Nationalbank von Griechenland S.A., Syntagma-Platz, Filiale 10, Servias-Straße 6, das Geld für das Jahresabonnement – 25 US-Dollar – und geben Sie dabei Name, Anschrift und Telefon an. Wie gesagt: Ein Jahresabonnement kostet 25 US-Dollar. Der Einzelpreis eines Heftes beträgt 2,10 US-Dollar (incl. Postgebühren). Interessenten können alle in diesem Jahr erschienenen Hefte bestellen.



Die Musikfreunde sind geschockt: **Herbert von Karajan** hat seinen Posten als Chefdirigent und künstlerischer Leiter des Berliner Philharmonie-Orchesters (Westberlin) aufgegeben. Dieser Klangkörper, mit dem über 30 Jahre seines Schaffens verbunden waren, hat durch seine Hilfe einen führenden Platz in der Welt der Musik erobern können. Diese Trennung, meinen Kenner, kann zu einem unüberbringlichen Verlust in der Kunst führen.

Karajan, den viele für den besten Dirigenten der Welt halten, stand oft genug im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen, sowohl wegen seiner Darbietungsmanier als auch wegen seiner politischen Vergangenheit: 1935 war er Mitglied der NSDAP geworden. Nach der Zerschlagung des Faschismus untersagten ihm die Alliierten jegliche Konzerttätigkeit. 1947 wurde dieses Verbot aufgehoben.

Der Rücktritt des Dirigenten ist durch den angegriffenen Gesundheitszustand des 81jährigen und seinen langen und erfolgreichen Kampf um die Erweiterung der Prägung des künstlerischen Leiters des Orchesters bedingt. Der Sekretär Karajans versicherte allerdings vor Journalisten, der Bruch mit dem Berliner Orchester bedeute keinen Abschied von der Musik. Herbert von Karajan werde seine Dirigententätigkeit mit den besten Kollektiven der Welt fortsetzen.



„Vorstellungskraft ist etwas Mächtiges“, behauptet **Edgar Doctorow**, und seine Worte beziehen sich am besten auf ihn selbst. Doctorow, der seinen Vornamen Edgar Allan Poe verdankt, wurde einer der bekanntesten amerikanischen Schriftsteller. Er verfügt über die bemerkenswerte Gabe, ausschließlich Bestseller zu schreiben. In der UdSSR ist sein Roman „Ragtime“ verlegt worden. Sein siebentes Buch, das den Titel „Billy Bath-

gate“ trägt und vor kurzem erschien, wird von einigen Kritikern als das beste Werk des Autors eingeschätzt. Die Romanhelden sind der 15jährige Billy, eine Huckleberry-Finn-Gestalt, und der Gangster Schultz, der den jungen Helden unter seine Fittiche nimmt. Die Handlung spielt im Jahr 1934.

Bezüglich seiner Lebensweise folgt Doctorow dem Vorbild Flauberts, der hauptstädtische Vergnügungen mied, Ruhe und Maß bevorzugte.

Doctorow ist von der Notwendigkeit einer internationalen Solidarität der Schriftsteller überzeugt. Ohne Rushdies Roman „Satanische Verse“ gelesen zu haben, protestierte er gegen die Drohungen, mit dem Schriftsteller abzurechnen. Er äußerte ebenso seine Unzufriedenheit darüber, daß Präsident Bush keine „sofortigen und strengen“ Maßnahmen gegen den Aufruf Khomeinis ergreift, der alle Muslims aufforderte, Rushdie zu töten.

Ein neues Theater



Völlig unerwartet für **Alexander Kalaschnikow**, den Leiter des Jugendtheaters „Bum“ aus Kusnez (Gebiet Pensa), kam eine Einladung, die von der Firma Corecultura aus Kolumbien eintraf. Das Theater gastiert hauptsächlich in heimatlichen Gefilden.

Die Vorstellungen finden manchmal auf Flößen inmitten eines Waldsees statt, manchmal besteht die

Bühne aus den Wagen, mit denen das Theater durchs Land zieht und den alten Geist der Jahrmarktsgaukler auffrischt. Als Bühne kann ein Hinterhof dienen, aber auch ein Ballon. Wasser, Erde und Luft – das sind die drei Gefilde, in denen die Schauspieler von „Bum“ auftreten. Das Podium, das von einem Ballon getragen wird, ist allerdings noch ein Traum, denn bei uns werden solche Apparate nicht gebaut. Kalaschnikow hofft aber, einen ausländischen Sponsor zu finden, mit dessen Hilfe sich diese Idee realisieren läßt.

Zum Repertoire von „Bum“ gehören u. a. das Stück von Peter Weiss „Wie Herr Mockinpott das Leiden ausgetrieben wird“, „451 Grad Fahrenheit“ von Ray Bradbury und „Purpur-

segel“ von Michail Chromakow.

Alexander Kalaschnikow ist 33 Jahre alt. Nach einem Studium an der Theaterschule in Gorki und an der Kulturhochschule in Kuibyschew kehrte er in seine Heimatstadt Kusnez zurück, wo er ein Theater schuf, das nicht seinesgleichen kennt.

„Bum“-Artist zu sein, das ist kein Beruf, sondern ein seelischer Zustand, sagt Kalaschnikow selbst. Im kommenden Jahr will er eine neue Idee verwirklichen und ein internationales Festival der Straßentheater veranstalten. Später soll in Kusnez eine „Theaterstadt“ gegründet werden, ein Kulturzentrum für Akteure und Musikanten zur Pflege und Wiederbelebung der volksverbundenen Kunst.



Der junge Hollywood-Schauspieler **Matthew Broderick** wurde durch den Film „War Game“ bekannt. Der von Broderick gespielte junge Computerfan hätte beinahe die Welt an den Abgrund des Krieges geführt. Nun spielt Matthew Broderick im Film „Glory“ die Rolle des Kommandeurs des 54. Freiwilligen Massachusetts-Infanterieregiments, der vom Kampf der Afroamerikaner im amerikanischen Bürgerkrieg auf seiten der Nordstaatenarmee handelt. Das aus weißen Offi-

zieren und schwarzen Soldaten bestehende Regiment leistete einen enormen Beitrag zur Zerschlagung der Truppen des sklavenhaltenden Südens. Im Film wird gezeigt, wie die Frontkameradschaft von Vertretern zweier Rassen gegen rassistische Vorurteile und politisches Ränkespiel bestehen konnte.

Bis auf den heutigen Tag ist kaum etwas über die fast 200 000 schwarzen Kämpfer bekannt, die für die Nordstaaten ihr Leben aufs Spiel setzten. Der Film „Glory“ soll diese Lücke in gewisser Weise ausfüllen.

Die Analytiker aus Hollywood sagten dem Film ein finanzielles Fiasko voraus. Vier Jahre lang konnten sich die Filmschöpfer nicht dazu entschließen, mit den Aufnahmen zu beginnen. Endlich waren alle Schwierigkeiten überwunden, u. a. dank der Bereitwilligkeit der Hauptdarsteller, für eine bescheidenere Gage als gewöhnlich zu arbeiten.



Jgor Saizew ist der 29jährige Sohn des bekannten Modeschöpfers. Er absolvierte die Moskauer Technologische Hochschule mit Auszeichnung und bekam anschließend sofort eine Anstellung bei seinem Vater. Nun entwirft er im Moskauer Haus der Mode, Prospekt Mira 21, seine eigene Kollektion.

Seine ungewöhnlichen Modelle erzeugen den Eindruck, als wolle er damit die Ideen der Avantgarde und des Konstruktivismus der 20er Jahre realisieren. Letztlich entstehen Modelle des 21. Jahrhunderts.

Und wie kleidet sich

Jgor selbst? Ein bißchen heavy, ein bißchen metal. Welche Hobbys er hat? Jgor zeichnet gern. Das kürzlich erschienene Buch „ABC der Mode“ von Lydia Orlowa, der Chefredakteurin des Moskauer „Modeshurnals“, wurde von Saizew jr. illustriert.

Wenn Modelle von Jgor Saizew auf dem Laufsteg erscheinen, scherzen die Kenner: „Wir nehmen sie in Kauf, ohne uns von ihnen erschrecken zu lassen!“



Beinahe sein ganzes Leben steht der britische Aristokrat **Moynihan de Leeds** mit dem Gesetz auf Kriegsfuß. Der Baron wurde schon mehrfach wegen Betrug verklagt, man versuchte sogar, ihn zu verhaften. Er reiste von einem Land ins andere, wechselte seine Frauen und Tätigkeiten, um die Polizeibeamten an der Nase herumzuführen.

1986 schloß der Baron Bekanntschaft mit dem Chef der internationalen Drogenmafia Dennis Howard Marks, der den Rauschgifttransport über den sogenannten Marco-Polo-Kanal kontrollierte.

Diese Bekanntschaft hatte für Marks ziemlich negative Folgen. Er wurde verhaftet. Später wurde bekannt, der britische Aristokrat habe mit dem Amt für Rauschgiftbekämpfung der USA zusammengearbeitet und ihm umfangreiche Informationen über den Marco-Polo-Kanal zugespielt. Der 53jährige Sir Moynihan kann sich vor Nachstellungen durch die Hüter des Gesetzes sicher fühlen und unbelästigt der Gesellschaft seiner vierten Ehefrau (Foto) hingeben.

Jurist und Tierschützer

Indem wir die Tiere schützen, schützen wir die Menschen, sagte Professor **Oleg Kolbassow**, Vorsitzender der kürzlich gegründeten Unions-Tierschutzgesellschaft. Er ist stellvertretender Direktor des Instituts für Staat und Recht der AdW der UdSSR und Verdienter Wissenschaftler der RSFSR. 30 Jahre lang widmet er sich dem Umweltschutz, 15 Jahre arbeitet er an der Rechtsgrundlage für den Tierschutz. 1980 wurde ihm der Internationale Umweltrechtspreis verliehen, 1987 bekam er die Ehrenmedaille der Pace University (USA) überreicht.



„Besonders müssen die Tiere in den Vivarien leiden. Dort herrscht Sadismus und Hartherzigkeit“, sagte Oleg Kolbassow. „Auch der Umgang mit den in der Landwirtschaft verwendeten Tieren läßt zu wünschen übrig. Ihre durchschnittliche Lebensdauer ist aufgrund ihrer Unterbringung in nicht dazu geeigneten Räumen, schlechter Pflege und grobem Umgang von 15 bis 17 auf 5 bis 7 Jahre gesunken. Auch die Tiere im Zirkus haben viel zu leiden. Oft werden schmerzhaft Torturen angewandt. Als der Zirkus auf den Lenin-Bergen in Moskau errichtet wurde, hat man die Fläche für die Zuschauer vergrößert, nicht aber die Fläche für die Tierpflege. In letzter Zeit wird viel vom Mangel an Humanität in unserer Gesellschaft und vom Anstieg der Kriminalität gesprochen. Kaum aber einer denkt darüber nach, daß das Böse im Menschen bei seiner Brutalität gegenüber Tieren, bei der unbedachten Vergewaltigung der Natur beginnt.“

Die neue Organisation wird eine öffentliche Inspektion für den Kampf gegen die Grausamkeit ins Leben rufen. Das Präsidium unterstützt das Aktionsprogramm für Barmherzigkeit „Obdach“, das sich die Rettung obdachloser Tiere zur Aufgabe macht.

Die Gesellschaft wird veterinärmedizinische Zentren und ein Pensionat errichten, wo man seine Haustiere für die Zeit des Urlaubs oder einer Dienstreise in behutsame Pflege geben kann. Es ist geplant, einen eigenen Verlag zu gründen, der den riesigen Mangel an Literatur über Tiere beseitigen wird.

Spenden können an die Vneshekonombank der UdSSR auf das Konto Nr. 70 000 009 überwiesen werden.



Ein ausländischer Dozent ist an der Moskauer Hochschule für Fremdsprachen nichts besonderes. Der amerikanische Professor **Edward Nordby** unterscheidet sich aber von den anderen dadurch, daß er in Mos-

kau geboren wurde, genauer in Moscow (Bundesstaat Idaho), das einst von russischen Auswanderern gegründet wurde.

Professor Nordby ist an der New York University angestellt. Außerdem unterrichtet er am College of Oswego russische Literatur.

„Erstmals weilte ich 1959 in der Sowjetunion, als zwischen den USA und der UdSSR ein Kulturabkommen unterzeichnet wurde. Alljährlich besuchen Studenten, Aspiranten und Professoren aus den USA sowjetische Hochschulen.

1974 wurde ein Vertrag direkt zwischen der New York University und der Moskauer Hochschule für Fremdsprachen abgeschlossen, durch den ein regelmäßiger Austausch von Studenten und Dozenten möglich wurde.

Seither ist Professor Nordby schon sechsmal in der UdSSR gewesen, wo er Leningrad, Kiew und Rostow/Don besuchte. Seine 1967 in Moskau geschriebene Habilitationsschrift war dem Schaffen Gogols gewidmet.

Als „eine Gabe, die wertvoller und mehr ist als alles Silber, Gold, Edelsteine und aller vergängliche Reichtum“, wird in der „Vita des Konstantinos“, einem der frühesten schriftlichen Zeugnisse der slawischen christlichen Kultur, die Gründung des Schrifttums slawischer Sprache gewürdigt



„Ehrfurcht vor Büchern“

Die Überlieferung besagt, daß Rostislaw, Fürst von Mähren, dem byzantinischen Kaiser Michail folgende Botschaft geschickt hatte: „Da unsere Menschen das Heidentum gelehrt haben und sich an christliches Gesetz halten, brauchen wir einen solchen Lehrer, der uns in unserer Sprache den wahren christlichen Glauben darlege, damit auch andere Lande, die das sehen, es uns gleichtun. So schicke uns also, Herrscher, einen solchen Hirten und Lehrer.“ Der Kaiser rief damals Konstantin, mit Mönchsamen Kyrill, zu sich. Das war ein vielseitiger Mann von großer Begabung. Er stammte aus Soluni, einer Stadt, in der schon damals viele Slawen wohnten. Kaiser Michail sprach: „Höre, Philosoph, ich weiß, daß vieles auf dir lastet, aber du mußt dorthin gehen, weil das kein anderer außer dir vollbringen kann.“

„Und so ging der Philosoph und nahm nach altem Brauch weitere Helfer mit sich zum Gebet. Bald darauf zeigte Gott, der die Gebete seiner Knechte erhört, ihm die Buchstaben. Er formte daraus eine Schrift und begann die Worte des Evangeliums niederzuschreiben: „Am Anfang war das Wort.“ ... Und es öffneten sich die Seelen der Tauben, um die Worte aus dem Buch zu vernehmen.“

Auf diese Weise wird in der für die christliche Kultur traditionellen Heiligenbiographie das Entstehen eines Schrifttums slawischer Sprache geschildert. Heute gehen Wissenschaftler von einem längerwährenden, schwierigen Prozeß aus, der immer noch viele Fragen offen läßt, zum Beispiel, die vielumstrittene Frage, ob es vor Kyrill und Method schon ein slawisches Schrift-

tum gegeben hat, wenn ja, in welcher Form.

Nichtsdestoweniger leugnet kein einziger Fachmann die große Bedeutung der christlichen Aufklärer Kyrill und Method sowie die Tatsache, daß das slawische Schrifttum über 1100 Jahre alt ist.

Was hat es der Welt der Slawen, was hat es dem russischen Menschen gebracht? Wollte man besonders geistreich erscheinen, könnte man sagen, daß schon die Möglichkeit, diesen Artikel zu schreiben und diese Zeitschrift herauszugeben, Kyrill und Method zu verdanken ist. Wir können uns schon keine Kultur mehr ohne Schrifttum vorstellen. Kann man andererseits das Schrifttum und seine Handhabung mit Kultur identifizieren? Gewiß nicht. Deshalb sagen wir ja auch: Kultur und Schrifttum der Slawen. Schrift ist die Grundlage der Kultur, Alphabetisierung allein macht aber aus dem Menschen allein noch keinen Kulturträger. Hier stehen wir vor der nicht eben leichten Frage, die wir lösen müssen, wenn wir die richtige Beziehung zwischen den in unserem Bewußtsein fest verbundenen Begriffen Kultur und Schrift formulieren wollen.

Wir sehen, daß beide Worte ihre eigene Bedeutung haben und eins das andere nicht ersetzen kann. Das Vorhandensein einer Schrift und die Beherrschung derselben durch breite Schichten der Bevölkerung ist noch kein Anzeichen dafür, daß das entsprechende Volk oder seine einzelnen Repräsentanten kulturvoller sind als andere Völker. Der Kulturbegriff ist weiter gefaßt als der Begriff des Schrifttums. Außerdem haben wir mit dem Auftreten der Schrift und der Entwicklung des Buch-

drucks etwas anderes unwiederbringlich verloren. „Wir neigen nicht zu paradoxen Gedanken und haben nicht die Absicht, jene kolossale Wende negativ zu bewerten, die mit der Erfindung der Schrift eingesetzt hat. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß die Schrift, indem sie die Menschheit beglückt hat, ihr gleichzeitig etwas von wesentlicher Bedeutung weggenommen hat“, schreibt der französische Anthropologe Levi-Strauss, als er die unmittelbare Kommunikation meinte.

Um die Frage noch etwas zu verdeutlichen, möchte ich Lew Tolstoi zitieren: „Über den Streit, ob die Beherrschung der Schrift nützlich sei oder nicht, sollte man keinesfalls lachen. Es ist nämlich ein sehr ernsthafter und trauriger Streit, und ich beantworte diese Frage eindeutig negativ. Die Kenntnis des Alphabets, der Prozeß des Lesens und Schreibens, sind schädlich.“ Hier könnte man Tolstoi natürlich bei einem Widerspruch ertappen und sagen, daß er selbst nicht so bekannt wäre und seine Einwände gegen die Schreib- und Lesefähigkeit nicht einmal niederschreiben könnte, wenn es keine Schrift gäbe und die Menschen sie nicht beherrschten. Das würde nur an der Sache vorbeigehen. Die Schreib- und Lesefähigkeit ist nicht mit Kultur gleichzusetzen. Natürlich ermöglicht uns die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben den Zugang zur Kultur. Wenn hingegen jemand sein ganzes Leben lang nur Sportzeitschriften liest oder nur Geschäftsdokumente unterschreibt, kann man ihn dann eigentlich nur aufgrund dessen schon für kulturvoller halten als Arina Rodionowna, die Kinderfrau von Puschkin? Um eine kulturvolle Persönlichkeit zu werden, reicht es nicht, wenn man nur lesen und schreiben kann, man braucht darüber hinaus den Zugang zu Werken der echten Kultur sowie die Möglichkeit, selbst etwas hervorzubringen.

Das 20. Jahrhundert brachte sowohl eine neue Bestätigung für die Position von Lew Tolstoi als auch neue Argumente für die Bedeutung des gedruckten Wortes. Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre machte die „Kulturrevolution“ in unserem Land alle mit dem gedruckten Wort vertraut. Das Volk wurde alphabetisiert und gleichzeitig der Kultur ein enormer Schaden zugefügt. Der Analphabetismus war zwar beseitigt, aber aus der Presse wurde alles entfernt, was nach offizieller Meinung nicht der ideologischen Norm entsprach.

Was bleibt von der Freude über die egalitäre Verteilung materieller Güter, wenn alle eine ärmliche Existenz fristen und ihrer Freiheiten beraubt sind? Was nützt Chancengleichheit beim Zugang zur Kultur, wenn es die nicht gibt?

Heute, da Massenmedien wie Rundfunk, Film und Fernsehen, weite Verbreitung gefunden haben, hört man oft, daß die Zeit des Buches vorbei sei. In der Konfrontation mit der massenhaften Pseudokultur wächst jedoch die Erkenntnis, daß die große Bedeutung des geschriebenen Wortes darin

besteht, den Menschen an die Traditionen und die nationalen Wesenszüge des Volkes, dem er selbst angehört, und an die Weltkultur heranzuführen. Durch das Buch kann man in die Vergangenheit eindringen, also auch in die Zukunft, denn es gibt keine Zukunft ohne Vergangenheit. Durch das Buch kann man das eigene Volk und andere Völker nachempfinden, und nicht nur das, man kann ihre Wünsche und Hoffnungen erkennen.

Im Gegensatz zu Rundfunk, Film und Fernsehen bietet das Buch die Möglichkeit des Innewerdens, des Miterlebens und der Entwicklung schöpferischer Phantasie, weil man jederzeit einhalten und das Gelesene überdenken kann. Eine Fortsetzung und Folge des Lesens ist das Tagebuch, über das der Mensch zum selbständigen Schaffen kommt.

Die wichtigste Komponente unserer sittlichen Erziehung ist die klassische russische Literatur. In den letzten Jahren wurden viele literarische Werke veröffentlicht, die den Leser in den Jahren des Personenkults und der Stagnation nicht erreicht hatten. Sehr viel bescheidener sieht es im Bereich der einheimischen Historiographie und Philosophie aus. Ich betone das Wort **einheimisch** nicht von ungefähr, denn gerade über die Geschichte und Philosophie des eigenen Volkes findet die vollwertigste Annäherung an die Weltgeschichte und -philosophie statt. Ebenso wie jede Literaturstunde in der ersten Klasse einer russischen Schule mit russischen Märchen und Puschkin-Gedichten beginnt, sollte auch das Studium von Geschichte und Philosophie mit russischer Geschichte und russischer Philosophie einsetzen.

Das Studium der eigenen Kultur ist eine Leiter, über die man zu den Höhen der Weltkultur aufsteigen und „sein Gedächtnis um alle die Schätze bereichern kann, die von der Menschheit gehoben worden sind“ (Lenin). Heute gibt es das nicht. Wir müssen uns schmerzlich eingestehen, daß wir unsere eigene Historiographie und Philosophie fürchten. Wir fürchten sie, weil wir uns nicht gut vorbereitet haben, weil wir faul waren, weil wir unsere Ideale in Gefahr sehen und mit einer gewissen Einbildung behaftet sind, „die Spitze des Lebens und die fortschrittlichsten aller Gesellschaften“ zu sein.

Uns behindert auch die falsche Auffassung, man müsse die Liebe zur Heimat, zum Eigenen und Nationalen nicht erst lernen, das habe man im Blut. Dagegen müsse man den Menschen zum Internationalismus erziehen. Gerade das aber, was man im Blut hat, muß durch Kultur **veredelt** werden, will man den Ausbruch chauvinistischer Leidenschaften vermeiden. Zunächst einmal muß man mit der nationalen Kultur veredelt werden. Über sie kann man dann zur Achtung vor der Kultur anderer Völker erziehen.

So wie derjenige normal ist, der seiner Vergangenheit eingedenk ist, lebt auch das Volk normal, das seine Traditionen bewahrt, das seine Vergangenheit nicht vergißt und über den Sinn des Lebens und den Sinn der Geschichte nachdenkt.

Das Volk erinnert sich an alles Gute und alles Schlechte in seiner eigenen Geschichte. Stalin konnte sagen, daß „der Sohn nicht die Verantwortung für den Vater trägt“. Dafür tragen wir heute die Verantwortung für unse-

ren „leiblichen Vater“. Sobald wir uns jeder Verantwortung entledigen und vielleicht sogar noch den modernen Spruch hersagen „Ich bin keinem auch nur das geringste schuldig“, schließen wir uns selbst aus dem Volk als einen ganzheitlichen Organismus aus, werden zu einem vereinzelt Atom in der Masse, zu einem Sandkorn, das für nichts mehr zur Verantwortung gezogen werden will. Man kommt ihm entgegen, es braucht wirklich nichts mehr selbst zu verantworten, sondern nur noch zu tun, was man ihm sagt. Es hat dann schon nicht mehr die Kraft, sich aufzulehnen, weil es ihm am inneren moralischen Rückgrat gebricht.

Ein besonders sorgfältiges Studium der slawischen Kultur ist auch noch deshalb erforderlich, weil sie aufgrund der Spezifik slawischen Geistes und seiner auf die eigenen Tiefen gerichteten Bestrebungen nicht zur allgemeinen Anschauung offen ausliegt.

Über den Geist eines Volkes zu sprechen ist schwerer als über Werke der Kultur, weil die wesentliche Besonderheit dieses Geistes in seiner Irrationalität besteht. Man muß sich auf eine vergleichende Gegenüberstellung von Geist und Kultur verschiedener Völker beschränken. In diesem Sinne ist der wesentliche Zug des slawischen Geistes nicht, sich nach außen zu entfalten und raumgreifend zu expandieren, wie das für den westlichen Geist gilt, sondern er kommt immer wieder auf sich selbst zurück. Eigenschaften wie Beschaulichkeit und Verträumtheit sprechen gerade dafür, daß der Mensch das Bedürfnis hat, in die Tiefen seiner Seele einzutauchen. Dabei behält er natürlich ein gewisses Ideal von Eigenständigkeit im Auge, wohingegen in der Realität verschiedene Entlehnungen und Imitationen vorliegen können. Die slawischen Kulturen sind auf die inneren Elemente der Seele orientiert: Wegen dieser Orientiertheit auf die Grundlage des Seins und aufgrund des Wunsches, sich in der heimatischen Erde zu verflüchtigen, müssen ihre Blumen nicht immer so stark imponieren.

Wir alle kennen die in jedem Schulbuch verbreitete These von Belinski, daß die russische Literatur mit Puschkin einsetzt. Daß diese These nicht stimmt, wird immer deutlicher, je mehr literarisch bedeutsame Werke der Alten Rus herausgegeben werden. Ich denke hier nicht einmal nur an das abgegriffene Beispiel vom „Igorlied“. Hier sei nur an die „Sadonstschina“ oder an die „Erzählung von Jorsch Jorschowitsch“ erinnert. Die russische Literatur kann auf ein ehrwürdiges Alter zurückblicken, und natürlich ist Puschkin nicht ihr Begründer. Er hat nur auf einem bis dato ungekannten Niveau zum Ausdruck gebracht, was in der Tiefe der russischen Seele verborgen war. Er hat gewissermaßen den Damm gebrochen und dem bis dahin zurückgehaltenen Fluß ermöglicht, frei zu fließen.

In den Jahren des Personenkults, als die Kulturreaktion ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde der Literaturstrom gleichsam in mehrere flache und kaum noch sichtbare Bäche aufgespalten. Er verschwand unter der Erde. Über ihm bildete sich eine undurchdringliche Schmutzschicht, darunter floß reines Wasser, ohne das der Mensch nicht leben kann, und je tiefer man taucht, desto sauberer wird das Wasser, nur, daß es

bei oberflächlichem Hinsehen nicht zu erkennen ist.

Wir haben keine russische Enzyklopädie, die archäologische, ethnologische und historische Zeugnisse der materiellen und geistigen Kultur des russischen Volkes in seiner Interaktion mit anderen Völkern, die die Erde bewohnen, und natürlich seines gegenwärtigen Zustandes enthält. Ein gesellschaftlicher Rat unter der Leitung des korrespondierenden Akademiestats O. Trubatschow ist gebildet worden, um eine solche Enzyklopädie zusammenzustellen. Die Leitung des russischen Kulturfonds hat das Kulturzentrum „Russische Enzyklopädie“ bestätigt. Der vor einiger Zeit gegründete Fonds für slawisches Schrifttum und slawische Kulturen beabsichtigt, die Ausgabe einer Slawischen Kultur-Enzyklopädie vorzubereiten und Tage der slawischen Kultur und des Schrifttums in der UdSSR zu finanzieren.

Die ersten Tage der slawischen Kultur fanden 1986 in Murmansk statt. Es beteiligten sich nur wenige Menschen. Im letzten Jahr in Nowgorod waren es schon mehrere tausend. Diese Festtage fielen mit den Feierlichkeiten zur 1000jährigen Taufe der Rus zusammen, eine bemerkenswerte Tatsache, wenn man die bedeutende Rolle der Religion bei der Wahrung und Entwicklung der slawischen kulturellen Traditionen berücksichtigt.

Die diesjährigen Festtage in Kiew begannen am 24. Mai, dem Gedenktag für Kyrill und Method, und sind dem 175. Geburtstag von Taras Schewtschenko gewidmet.

Zweifelloos werden diese Festtage, die den Rahmen für wissenschaftliche Konferenzen und Ausstellungen abgeben, bei denen geistige Musik zu hören sein wird, dazu beitragen, daß Repräsentanten verschiedener Kulturbereiche unseres Landes einander näherkommen. Das ist überhaupt eine vordringliche Aufgabe für die gegenwärtige Kultur, die in vieler Hinsicht in einzelne, kaum miteinander verbundene und oft einander entgegengesetzte Zellen aufgesplittet ist. Auch die Annäherung von Repräsentanten verschiedener slawischer Kulturen und ihr Zusammenschluß um eine gemeinsame Grundlage, nämlich das geschriebene Wort, soll damit gefördert werden.

Nicht nur Menschen, sondern auch Kulturen werden hierbei aufeinander treffen. Ihre Begegnung ist nur unter der Bedingung fruchtbar, daß sie selbst genügend Substanz haben und sich in einem Entwicklungsprozeß befinden, und nicht, wenn jede von ihnen hinter einem eigenen eisernen Vorhang der Entfremdung vor sich hin lebt.

Das Fest der Kultur und des Schrifttums soll wie auch das Studium der Kultur zu einer ständigen Einrichtung werden. Wir brauchen Schulen mit einem vertieften Studium slawischer Kultur und slawischen Schrifttums, die Fakultäten gleichgestellt werden können, damit das Studium der slawischen Kultur nicht länger ein Privileg für Priesterseminare ist.

„Schönheit dient dem Krieger als Waffe, dem Schiff das Segel, so auch dem Gerechten die Ehrfurcht vor Büchern.“ Gesagt wurde das im 11. Jahrhundert...

Anatoli Gorelow

Dr. phil. habil.

Hellsehende Zeitzeugen

Zum ersten Mal in den Räumen der Akademie der Künste der UdSSR: Ausstellung von Mitgliedern der Französischen Akademie der Künste

Alla Gratschowa

In dieser Ausstellung sind die „Unsterblichen“ der letzten zwei Jahrzehnte repräsentiert.

Unsere Vorstellungen von akademischer Kunst sind durch die 50 Jahre währende Vorherrschaft des sozialistischen Realismus deformiert worden. Wer den Ausstellungssaal mit begreiflichen Vorurteilen betritt und gewohnheitsmäßig erwartet, die einförmige darstellende Manier von Akademiemitgliedern zu sehen, erlebt, wie seine Befürchtungen durch die Ausstellung in der Kropotkinstraße zerstreut werden. Seit mehr als anderthalb Jahrhunderten folgt die Académie des Beaux Arts de France der 1777 von Ludwig XVI. geprägten Devise: „Libertas artibus restituta.“ Die Freiheit ist den Künsten zurückgegeben. Freiheit ist die Atemluft und der fruchtbare Boden, derer das Schaffen für seine Entfaltung bedarf. Die französische Ausstellung führt ein breites Spektrum der Stile und künstlerischen Richtungen vor, von der Klassik bis zur reinen Abstraktion: die lichten kybernetischen Mobiles eines Nicolas Schöffer, die neuesten Experimente des Bildhauers Louis Leygue, die phantastischen Türme des Jacques Couelle, die hypermodernen Baukunstentwürfe Roger Tailliberts, die „lyrische Abstraktion“ des Georges Mathieu. Die Akademie der Künste Frankreichs, höchste Autorität im Bereich von Wissenschaft, Literatur und Kunst, stellt, Vergangenes und Gegenwärtiges verbindend, den Zusammenhang der Epochen, Genres und kreativen Methoden in ihrer Vielfalt her und bietet eine lückenlose Geschichte der Kunst ohne „weiße Flecken“.

Von den Künstlern der Akademie sind zumindest drei unserem Publikum bereits bekannt: Jean Carzou durch seine Ausstellungen in Jerewan (1966) und Moskau (1984); Hans Hartung durch „Französische Kunst“ in Moskau (1961); Yves Brayer durch seine Ausstellung im Haus der Freundschaft 1974.

Der Malerpoet Jean Carzou gehört als einer der letzten Romantiker keiner bestimmten Schule an. Auf dem schmalen Grat zwischen Figürlichkeit, Abstraktion und Surrealismus schuf er in einer neuen Dimension seine eigene Welt, die, der Natur nah und unreal zugleich, von mechanischen Objekten und apokalyptischen Formen bevölkert ist.

Der Stadtmensch Carzou, der zuvor nie etwas anderes als Steine und Asphalt gese-

hen hatte, entdeckte während des zweiten Weltkrieges die Dorflandschaft der Bourgogne. Auffällig ist, daß ihn nicht der Anblick grüner Täler, sondern landwirtschaftliche Mechanik anzog, die in die friedliche Natur eingedrungen war. Auf seinen Bildern entstand eine Vielzahl von Maschinen, bei denen schwer zu sagen ist, ob es sich dabei um eine Kanone oder einen Pflug handelt, was da auf einem verwüsteten Feld zurückgelassen wurde.

Wenn Carzou Paläste oder Ruinen, gespenstische Traumstädte, Häfen oder Schlachtfelder malt, warnt er die Menschheit vor anrückenden Katastrophen. Das von ihm bevorzugte Rot wirkt wie ein Alarmsignal, leuchtet wie der rote Schein eines Brandes am Himmel auf und kündigt von einer nahenden Katastrophe. Auf seinem Bild „Die Eroberer“ (1980) erstehen am Horizont Türme, Hochspannungsmasten und vom Gestrüpp der Antennen überwucherte Hausdächer. Vor dem Hintergrund der andrängenden Zivilisation steht ein Mensch, dessen Kopf die Form einer scharfen Seemine angenommen hat. Er ist Eroberer und Sklave zugleich. Er hat das Element des technischen Fortschritts entfesselt, und dieses begräbt ihn unter sich, wirbelt ihn wie ein Streichholz im Strudel der Zeit herum. Die Kunst wirft ihm den Rettungsring zu. Wird er ihn noch zu fassen kriegen?

Die Musik des Lebens, mal stürmisch, mal erhaben ruhig, versucht der graphisch außerordentlich begabte Abstraktionist Hans Hartung auszudrücken. Der gebürtige Leipziger war aus dem faschistischen Deutschland geflohen und kämpfte in der Fremdenlegion für Frankreich. Er ist mit der Croix militaire ausgezeichnet und Kommandeur des Arts et Lettres. Der Krieg nahm ihm nicht nur sechs Jahre seines schöpferischen Lebens. Nach einer schweren Verwundung wurde ihm ein Bein amputiert.

Sein Weg zur Anerkennung war nicht leicht: 20 Jahre arbeitete Hartung als ein Unbekannter, und erst 1947 hatte er seine erste persönliche Ausstellung in Frankreich. 1960 wurde Hans Hartung auf den einstimmigen Beschluß der Jury, was nicht sehr häufig vorkommt, der Große Internationale Preis für Malerei auf der Biennale in Venedig verliehen, und sein Name stand neben Braque und Matisse.

Hartungs Bilder erinnern an Musik. Sein darstellendes Element ist die Linie in ihrer ständigen Variation. Der Maler benutzt die

Serientechnik der Komponisten von der Wiener Schönberg-Schule, läßt Kraft und Länge seiner Linien wie eine Serie von Tönen und Pausen einander abwechseln. Seine ausbrechenden und hingeworfenen, dunklen oder hellen, breiten oder kaum wahrnehmbaren, geraden oder verworrenen Linien haben stets Rhythmus. Die Linie bei Hartung ist das Thema, die melodische Grundlage des Werks. In einem Atemzug erzählt sie einen ganzen Roman.

Als man Bernard Buffet gegenüber äußerte, daß er die Welt überwiegend dramatisch auffasse, antwortete er: „Die große Malerei hat noch nie Anlaß zum Lachen geboten.“ Der harte Realismus bei Buffet leuchtet die dunklen Winkel des Lebens aus. Ans Licht gezeirrte menschliche Armut, Unrast, Unglück werden in einer betont trockenen, scharfen Manier, bisweilen gnadenlos karikierend gemalt.

1958 schrieb Andre Maurois: „Der erste Eindruck von Buffet: unangenehm und stark. Unangenehm, weil seine menschlichen Körper deformiert und obendrein noch grün sind. Stark durch die Kraft seiner Malweise, die Wahrhaftigkeit und den Zugriff seines Stils.“

Die Werke Buffets, die er selbst für klassisch hält, sind modern durch ihre beabsichtigte Vereinfachung, ihre Strichführung, die so scharf und präzise ist wie ein Skalpell. 1955 wurde Buffet als erster der 10 besten Maler nach dem Krieg in Frankreich anerkannt. 1973 wurde ein Buffet-Museum in Japan eröffnet.

Die von Buffet hervorragend illustrierten Bücher von Jean Cocteau, Baudelaire, Lautreamont und Françoise Sagan gelten inzwischen als bibliophile Kostbarkeiten.

„Ich kann nicht verstehen, daß man versucht, zu wiederholen, was schon gemacht worden ist“, erklärt Buffet, „wenn zum Beispiel einige Maler sich des Kubismus annehmen, weil Braque oder Picasso das auch schon gemacht haben. In der Kunst gibt es nur eine einzige Schule: den Individualismus.“

Der deutlich ausgeprägte Individualismus der Mitglieder der Französischen Akademie steht außer Zweifel. Beeindruckend ist die Breite ihrer Begabungen, die unermüdete und besessene Suche nach neuen Genres.

Offenheit, Toleranz und Respekt vor den verschiedensten künstlerischen Positionen, Stilrichtungen und Tendenzen ermöglichen der Französischen Akademie der Künste nicht nur die französische Kultur zu bereichern, sondern auch, wie diese Ausstellung zeigt, Beispiele der Weltkunst auf höchstem Niveau zu bieten.

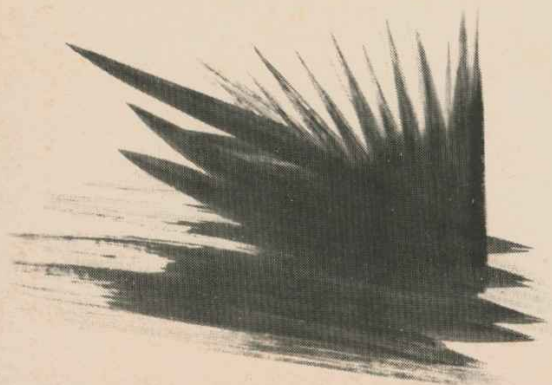


Jean Carzou
„Hommage
a Millet“

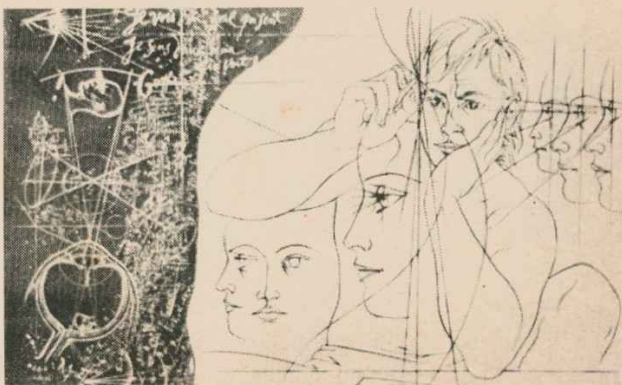


Pierre-Yves Tremois
„Hommage
a Tautavel“

Hans Hartung
„T.1980 – E 6“



Pierre-Yves Tremois
„Auge I“ (Fragment)



14159 22 132 361 275
BA FDJ CLUB
9200 2134 0668 BBEL 5

Im Rhythmus der Musik



Die Anlage „Elektronika SDU-3-Ritm“ reagiert sensibel auf jede Schallquelle – ob Tonbandgerät, Plattenspieler, Radio oder Sänger. Das eingebaute Mikrophon gewährleistet die drahtlose Verbindung zwischen Schallquelle und Licht.

Produktionsvereinigung „Elektronpribor“, Frjasino, Zentrale Werbeagentur